

Herbst 2001 Preis 5 DM

FUI

Freches Umwelt Info

Schwerpunkt: Gentechnik

Action! Bonn, Genua, Gorleben

BÖT in Berlin



VERS
FRIE

Alles neu!	3	Termine	29
BÖT -Nachlese		BÖT-Poster	30
Es war einmal ein BÖT	4	Verkehr	
Die Methode Open-Space	6	Bürgerbahn statt Börsenbahn	39
Prima Klima?		Kein Semesterticket in Berlin	40
Das Ende der Welt?	10	Neue Bahntarife	41
Kyoto is not enough!	12	Autofreier Hochschultag	48
Klimaschutz von unten	14	Wo sollen die Löffelenten landen?	49
Resolution des 30. BÖT	16	Anti-Atom	
Genua		Mit den Castortransporten	50
Stellungnahme zum Staatsterrorismus	18	in den heißen Herbst	
beim Genueser Weltwirtschaftsgipfel		Taktiken rund um den Castortransport...	51
Berichte von dem Überfal	19	Ratat-HUI	52
auf die Schule Diaz in Genua		BSÖ-News	
BSÖ-Rechtshilfefond	22	BSÖ-MV	56
Schwerpunkt Gentechnik	23	BSÖ-Erklärung	57
		neue Geschäftsstelle	57
		Grünes Brett	58
		Adressen, Impressum	59

Herbststürme - Stürmische Zeiten

31. BÖT in Berlin

21.-25. November

mit Open-Space, AKs, Vorträgen, ÖWA, BSÖ-MV, Kunst, Musik, Kultur
und gegen Regierungswahnsinn

Alles neu!

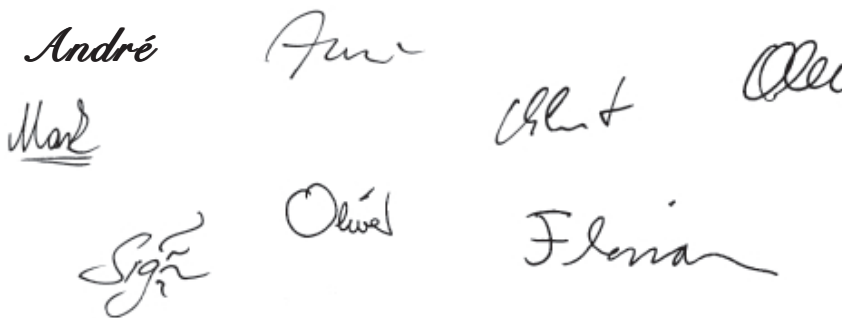
Ja - erkennt ihr es noch, das FUI (vormals HUI) in Euren Händen? Wir haben endlich einen ersten Schritt gemacht, das Textprogramm des usa-nischen Rechnerriesen "Winzigweich" zum alten Eisen zu legen und haben zum ersten Mal die Zeitung mit dem Seitenmacher von Adobe erstellt. Das wichtigste, nämlich BÖT Plakat und Termine, findet ihr jetzt auf den Mittelseiten, die ihr herausnehmen könnt. In Iffens auf der Halbinsel Butjadingen am Jadebusen (Nordsee) wurden wir nur von

einer Wattwanderung und der Sauna von dieser neuen Gestaltung abgelenkt. A propos neu - jetzt, wo das FUI gedruckt ist, dürfte der BÖT-Reader aus Augsburg erhältlich sein - ganz neu. Und eine neue Geschäftsstelle für die BSÖ gibt es auch bald. Bekannt kommt einem/r der Aufruf zu Protesten gegen den nächsten Castor - diesmal im Oktober/November geplant - vor. Bleibt zu hoffen, dass wir dort nicht noch einmal die neue „Qualität“ von Polizeigewalt

erleben müssen, wie sie sich in Göteborg und Genua gezeigt hat. Dazu gibt es in diesem HUI einige erschütternde Erlebnisberichte; gerade weil die Medien mal wieder hauptsächlich von gewaltbereiten „Polithooligans“ berichteten ohne zu hinterfragen, inwiefern die Polizei zur Eskalation der Gewalt beigetragen hat. Nach diesem heißen Sommer treffen wir uns beim 31. Bundes ÖkologieTreffen (BÖT) um für Berliner Herbststürme und neuen Wind zu sorgen.

"Stürmische Zeiten" stehen uns bevor...

Mit kämpferischen Grüßen



Umweltstation Iffens

Die Umweltstation Iffens gibt's seit 1978. Sie ist gleichzeitig Tagungsraum mit mindestens 22 Betten, Bioland-Bauernhof mit Schafen und Hühnern, Wirkungsstätte für Menschen im "freiwilligen ökologischen Jahr" FÖJ, Chemielabor und LebensRaum für mehrere Butjadinger, PraktikantInnen und Gäste. Das Ökopraktikum und der Ökoführerschein wurden hier entwickelt und wer herkommt kann mehr erfahren über Organisation-Idee-Beschreibung-Kurse-Urlaub-Exkursionen-Mithelfen-Projekte-Arbeitsmittel-Texte-Spiel-Spaß-undganzzielanderesmehr Praktika kann mensch für die Ausbildung an Schulen und Hochschulen in Iffens als WWOOFerIn (willing workers on organic farms) beim FÖJ oder einfach so machen.

Iffens Homepage: <http://home.t-online.de/home/umweltstation.iffens>
 e-mail: umweltstation.iffens@t-online.de
 Telefon: 04735-920020 Fax:04743-920024
 Post: dipl.päd Bärbel Supper, Dr. rer.nat. Wolfgang Meiners
 26969 Iffens / Butjadingen

Das Iffens-Lied zum 15. 31.5.1993

① In den eig-nen Träumen ba-den ü-ber mei-nen Schat-ten
 gehn', Schlick an Fü-ßen und an Wa-den, die Frei-heit zwis-chen mei-nen
 Zehn. Und ein Dach wie No-ahs Kut-ter, nur et-was auf den Kopf ge-
 kriegt ein we-nig Fut-ter, weil sie
 stellt, die Hof-nung| sonst vom Flei-sche fällt.

Es war einmal ein BÖT -Was das BÖT so bot-



Endauswertung und anschließend die Jubiläumsparty mit einem wörtlich zu nehmendem Sturm auf das Büffet, das vom Küchen-Team gekesselt war. Es gab wieder super-lecker Essen von Raps & Rübe! Vielen Dank an Sonja, André, Arne und Ehlert! Sonntag war dann auch schon der Abreisetag und da uns viele TeilnehmerInnen sehr tatkräftig unterstützten, hatten wir sehr schnell gespült, geputzt und aufgeräumt. Leider mussten wir uns dann schon von den vielen netten Leuten, die wir kennen gelernt hatten, verabschieden. Aber wir sehen uns bestimmt wieder – auf dem nächsten BÖT in Berlin (!), das wir als TeilnehmerInnen und nicht OrganisatorInnen noch mehr genießen werden!

JUDITH WALTER & SIGRID OBERER, AK - ÖKO

Gesamtüberblick

Die grobe Planung für das 30. BundesökologieTreffen hatten wir (AK – Öko / Uni Augsburg) als Orga-Team aufgestellt. Rund eine Woche vorher wurde dann aber noch vieles um- und verworfen. Viele Events, von denen wir nicht gedacht hätten, dass sie zustande kommen würden, klappten doch noch. Bands, die eigentlich abgesagt hatten, kamen spontan vorbei und spielten einfach so (Machtyanix).

Folglich war die Planung sogar während des BÖTs noch fließend und viel Unvorhergesehenes passierte. Aber wir sind flexibel und Überraschungen sind meistens gut.

Am Mittwoch, 23. Mai, war Anreisetag, an dem verständlicherweise außer dem ersten Plenum und dem Kennenlernen nichts Großes mehr geplant war. Donnerstag ging es dann aber mit einem festen Tagesablauf (zumindest hatten wir uns das so gedacht...) los, der in fester Form bis Sonntag angeordnet war. Morgens um halb neun wurden die TeilnehmerInnen von Gitarrenmusik, Maultrommel-Melodien oder sonstigen netten Überraschungen geweckt. Um neun gab es Frühstück und nach einem kurzen Überblick über den Tag ging es dann ab 10 Uhr mit Volldampf in die erste Arbeitskreisphase. Diese wurde um 13 Uhr vom Mittag-

essen und -pause unterbrochen, die bis ca. 15 Uhr dauerte. Danach begann die zweite AK – Phase, die um spätestens 18 Uhr ins Abendessen überging.

Nach dem Abendessen versuchten wir jeden Tag die TeilnehmerInnen zu einem Plenum, in dem sie die Ergebnisse des Tages und sonstige Anliegen einbringen konnten, zu bewegen. Es stellte sich aber als erstaunlich schwierig heraus alle zusammenzutrommeln, da vor allem das schöne Wetter eine gewisse Trägheit hervorrief, und anstrengende Arbeit wie das Plena lieber von vielen gemieden worden wäre. Doch mit viel Ausdauer gelang es allen zusammen die Plena zu einem guten Abschluss zu bringen. Natürlich gab es im Programm auch außerplanmäßige Besonderheiten.

Am Donnerstagabend besucht uns Herr Hamacher vom Max-Planck-Institut München und hielt einen sehr diskussionswürdigen Vortrag über Energieszenarien. Am Freitagnachmittag waren wir auf Exkursionen im Raum Augsburg unterwegs. Am gleichen Abend fand ein sehr angeregtes-offenes Gespräch nach dem Fishbowl – Prinzip mit dem Thema „Lokale Ökologie – die Bewegung in Bewegung?“, statt. Am Samstag gab es eine sehr interessante

Kulturelle Höhepunkte

Sind wir nur ein „bunter Haufen, der Gitarre am Lagerfeuer spielt“? Klar haben wir das auch gemacht, eben der gemütliche Ausklang eines arbeitsintensiven Tages. (Da gibt's gar nichts zu unken.) Außer zur Gitarre griffen TeilnehmerInnen auch zu Trommeln, Didgeridoos, Geige und Maultrommeln. Freitag abend lauschten wir spanischen und irischen Klängen auf der klassischen Gitarre.

Eine spontane Session der - eigentlich schon aufgelösten - Band „Machtyanix“ auf alten Konservendosen sorgte für vergnügte Tanz-einlagen.

Am letzten Abend - unser Jubiläumsfest (30.BÖT): zwei Bands - „Früchte des Zorns“ mit wütend-traurigen gesellschaftskritischen Liedern, dann die Brit-Pop-Band „Tonair“, aber wir hatten immer noch nicht genug und funktionierten kurzerhand Fässer zu Trommeln um. Noch um 5.00 Uhr früh waren glückliche und zufriedene Gesichter zu sehen.

ULI LERCHE & SIGRID OBERER

Exkursionen



Mit dem Tandem durch Augsburg

Der Anfang der Tour gestaltete sich zunächst etwas problematisch, da der geschätzte Vormieter der Tandems nicht in der Lage war diese zum vereinbarten Zeitpunkt wieder abzugeben. Trotzdem gelang es Herrn Dengler vom AdFC dank größter Bemühungen doch noch Ersatzfahrräder und sogar ein Tandem (!) von Bekannten zu „ertelefonieren“ und die Tour fand doch noch mit etwas Verspätung statt. Unser Stadtführer gab sich große Mühe, sie interessant und abwechslungsreich zu gestalten und zeigte uns die Innenstadt, Altstadt und viele schöne ruhige Plätzchen, die wohl als Nicht-AugsburgerInnen nicht ohne weiteres zu finden sind. Das schöne Wetter machte diesen Nachmittag zu einem sehr schönen und auch für in Augsburg Studierende interessanten Erlebnis.

JUDITH WALTER

Eine lustige Fahrt in die Stauden

Mit elf Leuten ging's mit Straßenbahn, Zug und Bus nach Langenneufnach, wo wir von Horst Gruber, dem Leiter der Ökostation Stauden und seinem Team mit selbstgemachtem Apfelsaft aus Streuobst der Region empfangen wurden. Danach gings erst mal raus in die Natur und auf einem „Sinnenpfad“ spürten wir mit verbundenen Augen Wiese, Schatten, Licht und die weiche Erde. Die Umweltpädagogin Gabriele Heinze gab uns Einblick in ihre Arbeit mit Schulklassen. Das Projekt ist in Europa einmalig. Dreißig MitarbeiterInnen sind darin eingebunden und dazu gehört seit kurzen auch ein gepachteter Hof, auf dem in Zukunft mit Ziegen, Hühnern und einem hofeigenen Café nach Demeterrichtlinien angebaut werden soll.

MARIA DEIGLMAYR

Solartour

„Ein Gang über die Dächer Augsburgs“ – das war das Motto der Solartour, die Herr Muschik von der Augsburger Greenpeacegruppe anbot. Die Idee der Exkursion war es, Solaranlagen „praktisch“ erfahrbar zu machen und Vorbehalte durch ein Gespräch mit Solaranlagenbetreibern zu nehmen. Die Tour führte die Studenten zum Landesamt für Umweltschutz (LfU). Das Dach des verglasten Baus wird als ganzes für Solarkollektoren genutzt. Außerdem konnten die ca. 15 Teilnehmer ein Versuchsprojekt – eine Wärmespeicheranlage aus Kies – auf dem Gelände des LfU besichtigen. Der 6 Meter tiefe Kiesspeicher wird an sonnigen Tagen über die Solaranlage mit Wärmeenergie beladen. In ein paar Jahren soll es möglich sein, den gesamten Winter über die gespeicherte Wärme zu nutzen.

JULIA CERULL

... zum Wasserwerk am Hochablass

Zu dritt machte sich eine Gruppe auf zum ältesten und zugleich schönsten Wasserwerk Augsburgs. Es steht am Hochablass und ging bereits am 01. Oktober 1879 in Betrieb. Bis heute liefert es, mit Unterbrechung in den 70ern, der Stadt Trinkwasser. Ein ehemaliger Mitarbeiter, Herr Gütler, gab während einer zweistündigen Führung einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Augsburger Wasserversorgung, die technische Ausstattung des Werkes und den Trinkwasserschutz heute. In den Schutzzonen muss auf Pflanzenschutzmittel verzichtet und umweltgerecht gedüngt werden. „Das Augsburger Trinkwasser ist eines der besten Deutschlands“, sagt Herr Gütler, „wegen der strengen Auflagen sogar besser als viele Mineralwässer aus der Flasche“.

LINDA QUADFLIEG



Die Methode Open-Space

„Es gibt einen einzigen Weg, der den Misserfolg einer Open-Space-Konferenz garantiert, und das ist der Versuch, die Kontrolle zu behalten.“

A. Die Idee des Open-Space

oder die „systematische Kaffeepause“

stammt aus der Wirtschaft und kann und sollte auch kritisch betrachtet werden.

Auf Konferenzen wurde beobachtet, dass die thematisch wirklich spannenden und anregenden Gespräche immer in den Pausen zwischen den Vorträgen stattfinden. In diesen informellen Gesprächen werden die wirklichen Wünsche und Ideen der Teilnehmenden eher und auch ehrlicher mitgeteilt - nur leider selten verwirklicht, da es meist bei einem beiläufigen Gespräch bleibt. Die Wirtschaft hat aus diesen „Flurgesprächen“ eine Methode entwickelt, um diese Ideen - selbstverständlich effektiv - zu „nutzen“.

Es wird also für die Gesamtgruppe ein „brennendes“ - d.h. aktuell wichtiges - Oberthema vorgegeben. In den daraufhin entstehenden Aks und Workshops beschäftigen sich Interessierte dann mit verschiedenen Aspekten und Unterthemen, diskutieren, entwickeln und arbeiten Ideen aus und planen evtl. auch die nächsten Schritte zu Verwirklichung ihres Projektes.

4 Prinzipien - kein Muß, doch vielleicht eine Hilfe

Egal ob 3 oder 25 Leute in Deinem angebo-

1. Wer immer kommt, es sind die richtigen Leute!

tenen Workshop sitzen, diese Menschen sind genau die richtigen, da sie sich genauso wie Du für das Thema interessieren und motiviert sind dieses weiter zu bringen. Nicht die Anzahl der Leute ist ausschlaggebend, sondern die Intensität des Treffens. Es kann auch passieren, dass niemand in Deinen angebotenen Ak kommt. Das kann am „Konkurrenz“programm liegen, das heißt

der Ak liegt einfach ungünstig, aber auch daran, dass Du der/die Einzige bist, der/die sich dafür interessiert. In diesem Fall kannst Du die Zeit natürlich nutzen, um das Thema für Dich allein anzugehen oder aber Dich in einen anderen Ak „hummeln“.

Vielleicht hast Du Dir einen Plan gemacht,

2. Was auch immer geschieht, es ist ok!

was Du alles in dem Ak machen möchtest. Das bedeutet allerdings nicht, dass es dann auch genauso ablaufen wird, und das ist auch gut so. Die ungeplanten und unerwarteten Dinge sind oft die kreativsten, machen die gemeinsame Arbeit spannend und beflügeln. Kontrollzwang kann diesen Ideenreichtum bremsen und Leute demotivieren. Auch Zeitstreß ist begeisterungslähmend.

3. Es beginnt, wenn es beginnt!

Wann immer das Treffen beginnt, es ist die richtige Zeit.

Wenn ihr früher fertig werdet als die ange-

4. Wenn es vorbei ist, ist es vorbei!

setzte Ak-Phase dauert, dann braucht Ihr natürlich nicht zwanghaft zusammenbleiben. Oft passiert es dann, dass man alles nochmal durchkaut, sich langweilt und die gefundenen konkreten Ergebnisse wieder zerredet. Außerdem laufen ja auch noch andere spannende Aks. Umgekehrt bedeutet dieses Prinzip, dass Euer Ak nicht beendet ist, nur weil die Ak-Phase vorüber ist. Wenn Ihr das Gefühl habt, dass Ihr noch nicht fertig seid, dann macht aus wie es weitergehen soll. Am Nachmittag, am nächsten Tag?

Ein Gesetz - das einzige Muss: „Das Gesetz der zwei Füße“

oder auch „Gehe nur in Gruppen, die Dich interessieren!“ Wenn Du während eines Aks feststellst, dass Du zu dem Thema nichts mehr beitragen kannst oder Du das Gefühl hast nichts dazu zu lernen, dann schau doch in einen anderen Ak oder mach eine Pause. Du bist dafür verantwortlich, dass Du Dich nicht langweilst und das Geschehen für Dich spannend und anregend bleibt.

Für diese Dynamik wurden symbolisch zwei Tiere gesetzt: die Hummel und die Schmetterlinge.

Die **Hummeln** fliegen von einem Workshop zum nächsten (sich tummeln wie die Hummeln) und können durch anregende Aspekte aus anderen Aks mit dazu beitragen, dass über das Ein-Punkt-Thema hinausgedacht wird.

Schmetterlinge machen gemütlich Pause, treffen z.B. am Marktplatz Leute aus anderen Aks, tauschen sich somit außerhalb der laufenden Aks aus und sind sozusagen die KaffeepäuserInnen der „systematischen Kaffeepause.“

B. Infrastruktur

„Marktplatz“:

- 1) Info-Wand (AK-Phasen, angedachter Zeitplan, Erklärungen zur Methode Open-Space, Prinzipien, Gesetz, ...)
- 2) AK-Ankündigungs-Wand
- 3) AK-Ergebnis-Wand
- 4) Vernetzungs-Wand und andere Ankündigungen (z.B. 23. - 29. Juni Anti-AKW-Fahrradtour in ... Wer hat Lust mitzukommen? Liste aushängen!!!)

5) Materialtisch (AK-Zettel, Moderationsmaterial, Methodensammlung, ...)
Dieser Platz ist zum Informationsaustausch, Treffen, Pause machen, etc. da.

Zettel anbieten:

- 1) AK-Formulare
 - 2) AK- Dokumentation
- Moderationsmaterial*
(Makulatur-Papier, Stifte, Papier, Tesa, ...)

Methoden-/ "Werkzeug"-Sammlung
mit z.B. Ideen zu:

- Wie kann ich einen Ak beginnen?
- Wie kann eine Gruppe möglichst gleichberechtigt miteinander arbeiten?
- Wie moderiere ich eine Gruppe ohne Hierarchien entstehen zu lassen?

C. Wie öffnet sich der Freiraum?

1. Anfangsplenum mit der Gesamtgruppe
2. Vorstellung der Idee "Open-Space"
3. Vorstellung des übergeordneten gemeinsamen Themas

4. Tuschelrunden - Anleitung:

A. "Was wünsche ich mir für Workshops?"

> 3 Runden á 3 min
Kleinere Gruppen treffen sich und tauschen sich darüber aus, welche Ideen, Aspekte sie an dem weitgefassten Thema besonders interessieren

B. Sammeln und Visualisieren

Ideen aufschreiben, sammeln und für alle sichtbar aufhängen!

C. "Was könnte ich / wir anbieten?"

> 3 Runden á 3 min
In den Kleingruppen können jetzt Ideen für AK-Angebote vorgestellt werden, Interessierte sich kurzschließen, ob sie ein Thema gemeinsam anbieten wollen und das Thema noch mal an die gemeinsame Idee anpassen...

D. Ak's konkret aufschreiben

Die AK-AnbieterInnen setzen sich zusammen und schreiben auf:
AK-Titel / Namen der AnbieterInnen / Kurzinfo, um was es in dem AK gehen soll

E. Vorstellen der Ak's im Plenum

AK-AnbieterInnen stellen ihren Ak im Plenum vor, und nennen einen Zeitpunkt der ihnen am liebsten wäre

F. Erstellen des Zeitplans

Gemeinsam wird jetzt ein Zeitplan erstellt, in dem versucht wird ein möglichst ausgewogenes Programm in den Ak-Phasen zu haben, auf die Zeit-Wünsche der Leute einzugehen und auch Platz für sich

Spontan-Ak's zu lassen.

Damit's klappt! - Kritische Punkte

1) Ankündigungs-Plena

Um den Space auch jeden Nachmittag, Abend(?) und vor allem morgens zu öffnen, ist es gut, wenn die Ak-AnbieterInnen ihre anschließend stattfindenden AK's noch mal ankündigen und *kurz* vorstellen.

2) Dokumentation, Ergebnis sicherung und Weiterplanung:

Damit nicht nur nette spannende Diskussionen als Selbstzweck in den Gruppen geführt wird, ist es gut ein System zur Sicherung der Ergebnisse einzuführen.

Dies ist **erstens** wichtig, um die Gesamtgruppe zu informieren, wie das Thema sich im Ak entwickelt hat, und **zweitens**, um Anregungen und konkrete Planungen nicht im Sande verlaufen zu lassen.

Wie?

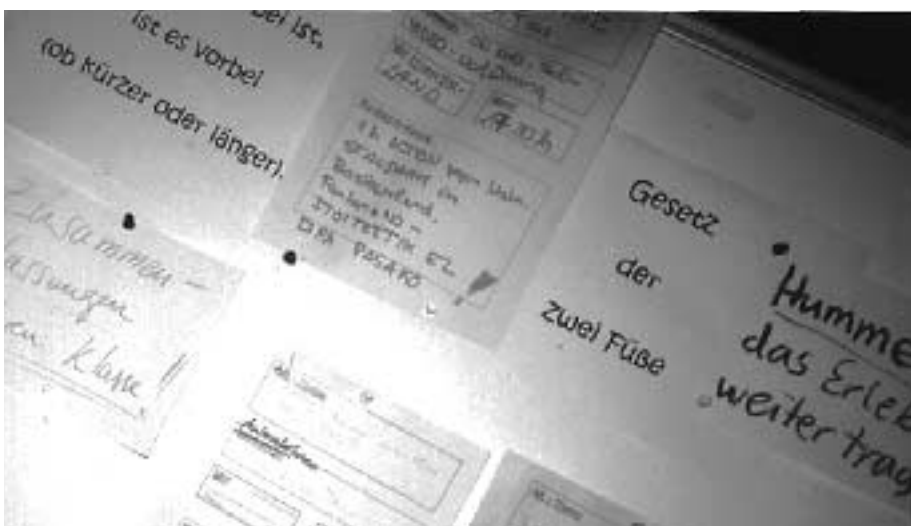
Am besten schafft man einen Ort, an dem die Ergebnisse der Aks ausgehängt werden. Durch diesen Überblick bekommen vielleicht auch andere Lust sich zu beteiligen.

3) Methoden- und Tagesreflexion im Plenum

Um auch neben dem "Marktplatz" Zeit und Raum zum Austausch mit der Gesamtgruppe zu haben, ist es schlau sich abends zu treffen und zu schauen, was gut und was schlecht lief und ob und wie das geändert werden kann.

Außerdem ist es gut den Zeitplan immer wieder zu aktualisieren und umzubauen, wenn erforderlich.

Viel Spaß beim Ausprobieren und Experimentieren und einen auf- und anregenden Open--Space! „Marktplatz-Impressionen“



Arbeitskreise auf dem BÖT

Das Programm bot einige Besonderheiten und viel Abwechslungsreiches, was vor allem durch die Open-Space-Methode möglich gemacht wurde. Dabei wurde eine Suche – Biete – Struktur geschaffen, die den TeilnehmerInnen die Möglichkeit eröffnete, sich selbst aktiv durch das Anbieten von spontanen Arbeitskreisen oder Workshops einzubringen und eigene Ideen zu verwirklichen.

Das Orgateam setzte als einzige Vorgabe den zeitlichen Rahmen, in dem die offenen AK's stattfinden sollten (10.00-13.00/15.00-18.00 Uhr). Erstaunlicherweise funktionierte das Prinzip hervorragend und es entstand eine enorme Eigendynamik der TeilnehmerInnen, in deren Rahmen mehr Open-Space-Gruppen entstanden als erwartet. Der Stein, der die Lawine der Ideen zum Rollen brachte, war die „Tuschelrunde“, bei der in Form eines „Brainstormings“ erste Ideen und Interessenüberschneidungen festgestellt wurden.

Daraus bildeten sich unter anderem folgende thematische Arbeitsgruppen:

- * „Anders Leben“ – Alternativen zu unserer Gesellschaftsform
- * „Motivation“ – wie kann das Interesse Anderer für die Ökobilogbewegung geweckt werden?
- * „Selbstbild/Fremdbild“ – wie sieht sich die Ökobilogbewegung selbst, wie wird sie von anderen gesehen?
- * „Verkehr“ – Verzicht auf das Auto, geht das? Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Bsp: „Autofreier Hochschultag“ und „Mobil ohne Auto“

- * „Kritik am Kyoto-Protokoll“, daraus entstand die Resolution gegen das Kyoto-Protokoll
- * Direkte-Aktion: „Eventhopping oder lokale Bewegung“
- * „Gentechnik“ – wo führt sie hin? Wo bleibt die Ethik?
- * „Naturwissenschaften“ – welche Verantwortung tragen die Naturwissenschaften für die Menschheit?
- * BSÖ-Vorstellung mit einer kurzen Zukunftswerkstatt-Phase
- * „Pflanzensafari“ – heimische Pflanzen vor Ort kennenlernen
- * Was und wer sind die Seelensanis? Aufgabenbereiche, Qualifikationen?
- * „Moderationsformen“ – Möglichkeiten Diskussionsrunden zu moderieren + Vorbereitung der Diskussion „Lokale Ökologie – die Bewegung in Bewegung“
- * „Capoeira“ – brasilianischer Kampftanz, und:
- * JUKß - Vorbereitungstreffen
- * Video: Widerstand gegen Staudammbau im Baskenland „Itoiz“

Fast allen TeilnehmerInnen gefiel das Konzept sehr gut und das sonnige Wetter ließ zusätzlich eine positive Arbeitsatmosphäre entstehen, da der Großteil der Arbeitskreise im Freien statt finden konnte. Wer sich für die genauen Ergebnisse der Arbeitskreise interessiert oder sich auch sonst näher über das BÖT informieren möchte, kann alles im BÖT-Reader, den wir bald herausgeben werden, nachlesen.

JUDITH WALTER & ULI LERCHE



„Die Worte zum Schluß“:

Wie am Anfang erwähnt, der größte Fehler den mensch begehen kann, ist der Versuch, Open-Space in alte Strukturen zu zwingen, d.h. Kontrolle, Hierarchien, Zeitstreß und Dozieren statt gemeinsames Erarbeiten. Für alle sollte vieles möglich sein, und je mehr Freiheit da ist sich auszutoben und je wilder die Ideen, um so faszinierender sind oft die Ergebnisse und vor allem die Motivation an den eigenen Ideen dranzubleiben und sie **wirklich** zu verwirklichen.

Quellen und mehr Infos:

- 1) www.openspaceworld.org
- 2) www.zukunftskonferenz.de
- 3) www.michaelmpannwitz.de/openspace_erweitert.htm
- 4) www.rtsc.de

Es war ein schönes und gemütliches BÖT. Spannend durch die Methode und vor allem die Menschen, die diesen Rahmen mit Leben und ihren Ideen gefüllt haben.

Bis zum nächsten BÖT - in Berlin.

Sigrid





Diskussionrunde „Lokale Ökologie - Bewegung in Bewegung“

Unter diesem Titel fand am Freitagabend ein „Offenes Gespräch“ mit Verantwortlichen, AktivistInnen und sonstigen Interessierten aus der lokalen Öko-Szene statt. Offen war bis Mittag auch die Durchführung. Durch einen sehr kontroversen Vortrag am Vortag (Max-Planck-Institutianer stellt seine Idee von „Alternativen Energieformen“ da) hatte sich ein Ak zum Thema „Wie können Diskussionen für alle Anwesenden interessanter und spannender werden?“ gebildet. Die eingeladenen ReferentInnen erfuhren erst bei ihrer Ankunft, von dieser Form der Diskussion. Die TeilnehmerInnen des BÖT beschlossen, die Veranstaltung räumlich zu verlegen und nicht klassisch als Einzelreferate mit anschließender Diskussion zu gestalten, worauf sich die Geladenen sicherlich eingestellt hatten. Statt dessen probierten sie eine kommunikativere Form eines gleichzeitig kontroversen und informativen Gesprächs aus, in das sich alle ZuhörerInnen einklinken konnten (kleine Runde im Innenkreis diskutiert, Außenkreis hört zu, kann aber nach innen wechseln.) Ich hätte nicht gedacht, daß die Geladenen so gut mit dieser überraschenden Änderung zurechtkommen würden - Vermutlich konnten sie nicht alles ausführen, was sie vorbereitet hatten, aber das Gespräch kam so genau auf die Punkte, die die Teilnehmenden besonders brennend beschäftigten. Ich persönlich bin den OrganisatorInnen sehr dankbar, daß sie so eine Begegnung in Augsburg möglich gemacht haben, und denke, daß die TeilnehmerInnen und Gäste profitiert haben.

REGINA KREITMAIER



Die Diskussions-Methode "Fishbowl"

Bei einer "Fishbowl" werden ein innerer und ein äußerer Stuhlkreis aufgebaut. Im inneren Kreis stehen 3-5 Stühle und im äußeren Kreis Stühle für die restlichen Teilnehmenden (TN).

Wie läuft eine "Fishbowl" ab:

1. Nur die TN im Innenkreis dürfen diskutieren, die TN im Außenkreis hören zu.
2. Wenn sich ein/e TN aus dem Außenkreis an der Diskussion beteiligen will, dann muss er/sie sich entweder auf einen freien Stuhl im Innenkreis setzen oder "schlägt" eine Person ab. Diese darf ihren Gedanken noch zu Ende formulieren und anschließend den Kreis verlassen. Die andere Person darf dann diesen Platz einnehmen.
3. Ebenso kann jeder TN im Innenkreis jederzeit den Platz im Innenkreis verlassen, wenn er/sie in der Diskussion pausieren möchte.

Diese Methode muss gut angeleitet werden, es muss deutlich dargestellt werden, dass sich die TN abwechseln sollen. Zu Beginn treten oft Sprechhemmungen auf, so dass evtl. darauf hingewiesen werden sollte, dass die TN im Innenkreis laut und deutlich diskutieren müssen, damit sie verstanden werden.

Anmerkung: Bei unserer Diskussionsrunde zur "Lokalen Ökologie" hat diese Methode sehr gut funktioniert. Dadurch das viele Menschen zu diesem Thema ihre Meinung sagen konnten und dies auch genutzt haben, fand eine 2-stündige spannender Austausch statt Dies ist – wie bei allen Methoden – nicht unbedingt zwangsläufig so. Methoden können immer nur Rahmen setzen, wie das Innenleben dieser gestaltet werden, liegt an den Leuten.

Infos zu direkter Aktion und Ökologie

Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz 39,80 DM
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit 39,80 DM
- **CD mit Quellen** zu Band 1 49,80. Alles: 115 DM
- **Freie Menschen in Freien Vereinbarungen:** Gegenbilder zu Verwertung und Herrschaft 19,80 DM
- **Kritische Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten, Ökostrom je 12 DM
- **Aktionsmappe Umwelt,** Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort 29,80 DM
- **Blockadefibel** - Tipps für direkte Aktionen 3,50 DM
- **Food-Koop-Handbuch** 16,80 DM
- **Graue Seiten:** Umwelt-Adressenliste 5 DM

Bestellen bei:

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 6401/90328-3,
projektwerkstatt@apg.lahn.de, www.projektwerkstatt.de

DAS ENDE DER WELT?

Gemeinsam gegen den Untergang?

Wir kennen alle jene amerikanischen Hollywoodschinken, in denen ein Komet auf die Erde zurast, ein Virus sich ausbreitet oder auf andere Art der Weltuntergang kurz bevorsteht und nur durch gemeinsames Handeln abzuwenden ist. Die Menschheit muss kämpfen und auf einmal sind alle Weltbürger und hinweg sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Schwarz und Weiß, Arbeiter und Professor, Mann und Frau. Als hätte es irdische Konflikte nie gegeben, lösen sich die allmächtigen Sachzwänge plötzlich auf und man kämpft gemeinsam gegen den Untergang unser aller geliebten Mutter Erde.

So schön funktioniert das allerdings nur, wenn der Weltuntergang in Sichtweite, der Komet schon am Himmel zu sehen ist und in wenigen Tagen einschlagen wird. Die reale Klimaveränderung aber ist tückisch, weil leise und fern. Hier und da ballert mal ein Hurrikan durch die Lande, hier und da geistert der Treibhauseffekt durch die besseren Zeitschriften im Wartezimmer des Hausarztes.

Dass der Ausstoß von CO₂ (Kohlendioxid) und die Klimaveränderung durch unsere massive Umweltverschmutzung tatsächlich, wahrhaftig und garantiert eine lebensbedrohliche und verheerende Wirkung haben wird, das verdrängen wir gerne.

Der Klimagipfel und das Kyoto-Protokoll

Die Wissenschaft hat jedoch klare Antworten: Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change - das Wissenschaftsgremium der UN, kommt zu einem klaren Befund: Wollen wir das Klima stabilisieren, müssen wir ab sofort 60% des CO₂-Ausstoßes reduzieren!!! 60!!! Und wer das sagt, ist kein Club esoterischer Ökos, sondern eine amtliche Körperschaft von 2500 Wissenschaftlern!!!

Doch keine Sorge, da gab es ja den Klimagipfel, der vom 16.-27. Juli in Bonn stattfand. Dort kümmerten sich die einflussreichen Kräfte der Politik um unser aller Klimaschutz und fordern im sogenann-



ten Kyoto-Protokoll CO₂-Reduktion bis 2008 und zwar um grandiose 5,2%! Gut, das ist Realpolitik und Realpolitik wird immer dann zur Realsatire, wenn man sie mit den Ergebnissen der Wissenschaft vergleicht. Doch Wissenschaft ist nicht Politik. Wie dem auch sei - das wirklich Schlimme und Sensationelle am Kyoto-Protokoll ist etwas ganz anderes: Das Kyoto-Protokoll eröffnet die Möglichkeit, mit dem Recht auf Luftverschmutzung (Emissionsrecht) zu handeln!!!! Luft und Klimaschutz werden nun zur Ware!

Kein Scherz! Luft wird zur Ware!

Jedes Land der Erde enthält demnach einen bestimmten Grenzwert, eine Menge, die es an CO₂ in die Luft pumpen darf. Die großen Industrienationen haben diese erlaubte Menge natürlich schnurstracks ausgefüllt, während die ärmeren und weniger industrialisierten Länder kaum soviel in die Luft pumpen können, wie sie dürften.

Soweit, so gut.

Jetzt kommt der Handel ins Spiel.

Wenn man mit Emissionsrechten handeln darf, kann nun eine Industrienation wie die USA hingehen und Südafrika die Menge an Verschmutzungserlaubnis, die es eh nicht gebrauchen kann, einfach abkaufen. Man muss sich klarmachen, dass der größte Teil der Welt so gering industrialisiert ist, dass dort nirgendwo soviel verschmutzt werden kann, wie verschmutzt werden darf, so in Afrika, Südamerika oder im industriell und wirtschaftlich brachliegenden Ostblock.

Die Industrienationen können diesen Ländern bequem die überflüssigen Verschmutzungskontingente abkaufen und somit das Recht erwerben, zuhause noch mehr zu verschmutzen. Da die armen Länder damit auch noch ein wenig verdienen, kann man das gar zynisch Entwicklungshilfe nennen.

Es kommt jedoch noch besser: Die Industrienationen haben noch ein paar andere Möglichkeiten, sich das Recht auf mehr Luftverschmutzung zu erkaufen.

CO₂-Senken - ein cleverer Trick

Wälder sind CO₂-Senken, weil Pflanzen CO₂ binden. Wer CO₂-Senken zu bieten hat, darf im Gegenzug mehr CO₂ ausstoßen als Betonwüsten. Die Industrienationen haben allerdings die Möglichkeit, in fernen Ländern CO₂-Senken herzustellen und somit mehr Verschmutzungsrechte in ihrer Heimat zu erlangen. Das Mittel dazu heißt Aufforstung. Das klingt zwar gut, hat aber zwei verheerende Nachteile.

a) Damit sich die Wälder, die man etwa in einem afrikanischen Land wieder aufforstet, auch rentieren, müssen sie als CO₂-Senken möglichst effektiv sein. Sie müssen CO₂ lange binden. Und da jede Pflanze beim Sterben das CO₂ wieder freisetzt, benötigt man langlebige und resistente Pflanzen. Wissenschaftler arbeiten bereits jetzt an gentechnisch manipulierten Bäumen, die jene Bedingungen erfüllen. Erschafft man mit diesen Pflanzen neue Wälder, entstehen gefährliche Monokulturen. Zudem könnte man dazu verleitet werden, bestehende Wälder abzuholzen und durch künstliche zu ersetzen.

Warum sollte man diese Chance auf mehr Emissionsrechte und mehr Profit verstreichen lassen?

b) In der Vergangenheit waren Aufforstungen rein ökologische Projekte. Jetzt werden sie zu reinen Beschaffungsmaßnahmen für Emissionsrechte. Kein Wald wird mehr entstehen, ohne dass daraus auch Emissionsrechte werden und dieser Wald an einer anderen Stelle mehr Luftverschmutzung schafft.

c) Die Entwicklungsländer, in denen die Industrieländer solche Aufforstungen vornehmen, verlieren das Nutzungsrecht an diesen Gebieten! Es ist sicher keine Polemik, so was Neokolonialismus zu nennen.

Atomkraft als Klimaschutz - ein plumper Trick

Atomkraftwerke können laut Kyoto-Protokoll als Klimaschutzmaßnahme angerechnet werden, da sie kein CO₂ ausstoßen! Wenn auch in Deutschland durch den massiven Protest gegen Castortransporte der Weiterbetrieb geschweige denn Neubau von

Atomkraftwerken schwer bis unmöglich scheint, können andere Länder unter diesem Gesichtspunkt neue Werke bauen und rechtfertigen. Atomkraftwerke stoßen zwar kein CO₂ aus, jedoch entsteht bei der Plutoniumabtrennung das sogenannte Krypton 85 und Atommüll ist so eine Krypton 85-Schleuder. Dieser Stoff greift in die luftelektrischen Mechanismen und damit in das Wetter ein. Die Strahlung des Krypton 85 führt zu mehr Ionen, also elektrisch geladenen Teilchen und erhöht somit die Leitfähigkeit der Luft. Veränderung der Blitzhäufigkeit sind ebenso eine Wirkung wie strahlenchemische Wirkungen auf andere Luftschadstoffe und dadurch die Zunahme von Strahlensmog und saurem Regen.

Das Klimaabkommen stoppen!

Das Klimaabkommen ist ein Wirtschaftsabkommen, mit dem die Industrienationen dieser Erde ihre Machtposition ausbauen. Luft zur Ware zu machen und somit den reichsten Nationen (also sich selbst) den Freifahrtschein zum munteren Pulvern in die Hand zu geben, verkaufen sie uns als sinnvolle und logische Maßnahme zum Klimaschutz und als Wohltat für die dritte Welt. Als im Januar 2001 die Hurrikans Mitch und George den USA und Nicaragua tobten, sind in Nicaragua 50000 Menschen gestorben und das Land wurde um 50 Jahre zurückgeworfen. In den USA starben 20 Menschen und der Schaden war versichert. Hurrikans sind nur ein Ergebnis eines veränderten, unberechenbaren Klimawandels, der durch die Luftverschmutzung und Handlungsweise unserer großen Industrienationen verursacht wird.

Wer, wenn nicht wir, sorgen für die weltweite Klimaveränderung!? Wer, wenn nicht wir, sind verantwortlich für Naturkatastrophen, die durch die Klimaveränderung hervorgerufen werden? Und was wird getan? Stoppen wir den Verschmutzungswahnsinn, schwenken wir angesichts des drohenden Kollaps auf eine ökologische Alternative um? Entschuldigen wir uns bei den Menschen in Afrika und anderswo, die unter den Auswirkungen einer Politik zu leiden haben, für die Profit immer wichtiger als Klimaschutz ist? Nein, wir setzen uns ins

Wartezimmer und lesen im Spiegel, dass trotz der Proteste einiger radikaler Ökos der Klimagipfel zu einem Erfolg gekommen ist. „Wie beruhigend“, sagen wir und vertrauen doch tatsächlich aus Bequemlichkeit und falscher Zurückhaltung genau den Leuten den Klimaschutz an, die entgegen allen Rufen aus der Wissenschaft ein Protokoll entwerfen, dass natürlich nur der Wirtschaft und der Vormachtstellung der Industrieländer nutzt. Das wäre glatt so, als würde man der Tabakindustrie die Abschaffung des Rauchens oder McDonalds die flächendeckende Einführung des Tierschutzes anvertrauen.

Die Botschaft

Träume tatsächlich
Unübersehbar also
Peru zum Beispiel
Als hätten die irgendeine Chance

Aber Träume tatsächlich
Militant und hartnäckig
Allgegenwärtig und
hoffnungsvoll
Radikal und hoffnungslos
Unbelehrbar

Frank Viehweg, 1997

Darf man sagen, dass diese Form der Realpolitik alles andere als real ist, da die Realität so aussieht, dass wir damit unser Klima zerstören und in nicht allzu langer Zeit den ökologischen Supergau erleben müssen?

Darf man sich darüber aufregen?
Darf man dagegen kämpfen?

Ja, man darf.

Kyoto is not enough!

Erlebnisbericht von den Aktionen zur Weltklimakonferenz in Bonn

Mittwoch, 18.7.

Am Abend komme ich im Risingtide-Camp am Stadtrand von Bonn an. Risingtide ist ein internationales Netzwerk, das sich für einen effektiven Klimaschutz einsetzt. Risingtide Deutschland hat in Bonn das Camp und viele Protestaktionen zur Konferenz vorbereitet.

Auf dem Camp sind 200 bis 300 Leute aus der ganzen Welt: Vor allem Holländer, die mit mehreren Fahrradkarawanen am Sonntag angekommen waren, außerdem auch Engländer, Amerikaner, Franzosen,... und einige wenige Deutsche sind auch da. Nachdem ich mein Zelt aufgebaut habe, lerne ich das Camp kennen und erfahre am Lagerfeuer näheres zu den Plänen für den nächsten Tag.

Donnerstag 19.7.

Um 11 Uhr fahren wir vom Camp mit dem Bus in die Stadt, da dort für 12 Uhr eine Demonstration angemeldet ist. Auf dem Münsterplatz haben sich gut 500 Leute versammelt. Ein buntes Völkchen mit vielen Transpis und Musik. Eine holländische Sambaband sorgt für Stimmung. Außerdem ist auch "Rinky-Dink" mit dabei, eine mobiles Soundsystem, das uns auch die nächsten Tage noch begleiten wird: Auf einem großen Fahrrad mit 8 Sitzplätzen ist eine Stereoanlage aufgebaut, die mit Photovoltaik und einem Pedalgenerator betrieben wird. Nach den Eröffnungsreden setzt sich der Demonstrationszug um 14 Uhr langsam in Gang. Die Sambaband geht vorne weg, bleibt immer wieder stehen und sorgt für Stimmung. Nach einer solchen Pause bewegt sich die Band auf einmal rückwärts. Der Grund wird schnell klar: Ungefähr 10 Personen haben sich im Kreis auf der Straße zusammengeschlossen und an einen Wagen angekettet. Die Straße wird blockiert und über Rinky-Dink werden die Forderungen

der Demonstranten verlesen: wir wollen eine Delegation auf die Eröffnungsveranstaltung der Klimakonferenz entsenden, um dort die 12 Prinzipien für ein Alternativprotokoll zu Kyoto zu verlesen, die einen wirksamen Klimaschutz gewährleisten können.

Fast alle Demonstranten schließen sich der Blockade an. Straßentheater und Musik sorgen für ausgelassene Stimmung, aber als einige Demonstranten versuchen ein Transparent über eine Ampel aufzuspannen, kommt es zu leichtem Gerangel mit der Polizei. Schließlich hängt das Transpi aber doch - ausnahmsweise auf deutsch: "Kyoto verhindern! Für Umweltschutz ohne Markt und Staat".

Gegen 16.30 Uhr kommt die erste Aufforderung der Polizei die Straße zu räumen, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar ist, ob wir unsere Forderungen auf der Konferenz verlesen können. Alles läuft extrem korrekt ab: Nach der dritten Aufforderung die Straße zu verlassen, wird uns mitgeteilt, das wir eine Ordnungswidrigkeit begangen hätten und deshalb unsere Personalien festgestellt werden müssten. Wer wolle, könne sich dazu jetzt in die Busse begeben, ansonsten würden wir von der Straße getragen.

Kurz nach 17 Uhr beginnt die Polizei mit der Räumung.

Leider sitze ich an dem Ende der Blockade, das zuerst geräumt wird. Deshalb muss ich eine halbe Stunde in der stickigen Kabine eines Gefangen-

enbusses sitzen. Von dort kann ich beobachten wie die PolizistInnen teilweise mit völlig unnötiger Härte gegen Demonstranten vorgehen: einige werden nicht getragen, sondern über den Boden geschleift und bei der Durchsuchung der Hosentaschen wird auch schon mal ein Arm verdreht.

Schließlich werden wir nach Brühl in eine Gefangenensammelstelle gebracht. Dort werden wir fotografiert und die Personalien aufgenommen. Schließlich werden je 30 Leute in einen Drahtkäfig gesperrt (EXPO lässt grüssen!). Zum Sitzen auf dem harten Betonfußboden gibt es Isomatten. Insgesamt werden 123 Personen in Gewahrsam genommen. Wir werden mit Wasser versorgt, bekommen aber bis 21 Uhr nichts zu Essen. Als die Stimmung langsam schlechter wird und die Langeweile immer mehr um sich greift, entschließt sich die Polizei schließlich doch, uns freizulassen. Gegen 21 Uhr dürfen wir die Gefangenensammelstelle verlassen und werden in Bussen zum Bahnhof gefahren.

Das Rinky-Dink



Eine Person, der Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird, wird bis zum nächsten Morgen festgehalten. Vom Bahnhof geht es mit Zug und Bus zurück zum Camp. Dort kommen wir gegen 23 Uhr an und freuen uns über leckeres Essen von Rampenplan.

Zumindest in der Lokalpresse wird ausführlich über unsere Aktion berichtet. Allerdings kommt dabei das Motiv für die Blockade eindeutig zu kurz. Von unserer Forderung, die 12 Prinzipien für ein besseres Klimaabkommen auf der Eröffnungsveranstaltung der Konferenz verlesen zu dürfen, wird in fast keiner Zeitung berichtet.

Freitag, 20.7.

Das morgendliche Plenum beginnt gegen 10 Uhr, wie immer auf Englisch. Es wird besprochen, dass der Tag zum Aufräumen des Camps und zur Vorbereitung der Rettungsbootdemonstration am Samstag dienen soll. BUND und "friends of the earth" haben für Samstag den Bau eines Rettungsboots für das Kyoto-Protokoll organisiert. Im Plenum wird schnell deutlich, dass niemand von einem Rettungsboot für das Kyoto-Protokoll begeistert ist, schließlich gehen die Forderungen von Risingtide weit über dieses hinaus und einige lehnen dies auch grundsätzlich ab, da sie meinen, dass sie in dem vorgesehenen Emissionshandels einen Schritt in die falsche Richtung sehen. Dennoch wird im Plenum beschlossen, sich aktiv an der Demonstration zu beteiligen und die Position von Risingtide zu verdeutlichen. Das Motto für die Demo lautet: "Kyoto is not enough." "Friends of the earth" haben uns für die Demo 15 Minuten Redezeit zur Verfügung gestellt. Also wird überlegt, wie wir diese Zeit kreativ nutzen können, um unsere Forderungen rüberzubringen, denn einer stupiden Rede hört auf einer Demo ja doch keiner zu. Transpis und Schilder werden gebastelt. Ich betätige mich dabei hauptsächlich als Dolmetscher, was gar nicht so einfach ist, denn schließlich kann man Transpisprüche nicht einfach wörtlich übersetzen.

Nebenbei erfahren wir von den schrecklichen Ereignissen beim G8 Gipfel in Genua. Für Samstag abend wird ein Trauermarsch aus Solidarität mit den DemonstrantInnen in Genua geplant und durchgeführt.

Samstag, 21.7.

Um 9 Uhr beginnt der Bau des Rettungsboots. Etwa 4000 Demonstranten aus der ganzen Welt haben sich auf den Weg nach Bonn gemacht, um für die Rettung des Weltklimas zu demonstrieren. Viele haben Holzplanken mit ihren Forderungen an die Politiker mitgebracht. Aus den Planken wird das Rettungsboot zusammengebaut und anschließend vor das Konferenzzentrum gebracht.

Am Vortag haben wir Schilder gebastelt, auf denen jeweils eines der 12 Prinzipien für ein Alternativprotokoll steht. Diese Prinzipien stehen auch im Mittelpunkt der Aufführung, mit der wir unsere Position zum Klimagipfel verdeutlichen wollen.

Planmäßig setzt sich der Demonstrations-

zug gegen 11 Uhr Richtung Konferenzzentrum in Bewegung. Rein zufällig hält er genau an der Stelle an, an der am Donnerstag die Blockade gewesen war. Leider, leider ist ein Rad des Bootes kaputtgegangen und muss erst mal repariert werden.... Schade bloß, dass man bei BUND und "friends of the earth" nicht weiß, ob diese außerplanmäßige Verzögerung nicht wirklich bloß Zufall war!?! Anschließend bin ich abgereist und so waren für mich die Aktivitäten hier erst mal zu Ende. Wie ich später erfahren habe, hat es eine kleine Gruppe internationaler Aktivistinnen verkleidet noch auf die Bühne des Kongresszentrums geschafft und dort einige der 12 Prinzipien verlesen bis sie von den völlig überforderten Securitys rausbefördert wurden. Klasse Aktion!

Florian Kubitz

12 Prinzipien für ein Alternativprotokoll

1. Anerkennung der Umwelt als eigenständigen Wert
2. Die Atmosphäre ist Allgemeingut. Jeder muss sie schützen
3. Rückzahlung der ökologischen Schulden des Nordens an den Süden
4. Verhindert den kulturellen Völkermord
5. Restrukturierung der globalen Finanzorganisationen
6. Anerkennung der Rechte von Umweltflüchtlingen
7. Sofortige Nutzung aller verfügbaren regenerativen Energien
8. Keine Anrechnung von CO₂-Senken
9. Sofortige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 60-80%
10. Beendigung des Abbaus fossiler Brennstoffe
11. Effektive Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz
12. Förderung von ökologisch nachhaltigen Lebensweisen

Klimaschutz von unten

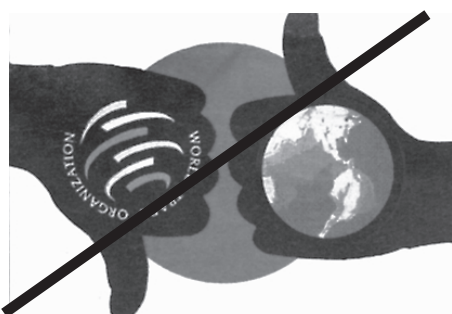
Perspektiven für einen wirksamen Schutz des Klima jenseits von Markt und Macht

Im folgenden Artikel wird ein Gegenentwurf zum Kyoto-Protokoll beschrieben. Über den Sinn des Entwurfes ist eine heftige Diskussion entstanden, da er einerseits visionäre Zustände beschreibt, sich andererseits aber nicht grundsätzlich vom Konzept der CO₂-Äquivalente löst.

Grundlagen

Die Unterwerfung aller Teile der Welt unter die Verwertung und die Logik von Profitmaximierung sowie Unterdrückung und Herrschaft sind Hauptursachen für die Zerstörung der Umwelt.

Eine wirksame Strategie der Umwelt kann daher nicht gelingen, wenn genau diese Mittel, die zur Zerstörung der Umwelt geführt haben, nun selbige schützen sollen. Herrschaft und Verwertung, Macht und Markt sind grundlegend und unüberwindbar immer auf die Ausbeutung von Mensch und Natur ausgelegt. Innerhalb ihrer Prinzipien ist ein wirksamer Schutz der Umwelt nicht möglich. Daher müssen sich Umweltschutzmaßnahmen der Logik von Verwertung und Herrschaft entziehen - langfristig ist ein Schutz der Umwelt nur möglich, wenn sie überwunden werden. Das System von Verwertung und Herrschaft hat keine Fehler, es ist der Fehler! Der Gegenentwurf lautet: Umweltschutz von unten!



Grundlegende Überlegung ist, daß die Möglichkeit der Ausbeutung von Rohstoffen und der Verlagerung der Folgen in die Peripherien und entfernten Länder zu einem zerstörerischen Umgang mit der Umwelt geführt haben.

Menschen, die frei entscheiden können, werden dagegen in der Regel nicht Maßnahmen ergreifen, die ihre eigene direkte Lebensqualität senken. Der Egoismus als Drang des Menschen zu einem subjektiv besseren Leben wird dann zum Antrieb, die Umwelt zu schützen, wenn der Mensch tatsächlich ...

-erstens

die Gestaltung und Nutzung der direkten Umwelt mitbestimmen kann - und zwar tatsächlich, d.h. direkt und nicht vermittelt über repräsentative Demokratieformen, Behörden, Institutionen u.ä.,

-zweitens

keine Möglichkeit hat, per Machtausübung die Folgen des eigenen Handelns auf andere Menschen und andere Regionen abwälzen zu können - sondern alle Folgen selbst in der eigenen Umgebung direkt erlebt oder sich mit anderen frei vereinbaren muß, um deren Umwelt mitnutzen zu können.

Die Vision ist die direkte Bestimmung der Menschen über ihre Umwelt -organisiert in der freien Vereinbarung der Menschen und ihrer Kooperativen. Der Weg dahin führt über eine konsequente Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs. Die Menschen bekommen die Verfügungsgewalt über ihre Umwelt mit der Bedingung der Gleichberechtigung eines Entscheidungsprozesses. Die Innenhöfe gehören den Menschen, die dort wohnen. Und die Straßen. Die Schulhöfe den SchülerInnen, die dort lernen (müssen). Die Felder und Wälder, den Menschen, die von den Erträgen leben wollen.

Konkrete Vorschläge für ein Klimaschutz-Protokoll der Menschen, Institutionen, Organisationen und Nationen

Die Umwelt den Menschen - nach dieser Logik gilt für den Schutz des Klimas, daß die Nutzung der Ressource Luft demokratisiert werden muß. Die Frage, welche Stoffe wo in die Luft kommen, muß Sache der Menschen direkt sein - individuell und in freien Kooperativen.

1. Luftnutzungsrecht in die Hand der Menschen

- Das Recht, klimaverändernde Stoffe in die Luft abzugeben, wird den einzelnen Menschen übertragen. Jeder Mensch erhält ein Recht zur Nutzung der Luft, u.a. zum Ausstoß von treibhauswirksamen Gasen (gemessen in CO₂-Äquivalenten).
- Die Menge, die jeder Mensch erhält, errechnet sich aus einer Grundmenge plus der je nach Region nötigen Mengen zur Erzeugung von Heizwärme.
- Jeder Mensch kann sein Recht auf Äquivalente in Kooperativen einbringen, d.h. in Zusammenschlüsse, die z.B. der Produktion dienen, bei denen er eine Mitbestimmung behält.
- Darüberhinaus kann jeder Mensch sein Recht, gemessen in Äquivalenten, verleihen, allerdings nur auf begrenzte Zeit und mit jederzeitiger Kündigungsfrist.
- Die Menschen haben das Recht, freie Kooperativen bei Mitbestimmungsrecht aller und jederzeitiger Kündigungsfrist für den Einzelnen zu bilden, um ihre Äquivalente kollektiv einzubringen.
- Ein Verkaufsrecht für das Luftverschmutzungsrecht in Äquivalenten gibt es nicht.
- Solange Nationen und Konzerne bestehen,

erkennen sie an, daß ausschließlich die Menschen und ihre Kooperativen als Verhandlungspartner und InhaberInnen der CO₂-Äquivalente in Frage kommen. Keine Institution oder Firma kann selbst Inhaber von Luftverschmutzungsrechten sein, sondern muß sich dieses Recht bei Bedarf bei den Menschen leihen oder mit diesen Kooperativen bilden. Alle obigen Regelungen gelten.



2. Weg mit allen Schranken umweltfreundlicher Technik!

Schon seit einigen Jahren bestehen die technischen Möglichkeiten, in der Energieerzeugung vollständig regenerative (und damit CO₂-neutrale!) Quellen zu nutzen sowie in vielen anderen Bereichen den Ausstoß von Treibhausgasen wesentlich zu minimieren. Dazu ist der schrankenlose Transfer der Technik nötig:

- Keine Beschränkungen für Umwelttechnik und internationale Kooperation
- Keine Patente, Urheberrechte und Lizenzen auf Umweltschutztechnik, Planungs- und technisches Wissen usw. Freigabe aller Patente usw. regenerativer Technik zum Nachbau immer und überall!
- Aufbau solidarischer Projekte der regenerativen Energiegewinnung und Mobilität zwischen verschiedenen Regionen der Welt

3. Abwicklung des Nordens statt Entwicklung des Südens

Treibhausgase werden vor allem in Industrienationen sowie durch Konzerne der Industrieländer ausgestossen. Daher ist eine Abwicklung dieses industriellen Sektors und der wirtschaftlichen Dominanz nötig.

- Selbstverpflichtung insbesondere der In-

dustrielländer, keinen weiteren Transfer von Energieträgern (weder fossil noch z.B. um gewandelte Solarenergie) in die eigenen Länder zuzulassen. Die Eigenversorgung mit regenerativer Energie ist sofort möglich!!!

- Keine Förderung der Entwicklung von Transportmitteln, die energiezehrender sind als bisherige (ICE, Transrapid, Luft- und Raumfahrt).

- Schließung aller Freihandelszonen (z.B. Maquilas) und Industriezonen in den ärmeren Ländern, die der Produktion für die reichen Länder dienen. Überlassung bestehender Industrie zum Aufbau kooperative Lebens- und Produktionsformen.
- Die unter 1. genannte Übertragung der Luft-Nutzungsrechte auf die Menschen entzieht dem industriellen und dem staatlichen Sektor seine

Berechtigung zur Umweltzerstörung. Das muß konsequent durch gehalten werden.

Es gibt kein Recht auf Profit! Es gibt kein Recht, das Leben anderer zwecks Anhäufung von Reichtum und Macht einzuschränken! Niemand außer den Menschen selbst hat ein unmittelbares und immerwährendes Interesse an einer Umwelt, in der ein gutes Leben möglich ist. Daher darf niemand anders als die Menschen das Recht auf die Nutzung der Umwelt haben!

Quellen:

- Ö-Punkte, Heft 2/2001 (Sommer): Profit statt Klimaschutz? (mit etlichen Texten zum Thema)
- Bergstedt, Jörg (1999): Agenda, Expo, Sponsoring - Strategien radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit, IKO-Verlag Frankfurt

Die Diskussion kann im Internet unter www.opentheory.org/klima verfolgt werden.

Resolution vom 30. BundesÖkologieTreffen

in Augsburg am Samstag, den 26.05.2001 im Konsens verabschiedet.

Bisher unterstützen ihn folgende Institutionen:

Institut für Ökologie

ReferentInnenRat der Humboldt-Universität zu Berlin

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Redaktion Contraste "Umweltschutz von unten"

Ö-Punkte-Redaktion "Wirtschaft"

Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt Bad Oldesloe

ASta der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

.....

Bitte diesen Aufruf verbreiten, unterzeichnen und was immer geht!

Bitte sendet Eure Unterzeichnerlisten per e-mail an: bsoe@studis.de

Wenn Ihr per email sendet, muessen Euch die Unterschriften der unterzeichnenden Personen/Organisationen schriftlich vorliegen.

und/oder per Post an:
BSOe e.V., c/o ASta der Uni Münster,
Schloßplatz 1, 48149 Münster

RESOLUTION >>>>>>

„KYOTO-PROTOKOLL WEGSCHMELZEN - KLIMAKONFERENZ VERHINDERN“

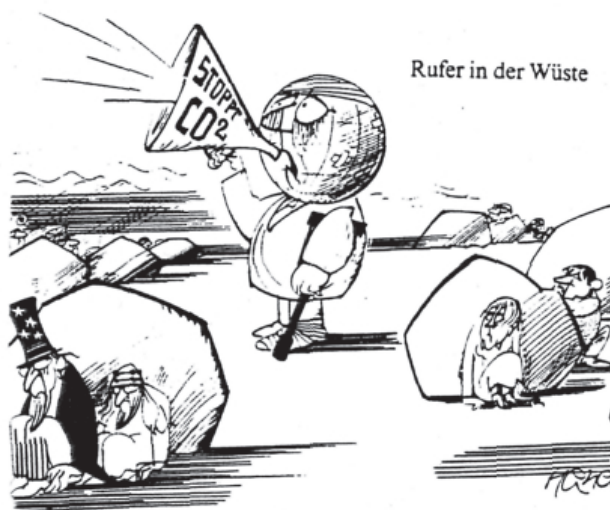
(Resolution des 30. BundesÖkologieTreffens in Augsburg vom 23.-27.05.01)

Seit der 1. Weltklimakonferenz 1979 versuchen sich die Regierungen auf ein Programm zur CO₂-Reduktion zu einigen. Dies ist bisher regelmäßig fehlgeschlagen, so in Rio de Janeiro 1992, in Kyoto 1997 und zuletzt in Den Haag 2000. Da in Den Haag die Umsetzungsrichtlinien des Kyoto-Protokolles gescheitert sind, sollen nun vor dem nächsten Klimagipfel 2002 in Marakesh auf einem Zwischengipfel in Bonn diese genauer bestimmt werden. Das Protokoll ist eindeutig auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, und trägt keineswegs zum Klimaschutz bei.

Aus folgenden Gründen ist das Kyoto-Protokoll zu verhindern:

1. Kyoto erlaubt eine Steigerung der CO₂-Emissionen

Laut IPCC, dem wissenschaftlichen UN-Gremium „Intergovernmental Panel for Climate Change“, ist eine kurzfristige Reduktion des weltweiten CO₂-Ausstoßes um 60% notwendig, um das globale Klima zu stabilisieren. Nach dem aktuell verhandelten „Kyoto-Protokoll“ würden sich die Industrieländer aber nur zu einer Reduktion von 5,2% je nach Land bis 2008 oder 2012 verpflichten, obwohl sie als Hauptverursacher der Emissionen 80% laut IPCC einsparen müßten. Dank fragwürdiger Methoden und etlichen Schlupflöchern in den Umsetzungsrichtlinien läßt das Kyoto-Protokoll sogar eine deutliche Erhöhung der CO₂-Emissionen zu: Der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken sowie Aufforstungen sollen als CO₂-reduzierende Maßnahmen anerkannt wer-



Der Rufer in der Wüste?

den. Zudem dürften Erlaubnisscheine für eine CO₂-Produktion an den Börsen gehandelt werden.

Eine Wende zum Energiesparen und eine Förderung regenerativer Energieträger würde damit nicht erfolgen.

2. Kyoto dehnt marktwirtschaftliche Verwertungslogiken aus

Im Kyoto-Protokoll geht es um verschiedene treibhauswirksame Gase, allen voran das CO₂. Gemessen wird alles in CO₂-Äquivalenten. Damit werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen, das bedeutet Profit statt den Klimaschutz zu fördern. Luft wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, sie zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand

weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungsstärksten Konzerne. Kyoto bedeutet daher eine Ausdehnung der Vermarktungslogik – und ist somit eine klassische Form des Neoliberalismus.

3. Die Debatte um Kyoto verhindert eine wirkungsvolle Klimaschutzdebatte

Die Klimadebatte der Vereinten Nationen verschlingt gigantisches Potential – zeitlich, materiell sowie finanziell und zerstört die Hoffnungen von vielen Menschen, denen der Klimaschutz wichtig ist. Das geht soweit, dass inzwischen sogar die meisten Umweltverbände (zumindest in Deutschland) auf Kyoto und immer mehr auch auf die verantwortlichen PolitikerInnen in der Bundesregierung und EU setzen – eine absurde Situation angesichts dessen, wer eigentlich weltweit die Scharfmacher in Sachen neoliberaler Verschärfung, Erhöhung sozialer Ungerechtigkeiten usw. sind.

4. Kyoto schafft eine rechtliche Absicherung für den Ausstoß von Treibhausgasen

Mit dem Kyoto-Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, dass auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern – und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören,

sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen legalisieren ihre Umweltzerstörung mit Hilfe von neuen Gesetzen – Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen. Eine Parallele zum „Atomkonsens“ ist unübersehbar.

Kyoto verhindern!

Daraus folgt: Kyoto verhindern. Endlich wieder Umweltschutz einfordern und verwirklichen! Staaten und Konzerne sind Verursacher von Umweltzerstörung und sozialen Ausbeutungsverhältnissen. Die Vereinten Nationen sind bedauerlicherweise zur Zeit von kapitalistischen und neoliberalen Staaten dominiert, die mit ökonomischen und militärischen Mitteln ihre Interessen durchsetzen. Wir halten es für unwahrscheinlich, dass eine Kooperation mit diesen Partnern zum Ziel führt.

Wir fordern als kurzfristige und langfristige Ziele:

Wenn überhaupt in CO₂-Äquivalenten gedacht werden soll, dann muß das „Recht auf Verschmutzung“ den Menschen selbst übergeben werden, die diese verleihen oder in kooperative Strukturen (z.B. Energiegewinnung, Produktion) einbringen, nicht aber verkaufen können. Damit liegt die Gestaltungsmacht und die Entscheidungsfrage über den Klimaschutz bei den Menschen. Sie sind diejenigen, die unmittelbar ein Interesse an einer lebenswerten Umwelt haben – nicht die Regierungen und Unternehmen, die nach dem Kyoto-Protokoll Inhaber der Verschmutzungsrechte sein sollen.

Die Festlegung von CO₂-Äquivalenten kann nur für eine begrenzte Zeit als Notmaßnahme gelten, weil sie immer mit Kontrolle und Festlegung von Bewertungsmaßstäben verbunden sind, die über Machtstrukturen durchgesetzt werden müssen. Langfristig fordern wir daher gesellschaftliche Strukturen ein, in denen die Menschen gleichberechtigt und unmittelbar ihre Umwelt selbst gestalten können.

Wir rufen alle Menschen auf, die Weltklimakonferenz in Bonn zu verhindern und mit lokalen Aktionen die Proteste zu unterstützen.

Relativierung

Wir haben es alle gewusst

Manche wollten es nicht wahrhaben / Einige konnten es nicht glauben / Wenige leugnen es bis heute

Viele wussten es nicht / Jeder zweite vermutete etwas / Die meisten hatten keine Ahnung

Wir haben es alle gewusst

Frank Viehweg, 1992



Bioland
OKOLOGISCHER LANDBAU

Ein Einstieg in die Biolandbau-Beratung:

Praktikanten-Stelle beim Bioland Erzeugerring Bayern e.V.

Wir suchen für den Zeitraum ab Sofort oder ab Herbst 2001 eine/n Praktikanten/in für unsere Geschäftsstelle in Augsburg.

Der/die PraktikantIn erhält Einblick in die Organisationen und Tätigkeiten der Bioland Beratung. Der Bioland Erzeugerring betreut derzeit ca. 1600 Bioland Betriebe in Bayern.

Arbeitsschwerpunkt im Praktikum ist die Beratung der Biolandbetriebe (Bearbeitung von Anfragen, Erstellen von Beratungsinfos, usw.). Der Praktikant/ die Praktikantin wird verantwortlich in die Tagesabläufe eingebunden und mit Projektarbeiten betreut.

Der/die Praktikant/in hat die Möglichkeit, einen Einblick in die spannende und abwechslungsreiche Tätigkeit eines Bioland Beraters in einem motivierten Team aus 15 Fachberater/innen zu bekommen. Das kann ein guter Einstieg in den zukunftsreichen Berater-Beruf sein. Für Studienabsolventen ist auch ein 1-jähriges Trainee-Programm möglich.

Das Praktikum sollte ca. 4 Monate oder länger dauern.

Bewerbungen und Rückfragen richten Sie bitte an:

Bioland Erzeugerring Bayern e.V.
Jan Plagge
Auf dem Kreuz 58
86159 Augsburg
Tel. 08 21/ 34 68 0-0, Fax: 08 21/ 34 68 0-20
jplagge@bioland-bayern.de

Stellungnahme zum Staatsterrorismus beim Genueser Weltwirtschaftsgipfel

von Professor Zeuner, FU Berlin

Es kommt darauf an, der Umwandlung des dem Recht und der Demokratie verpflichteten Staatsapparats in einen Terrorapparat der Herrschenden entgegenzutreten.

Ich bin der Vater von Katharina Zeuner, die am Morgen des 22. Juli 01 in der Schule Armando Diaz Opfer eines geplanten und brutalen Polizeiberfalls auf friedliche und schlafende ProtestiererInnen gegen den Genueser Weltwirtschaftsgipfel wurde. Zugleich bin ich Professor für Politikwissenschaft und ein politisch engagierter Mensch. Ich habe gestern bei der Pressekonferenz des Berliner Ermittlungsausschusses in beiden Rollen Stellung genommen, und bin gebeten worden, meine mündliche und spontane politische Stellungnahme nachträglich aufzuzeichnen. Das tue ich gerne:

Ich lese - zufällig - in diesen Tagen Sebastian Haffners Frühwerk "Geschichte eines Deutschen". Darin wird besonders eindringlich beschrieben, wie sich im März 1933 bei fast unverändertem Alltag die Koordinaten des Privatlebens durch die Umwandlung des preußisch-deutschen Staats in eine anti-humane Terrororganisation verändert haben.

Es wird auch der mangelnde Widerstand der deutschen Bevölkerungsmehrheit und ihrer Führungsgruppen aus Parteien und Gewerkschaften gegen diese Umwandlung beschrieben. Ohne die gegenwärtige Situation mit 1933 gleichsetzen zu wollen, was selbstverständlich unhistorischer Unfug wäre, scheint mir eine Gemeinsamkeit festhaltenswert:

Es kommt darauf an, der Umwandlung des dem Recht und der Demokratie verpflichteten Staatsapparats in einen Terrorapparat der Herrschenden entgegenzutreten. Wenn Polizisten, wenn Spezialeinheiten der Polizei es sich herausnehmen, politisch unliebsame Personen, wie in Genua geschehen, mitten in der Nacht zu überfallen und brutal, ja lebensgefährlich zu verprügeln, dann ist es zu Folterkellern wie denen der SA im



Deutschland von 1933 nur noch ein Schritt. Wer den Überfall auf die Diaz-Schule in Genua als irgendwie entschuldbar durchgehen lässt, leistet Beihilfe zu einer schleichenden Faschisierung der Gesellschaft.

Der italienische Innenminister Scajola hat erklärt: "Die Sicherheitskräfte verhielten sich mit beispielhafter Würde und können nicht dem Spott preisgegeben werden."

Dies ist exakt die Sprache von Hitler und Göring aus dem Jahr 1933. Wenn Herr Scajola nicht abgelöst wird, wenn diese Denkweise sich durchsetzt, sind wir - in Italien und in Europa insgesamt - auf dem Weg in eine andere Republik. [...]

Auch wenn wir wissen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, können wir aus ihr lernen. Es gibt Dinge, die gleich bleiben und es gibt Neues.

Gleich geblieben ist die Unmenschlichkeit von absoluter Herrschaft und eines entfesselten Kapitalismus.

Gleich geblieben ist zum Glück auch die Fähigkeit der Menschen auf der ganzen Welt, sich gegen diese Unmenschlichkeit zu wehren.

Neu ist unsere Chance, uns über Internet zusammenzutun.

Neu ist, dass wir es nicht mehr mit einem deutschen, sondern mit einem italienischen, ja einem europäischen und tendenziell weltweiten Problem einer wild gewordenen Staatsgewalt zu tun haben. Neu und ermutigend ist, dass der Widerstand gegen globalisierte Ungleichheit und Ungerechtigkeit selber international geworden ist.

Der antidemokratische und bürgerfeindliche Staatsapparat des Berlusconi (und seiner Brüder im Geiste wie Schröder, Schily, Bush, Blair u.a.) ist nicht so leicht zu konterkarieren [...]

Aber es lohnt sich, und es ist nicht chancenlos: Italien muss wieder ein Rechtsstaat werden.

Und: Weder in Italien noch anderswo darf der Staatsapparat einfach so machen, was die gerade Herrschenden wollen.

Und: Ohne eine demokratisch-rechtsstaatliche Regulierung des weltweiten Kapitalismus geht die Menschheit zu Grunde. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Treffen von Politikern.

Aber diese Politiker müssen demokratische Politik machen und sich gegenüber dem wildgewordenen Kapital durchzusetzen versuchen.

Attac – die Ohnmacht der Globalisierung überwinden

Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet und versteht sich als ein Teil einer weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Attac will Menschen Mut machen, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, anstatt sie Politikern und Konzernchefs zu überlassen. Ein **kostenloses Infopaket** kann unter folgender Adresse bestellt werden:

Attac, Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 957 591, Fax: 957 594
info@attac-netzwerk.de
www.attac-netzwerk.de

attac



Berichte von dem Überfall auf die Schule Diaz in Genua

- Übersetzungen aus italienischen Zeitungen -

Eine Delegation besuchte gestern das Frauengefängnis in Vercelli. Auch dort wird von Misshandlungen berichtet.

Am Samstag, den 21.7.2001 um 23.56 Uhr haben Sondereinheiten der Carabinieri und der italienischen Polizei (ca. 200 Beamte) die Schule Diaz, in der GegnerInnen des G8-Gipfels übernachteten, gestürmt.

Die Polizeibeamten haben eine Seitentür eingeschlagen und sind mit lautem Gebrüll in das Gebäude gestürmt. Sekunden später konnten Leute vom gegenüberliegenden Independent Media Center lautes Geschrei vernehmen. Die in der Schule Anwesenden wurden brutal zusammengeschlagen und schließlich alle verhaftet.

Ein Grossteil der Leute in der Schule wurde von SanitäterInnen auf Bahren hinausgetragen. Sie waren schwer verletzt und blutbeschmiert, viele hatten Kopfverletzungen. Einige waren bewusstlos. Die allerwenigsten waren noch in der Lage zu laufen. Im Gebäude selbst wurde alles verwüstet, die 5 Computer kaputtgeschlagen, sämtliches Gepäck ausgeschüttet, Geld und Reiseausrüstung sowie Kameras etc. geklaut.

Nachdem alle in Krankenhäuser und Knäste abtransportiert worden waren, wurde bei der Besichtigung des Gebäudes überall Blut gefunden. Blut zwischen den Schlafsäcken, Blut auf den Klos, Blut im Treppenhaus. Überall, wo die Polizei Leute erwischt hat, die noch zu fliehen versucht haben, wurden sie auf der Stelle zusammengeschlagen und misshandelt.

Mehrere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Nach Presseangaben vom Sonntag wurden in der Schule 66 Personen festgenommen, 50 davon verletzt. Heute wird berichtet, dass bei der gesamten Operation 93 Personen festgenommen wurden, das schließt auch die Leute ein, die sich in den umliegenden Strassen oder vor der Schule aufhielten. 15 ItalienerInnen wurden freigelassen. Die verbleibenden 78 Personen aus unterschiedli-

chen Ländern sind noch in Haft. Nach Angaben einer Krankenhausangestellten aus dem San Martino Krankenhaus in Genua waren die Verletzten in einem unvorstellbarem, furchtbarem Zustand. Sie berichtete von multiplen und komplizierten Frakturen, eingeschlagenen Schädeln und ausgeschlagenen Zähnen. Viele befanden sich in einem Schockzustand, waren kreidebleich, kaum ansprechbar und hatten Angst, überhaupt berührt zu werden. Nach ihren eigenen Angaben hatte sie so etwas noch nie erlebt oder gesehen.

Wir wissen sicher von Eltern, die vom Auswärtigen Amt informiert wurden, dass in einem Fall ein Mann an der Schädeldecke operiert werden musste. Inzwischen muss er nicht mehr künstlich beatmet werden. In einem anderen Fall wurden die Eltern informiert, dass sich ihr Sohn nicht mehr in Lebensgefahr befindet. Mehr Informationen wurden den Eltern nicht gegeben. Einer anderen Person, einem Briten, wurden die Rippen gebrochen, was zu schweren Lungenverletzungen führte.

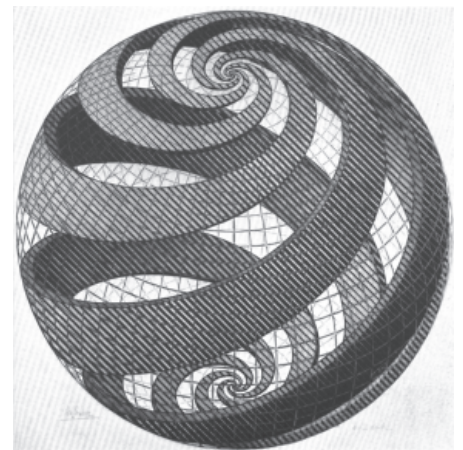
Es gibt bisher keine gesicherten Informationen über den Verbleib aller in der Schule Verhafteten. Bei vielen Leuten ist immer noch nicht klar, wo sie sich befinden, im Krankenhaus oder im Gefängnis. Viele wurden auch zuerst ins Krankenhaus und danach ins Gefängnis gebracht. Anwältinnen durften bisher niemand sehen, die Krankenhäuser gleichen Polizeifestungen, niemand durfte rein. Der Schwester eines Schwerverletzten wurde gestern (23.7.) Abend der Krankenbesuch verweigert.

—
Am 23.7. besuchte eine Delegation, bestehend aus dem Europaabgeordneten Luigi Vinci von der Partei Rifondazione Comunista, einem Mitglied eines Sozialen Zentrums aus Mailand sowie einer Dolmetscherin aus Deutschland, den Frauenknast in Vercelli. Wir geben hier einen Bericht der Dolmetscherin wieder: Von den verhafteten Frauen aus der Schule befinden sich 6 im Gefängnis von Vercelli, mit 4 von ihnen wurde ge-

sprochen: Nach einem 5-minütigen Gespräch mit ihnen gibt es folgende Kurzeinschätzung: Alle Frauen gaben an, in der Schule geschlagen worden zu sein. Weiterhin erzählten alle Frauen, dass der Zustand der Männer aus der Schule Diaz in jedem Fall schlimmer sei. Sie geben an, dass die Männer die ganze Nacht auf dem Polizeirevier weiter gefoltert worden sind, da sie die ganze Nacht von ihnen Schreie gehört haben. Sie selber sind auf dem Polizeirevier weiter schikaniert worden: Beschimpfungen, Schläge und Tritte beim aufs Klo gehen. Sie sagen alle aus, dass sie dabei relativ gut weggekommen sind. Im Gefängnis ist die Behandlung besser als bei den Bullen.

Ihnen wurde teilweise erlaubt, Anrufe zu machen. Sie sind in 2-3 Zellen weitgehend (außer 1 Person) nach Staatsangehörigkeit geordnet. Fast allen Frauen wird öffentlicher Widerstand vorgeworfen. Mindestens ein Mann soll eine Anklage wegen versuchten Mord (Homicide) bekommen. Zusätzlich wurden Röntgenaufnahmen aus dem Krankenhaus konfisziert.

Weiterhin traf die Dolmetscherin Italienerinnen, die bereits Samstagnachmittag verhaftet worden waren. Sie wurden gestern aus Vercelli entlassen. Sie berichten folgendes: Sie selbst wurden auf dem Bullenrevier in Genua nicht geschlagen. Sie mussten sich jedoch 19 Stunden mit den Händen erhoben ohne Essen und Trinken an eine Wand



stellen. Sie gaben an, dass die Bullen offen organisierte Faschisten waren. Es gab permanente Beschimpfungen wie „scheiß-jüdische Zigeunerin“, „Hasta la Victoria siempre“ mit gleichzeitigem Hitlergruss, weiterhin wurden Mussolinibilder an den Wänden gesehen.

Einer Person, der vorher die Beine gebrochen wurden, konnte nicht an der Wand stehen, wurde weiter geschlagen bis sie sich irgendwie hingestellt hat. Die Bullenfrauen waren teilweise schlimmer als die Männer. Haben die Frauen an den Haaren gezogen und gerissen. Sie wurden von den Festgenommenen als „totale Psychopatinnen“ bezeichnet. Weiterhin berichteten sie, dass Tränengas in die Zellen geworfen worden ist. Eine Person hat daraufhin Blut erbrochen. Alle Inhaftierten bitten darum irgendwie Druck auszuüben und zu helfen !!!!

Hier endet der Bericht der Dolmetscherin. Die Gefangenen sitzen seit 60 Stunden im Knast (Stand Dienstag, 24.7., 12.00 Uhr). Weitere Informationen: Am Montag wurden insgesamt noch min. 38 Personen in und um Genua oder an der Grenze festgenommen. Es ist gefährlich sich zur Zeit in Genua aufzuhalten. Sie haben in Bars und Kneipen nach ausländischen Leuten gesucht. Einige wurden bereits wieder entlassen. Anderen drohen Haftbefehle wegen Plünderung und Verwüstung.

Alle in der Schule Verhafteten haben morgen (25.7.) einen Haftprüfungstermin und kommen evt. frei. Insgesamt waren gestern noch 570 Personen im Krankenhaus und über 100 im Knast.

Wir haben eine Liste mit 60 Deutschen und weiteren 32 Gefangenen aus 12 unterschiedlichen Ländern. Die Gefangenen befinden sich in folgenden Gefängnissen: Alessandria, Pavia, Vercelli und Voghera und Genova.

Bericht über den Blitz- überfall auf die Schule Diaz vom 24.7.

aus der Corriere della Serra

Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter in der Angelegenheit Blitz. Die Namen eines Großteils der noch 78 verbliebenen Gefangenen sind den jeweils für sie zuständigen Behörden aus 13 Ländern übergeben worden. Sie worden bisher wg. Fluchtgefahr nicht freigelassen. Es gibt eine Reihe italie-

nische PolitikerInnen, die mit den Gefangenen sprechen und wissen wollen, ob es wahr ist, dass sie, die Gefangenen und in der Schule sich befindlichen Personen von der Polizei misshandelt worden sind. Der Staatsanwaltschaft wurden die Festnahmen erst am Sonntag um 18.30 übermittelt, also erst 18.5 Stunden nach dem Überfall. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete die ganze Durchsuchung als „peinlich“. Die Familien haben zum Teil keine Nachrichten und Informationen über den Gesundheitszustand/Haftgrund/Aufenthaltort u.s.w. ihrer Töchter und Söhne.

Blut und Zerstörung - die Spuren der Prügelei

von Concita de Gregorio

GENUA - Frisches Blut, noch flüssig und glänzend wie Himbeersirup. Eine Bibel, eine Rolle Toilettenpapier, Blut. Eine Metallschachtel voller Präservative, ein Tagebuch mit der Telefonnummer von Micha: 2152635. Don Quichote ohne Einbanddeckel, Blut. Damenbinden, Olivendosen, Reisewecker, Blut. Ein zerrissener polnischer Reisepass. Eine Geldbörse aus Lederimitat mit einer Adresse in Vancouver, Canada. Bitte Eltern verständigen.

“Never seen anything like this”, sagt unbeweglich Richard, 24 Jahre, aus den Londoner Suburb. Niemals zuvor gesehen, nicht in Europa, seit 50 Jahren nicht. Deswegen wird Ihnen übel werden, und vielleicht werden Sie es auch nicht glauben. Aber wenn Sie um halb zwei Uhr morgens in die hübsche Schule Armando Diaz hineingegangen wären, als nach der Verwüstung noch niemand durchgegangen war, hätten Sie dies gesehen.

Zwei Mädchen Arm in Arm in einer Ecke, ganz allein in dem leeren Gebäude. Eine davon schwächling, mit zwei Zöpfen an den Seiten, vielleicht zwanzig, vielleicht Amerikanerin. Von krampfartigen Seufzern geschüttelt, unfähig zu weinen. Die andere, die fragt: “Why”? - und sie antwortet nicht.

Eine Turnhalle übersät mit ausgeleerten Rucksäcken, zertretene Brillen, aufgerissene Fotoapparate, herausgerissene Filmrollen, Unterhosen, Melonen, Comics, Ten-

nisschuhe, Thunfischdosen. Schlafsäcke, die noch warm sind, in den Gängen, und dort auch die ersten Blutflecken. Dicht und dunkel. Sie führen nach oben. Die Treppe hoch.

In der Ecke der erste rote Streifen, wie von jemand, der mit dem Kopf dagegen geschlagen und dann zu Boden gerutscht ist. Erster Stock: Rote Pfützen. Vor der Tür der Klasse 2ab zwei Bücher in einer noch flüssigen Pfütze: Minuet for Guitar von Vladimir Zupan und Miracle of the Rose von Jean Genet. Das Blut führt in die Toiletten. Im Waschbecken liegt ein von der Wand gerissenes Kruzifix, rot beschmiert. Im WC-Bekken ist Blut, auch auf den Heften mit den Krankmeldungen der Schüler und auf den in einer Ecke gestapelten Klassenbüchern. Es sind Spritzer auf dem eleganten Türschild, auf dem in gekünstelter Kursivschrift geschrieben steht: “Carla Angela Castelli, Schulleiterin”. Auch die Tür selbst ist besudelt, denn das Blut ist überall, vor allem aber in den Ecken und an den Wänden: Das Blut von Flüchtenden. Eine Spur wie aus einem Horrorfilm führt hinunter ins Untergeschoss: Am Ende der Treppe ist eine stets zu öffnende Tür, ein Notausgang. Sie muss die Ängste jemandes miterlebt haben, der versuchte, hier hinauszukommen. Die Tür war von außen mit einem Schloss verriegelt. Der hier flüchten wollte, hat am Türgriff gezerzt, hat ihn aus der Tür herausgerissen. Nichts. Verschluss. Und dann unten am Boden seine Blutstropfen und wieder hinauf Stufe für Stufe, als er die Treppe wieder hochkam.

93 haben sie weggebracht aus der Schule, die die Gemeinde Genua den Jugendlichen des Social Forum so großzügig angeboten hatte. Einen nach dem anderen auf der Krankentrage, durch einen Korridor von Polizisten mit verdecktem Gesicht, mit Taschentüchern vor der Nase, Helm und Schild. Im Gebäude gegenüber rufen Hunderte von Jugendlichen an den Fenstern: Mörder, Faschisten. Ein Hubschrauber ist ganz knapp über dem Dach, als wolle er landen; er tut es aber nicht.

Eine Gasse mitten in der Nacht. Scheinwerfer von Panzerfahrzeugen, Tausende von Uniformierten. Sie haben die Abgeordneten und Senatoren, die hinein wollten, geschlagen, zu Boden geworfen und ihnen das Hemd zerrissen: Ramon Mantovani, mit dem Gesicht zur Wand und zerrissenem Hemd. Gigi Malabarba, Schläge mit dem Schild auf

den Rücken "Ich bin Senator der Republik; ich will nur reden", sagte er. Die zwanzigjährigen Wehrdienstleistenden schlugen ihn. Auch Graziella Mascia, Loredana De Petris und Luisa Morgantini waren da - alles gewählte Parlamentarierinnen.

Sie ließen weder die Anwälte durch, die ihren Ausweis zückten, noch die Journalisten aus aller Welt, während aus dem dunkel daliegenden Schulgebäude Schreie von Jugendlichen zu hören waren.

Schreie in voller Lautstärke, vor allem Hilferufe von Frauen. Man sah Glas von drinnen nach draußen splintern, hörte Schläge.

Dutzende und Aberdutzende von Polizisten waren drinnen, und draußen zwei leitende Beamte mit Funkgeräten: "Roberto, bring die Abgeordneten weg", sagte der elegante Große, der blau angezogen war, mit schwarzen Haaren und Bart. Dann begannen die Krankenträger herauszukommen.

Auf der ersten lag ein Mädchen mit gespaltenem Kopf, vermutlich ohnmächtig, mit zwei orangenen Gurten festgebunden. Sie ließ auf der Straße einen viele Meter langen Blutstreifen zurück, bis hin zum Krankenwagen.

!Mörder! riefen die Jugendlichen am Gebäude gegenüber, dem Media Centre, dem von

Vittorio Agnoletto geleiteten Kommunikationszentrum des GSF [Genoa Social Forum]. Auch Agnoletto ist draußen geblieben, während die Krankenträger vorbeizogen. Wenigstens dreißig waren es. Jemand war mit weißen Tüchern bedeckt, so dass man das Gesicht nicht sehen konnte.

Als vier Polizisten mit einem riesigen und schweren Sack herauskamen, hörte man rufen: "Es gibt einen Toten!" Wir schliefen!, erzählte Michael Gieser, der einzige der drei Zurückgebliebenen, der in der Lage war zu sprechen. Er ist 30 Jahre alt und arbeitet in einer Luxemburger NGO, macht in Brüssel Erziehung zur Gewaltlosigkeit. "

Es war Mitternacht, und wir schliefen in unseren Schlafsäcken. Sie schlugen gegen die Tür und riefen 'Polizei'. Instinktiv sind wir aufgestanden und nach oben geflüchtet. Sicher, das war ein Fehler, aber wir waren alle mitten im Schlaf. Sie ließen uns mit dem Bauch flach auf den Boden legen, wühlten alles durch, machten alles kaputt, zerrissen Dokumente. Sie brüllten, beschimpften uns und schlugen mit den Knüppeln auf die am Boden Ausgestreckten ein. Ich sah, wie mehrere Mädchen ohnmächtig wurden. Ich bin geflüchtet, als sie die Tür öffneten, um den ersten Massakrierten her-

auszubringen. Er war noch in seinem Schlafsack. Ich muss an die Jüngsten denken, die dort stundenlang blutend, verängstigt und allein geblieben sind. Und ich möchte Ihrem Land für die vorzügliche Gastfreundschaft danken". Er spricht französisch.

Die "Hausdurchsuchung" dauerte zwei Stunden. Etwa zwanzig Jugendliche wurden im Gefangenentransporter weggebracht, die Hände am Hinterkopf. Die Polizei zog sich in Schlachtordnung, der "Schildkröte", zurück. Auf dem Boden zurück ließen sie Geldstücke, Präservative, Damenbinden, zerfetzte Reisepässe. Und, mehr als alles andere, Blut. Das kleine Mädchen mit den runden Brillengläsern hebt eine Brieftasche vom Boden auf und sieht sich um. Von all den Fragen, die sie in diesem Moment stellen könnte, wählt sie diese aus: "Und wie kommen sie jetzt ohne Papiere nach Hause - Kommen Sie jemals wieder nach Hause? Und für was wurden Sie hier massakriert?"

Es ist der 22. Juli, drei Uhr nachts.
Der G 8 ist zu Ende.

La Repubblica, Montag 23.07.2001

FREIHEIT FÜR DIE
GEFANGENEN VON
GENUA, GÖTEBORG
& PRAG



Bundesweiter Rechtshilfefonds für allgemeinpolitisch und ökologisch Aktive

Am 29.11.98 hat die BSÖ e. V. einen bundesweiten Rechtshilfefonds eingerichtet.

Dieser Rechtshilfefonds soll Studierenden helfen, die im Zuge ihrer politischen Aktivitäten rechtliche Probleme bekommen.

Die Anträge für grundsätzlich zuerst einmal eine Instanz werden zur Entscheidung über die Förderung natürlich anonymisiert und diskret behandelt.

Finanzielle Unterstützung wird auf Antrag nur dann gewährt, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- die Studierendenschaft nicht zahlt,
- keine eigene Rechtsschutzversicherung greift,
- andere Rechtshilfefonds nicht finanziell unterstützen,
- keine staatliche Prozeßkostenhilfe gewährt wird.

Weitere Einzelheiten können bei den nebenstehenden Kontaktpersonen erfragt werden.

Kontakt:

BSÖ e.V.
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel.: 05323 / 948 728
Fax.: 05323 / 948 729
bsoe@studis.de
<http://studis.de/bsoe>

Anträge und Infos:

Oliver Stoll
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/2093 2603
Fax: 030/2093 2396
mail:
oeko@refrat.hu-berlin.de

SPENDENAUFTRUF

Alle Studierenden, (Verfaßten) StudentInnenschaften, studentische Gruppen und FreundInnen und GönnerInnen der BSÖ e.V. werden gebeten:

- den Start des Rechtshilfefonds zu unterstützen.
- den Rechtshilfefonds und das Rechtshilfekonto bekannt zu machen, z. B. diesen Aufruf an der Hochschule und darüber hinaus zu verbreiten und
- selber zu spenden bzw. zweckgebundene Spenden einzuwerben. Spenden sind steuerlich absetzbar und bei über 100 DM wird eine Spendenquittung ausgestellt.

SPENDENKONTO:

Kto: 1011499
BLZ: 500 901 00
Ökobank e.G.

Schwerpunkt Gentechnik

Ein Jahr

voll Machtwörter gesprochen vom Kanzler, DNA entschlüsselt vom Menschen und der Neudefinierung von Würde und Leben. Die Diskussion scheint sich zu beschleunigen, es wird immer offener von dem Buch des Lebens gesprochen, womit sie das Erbgut meinen, von dem nun die Buchstaben aber nur minimal Bedeutung bekannt ist. Es wird weiter versucht den Menschen durch (DNA)-Daten zu definieren, und die, bei denen die „schlechten Gene“ gefunden werden, haben halt Pech gehabt. Gegen die Gefahr und Widersprüchlichkeit dieser Logik spricht *Silja Samerski* in dem recht langen aber unbedingt lesenswerten Artikel „Das Gen als Emblem“. Gefahren der militärischen Nutzung zeigt *Jan van Aken* in dem abgedruckten Artikel „Gentechnik und Biologische Waffen“ auf. Diese beiden Themen sollen auch Diskussionspunkte des Seminars der *Bundesarbeitsgemeinschaft Bioethik-kritischer Studierender* im Oktober sein. Die Einladung ist auch im Schwerpunkt abgedruckt.

Neben den Artikeln zur medizinischen Nutzung findet ihr noch weitere zur Gentechnik in der Landwirtschaft und auch einige Kurzmeldungen. Wir hoffen, dass ihr so einen etwas tieferen Einblick und Hintergrundwissen zu einigen der momentan laufenden Diskussionen bekommt.

Viel Spaß beim Lesen und hoffentlich auch Diskutieren

Inhaltsverzeichnis

Gentechnik und Biologische Waffen	24
Das Gen als Emblem	26
Einladung zum Workshop der BAG Bioethik-kritischer Studierender	34
Terminator-Saatgut	35
Geklonter Unsinn	36
Das Jahr der Lebenswissenschaften	37
Kurznachrichten	38

Gentechnik und Biologische Waffen

von Jan van Aken, Sunshine Project e.V.

Die rasante Entwicklung von Bio- und Gentechnologie in den letzten 20 Jahren hat den Einsatz von biologischen Waffen wahrscheinlicher gemacht. Biotechnisches Wissen ist mittlerweile weltweit verfügbar, und mit Hilfe der Gentechnik lassen sich noch tödlichere Erreger basteln. Angesichts der Eingriffstiefe von Bio- und Gentechnologie sollte ihr militärischer Missbrauch unbedingt verhindert werden.

Krankheit als Waffe ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Im Mittelalter wurden Pestleichen über Stadtmauern geschleudert, vor 200 Jahren mit Pocken infizierte Pferdedecken an nordamerikanische Indianer verteilt – die Historie der biologischen Waffen ist fast so lang wie die der Kriege. Der mengenmäßig wohl größte Einsatz fand im zweiten Weltkrieg statt, als die japanische Besatzungsmacht in China Tausende Kriegsgefangene bei B-Waffen Experimenten umbrachte und chinesische Dörfer mit Biobomben attackierte. Bis in die 60er Jahre hinein bauten mehrere Länder – darunter die USA und Großbritannien – große B-Waffenprogramme auf. Die Trendwende kam 1969, als US-Präsident Nixon einen einseitigen Stop der B-Waffen-Entwicklung verkündete und damit den Weg ebnete für ein totales Verbot der Erforschung, Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung jeglicher B-Waffen gegen Menschen, Tiere und Pflanzen.

Eine entsprechende B-Waffen-Konvention wurde 1972 verabschiedet. Sie war über Jahrzehnte beispielhaft und einzigartig in dem umfassenden Verbot einer ganzen Waffengattung. Auch wenn keinerlei Verifikationsmaßnahmen in der Konvention vorgesehen waren, schien die globale moralische Ächtung biologischer Waffen stark genug, um über lange Jahre den Aufbau eines Bedrohungspotentials zu verhindern. In den letzten zehn, fünfzehn Jahren hat sich dieses Bild durch die Revolution in der Biotechnologie jedoch grundlegend gewandelt. Heutzutage gehört es weltweit zur Grund-

ausbildung in der Biologie, Mikroorganismen zu kultivieren und gentechnisch zu verändern. Weltweit existieren Forschungs- und Produktionsanlagen, die für die Herstellung von B-Waffen nutzbar gemacht werden könnten. Noch nie war es so leicht wie heute, eine biologische Waffe zu bauen. Anders als noch vor 20 Jahren gelten B-Waffen heute als die „Atombomben des kleinen Mannes“ – eine technisch mittlerweile relativ einfach herzustellende Massenvernichtungswaffe. Und die Gentechnik bietet ein unerschöpfliches Arsenal, biologische Waffen noch effektiver zu machen.

Gentechnik mit biologischen Waffen

Tödliche Viren und Bakterien, die Impfungen überwinden, Antibiotika überleben, obscure Krankheitssymptome auslösen und nicht von Nachweissystemen erfasst werden – was nach billigstem Science Fiction klingt, ist tatsächlich schon Realität. Mit Hilfe der Gentechnik wurden bereits Erreger entwickelt, die sehr viel effektivere B-Waffen abgeben als die natürlichen Mikroben. Es wurden Gene für tödliche Gifte auf harmlose Darmbakterien übertragen. Anthrax-Bakterien – die Erreger von Milzbrand – wurden von russischen Forschern so verändert, dass sie ein verändertes „Gesicht“ bekamen (Pomerantsev et al. 1997). Weder Impfungen noch Nachweisverfahren springen auf die veränderten Bakterien an. Brisanterweise haben die Forscher gleichzeitig einen spezifischen Impfstoff für die neue Milzbrand-Variante mit entwickelt – eine optimale Kombination für den offensiven Einsatz.

Auch ein gentechnisches Projekt bei der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München ist sehr kritisch zu bewerten. Dort wird mit Bakterien gearbeitet, die ein fluoreszierendes Protein enthalten, um den Krankheitsverlauf der Hasenpest zu untersuchen. Als sogenanntes Markergen wurde ein wei-

teres Gen mit eingeschleust, das eine Resistenz gegen die Antibiotika Tetracyclin und Chloramphenicol vermittelt. Damit wurden die Pathogene noch „waffentauglicher“ gemacht, da sie im Ernstfall mit diesem Antibiotikum nicht mehr behandelt werden können. Die Verwendung von Antibiotika-Resistenzen gehört zwar zu den Standardmethoden der heutigen Molekularbiologie, sie bekommt jedoch im Zusammenhang mit potentiellen B-Waffen eine besondere Brisanz. Auch wenn die Bundeswehr mit diesem Projekt sicherlich keine offensiven Ziele verfolgt, zeigt dieses Beispiel doch deutlich, wie ignorant sie gegenüber der Zweischneidigkeit defensiver Forschung ist.

Ein biologisches Wettrüsten? – Biowaffen-Forschung bei der Bundeswehr

Die biologische Abwehrforschung der Bundeswehr wird seit 1995 massiv ausgebaut, der Etat für die Biowaffenforschung ist im Vergleich zum Gesamthaushalt überdurchschnittlich stark gestiegen. 10 Millionen DM gab das Verteidigungsministerium im Jahre 1999 für den „medizinischen B-Schutz“ aus. Das entspricht einer Steigerung von fast 60% gegenüber dem B-Etat in 1994. Das Verteidigungsministerium ist sicherlich nicht an der Entwicklung von Biobomben und Killerbakterien beteiligt, sondern betreibt ein defensiv ausgelegtes Forschungsprogramm. Die Bundeswehr forscht vor allem an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München sowie am Wehrwissenschaftlichen Institut für Schutztechnologien (WIS) in Munster. Die Hälfte des B-Etats wird jedoch an zivile Auftragnehmer vergeben, vornehmlich an Universitäten. Bislang verweigert das BMVg eine Veröffentlichung der Auftragnehmer sowie der dort durchgeführten Projekte. Anhand von Bundeswehrdokumenten sowie Veröffentlichungen einiger Universitätsinstitute

konnten einige der zivilen Auftragnehmer identifiziert werden, unter anderem:

- Ludwig-Maximilian-Universität München: Seit mindestens 1988 werden am Institut für Medizinische Mikrobiologie der Tierärztlichen Fakultät in Zusammenarbeit mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr Nachweise für Orthopocken-Viren entwickelt.
- Universität Gießen: Unter der Projektnummer 18.2400.13p wurde bis Ende 2000 im Gießener Institut für Infektionskrankheiten der Tiere im Auftrag des BMVg ein Impfstoff gegen Gasbrand entwickelt. Dafür wurden nicht-toxische Varianten des Gasbrand-Toxins gentechnisch produziert und deren Eignung als Impfstoff untersucht. Das Projekt wurde mit ca. 340.000,- DM jährlich vom BMVg gefördert.
- Universität Hohenheim: Seit mindestens 1992 wird in Hohenheim am Institut für Umwelt- und Tierhygiene im Auftrag des BMVg an der Entwicklung von Nachweisen für Milzbrand-Bakterien (Anthrax) geforscht.
- Tierärztliche Hochschule Hannover: Seit mindestens 1990 werden am virologischen Institut der THH im Auftrag des BMVg Nachweisverfahren für Viren und Bakterien entwickelt.
- Universität Freiburg: Am Universitätsklinikum Freiburg wurde laut Forschungsbericht der Universität Freiburg im Auftrag des BMVg bis März 2001 ein Schnellnachweis für Bunyaviren mittels PCR entwickelt.

Trotz des objektiv gestiegenen Bedrohungspotentials wird die B-Waffen-Problematik von Politik und Öffentlichkeit weiterhin kaum beachtet. Mehr noch, die prinzipielle moralische Ächtung aller biologischer Waffen scheint langsam aber sicher abzubreitern. Selbst Unterzeichnerstaaten der B-Waffen-Konvention wie die USA und Großbritannien engagieren sich mittlerweile in fragwürdigen Projekten, bei denen biologische Waffen zur Vernichtung von illegalen Drogenpflanzen eingesetzt werden sollen. Erstmals sollen hochpathogene Krankheitserreger in aller Öffentlichkeit gegen landwirtschaftliche Nutzpflanzen eingesetzt werden. Der Einsatz dieser Killerpilze würde gegen den Geist und den Wortlaut der Biowaffen-Konvention verstoßen, die jeglichen nicht-



garantiert menscheitsbeglückend

friedlichen Einsatz biologischer Mittel gegen Menschen, Tiere oder Pflanzen verbietet. Dies gilt zweifelsfrei auch für innerstaatliche Konflikte, es sind auch keinerlei Ausnahmen für polizeiliche Anwendungen oder für die Drogenbekämpfung vorgesehen. Derartige Projekte bedrohen den weltweiten, rigorosen Konsens gegen biologischen Waffen.

Bislang ist praktisch jede Schlüsseltechnologie – vom Schwarzpulver bis zu Elektronik und Raketentechnologie – auch massiv für militärische Zwecke eingesetzt worden. Angesichts der ungeheuren Eingriffstiefe von Bio- und Gentechnologie sollte die Menschheit alles daran setzen, den militärischen Missbrauch der modernen Biologie zu verhindern. Jetzt haben wir noch die Chance dazu.

Jan van Aken arbeitet beim Sunshine Project, einer internationalen Organisation zur Bekämpfung biologischer Waffen. So wie Biowaffen vom Sonnenlicht schnell zerstört werden, versucht das Sunshine Project, Fakten über biologische Waffen ans Licht zu bringen und so zu ihrer weltweiten Ächtung beizutragen.

Sunshine Project e.V., Gross Flottbeker Strasse 44, 22607 Hamburg Tel. 040 431 88 001

*van.aken@sunshine-project.org —
www.sunshine-project.de*

Das Gen als Emblem:

von Silja Samerski

Anmerkungen zur Freisetzung genetischer Begrifflichkeiten

Vortragsmanuskript für die Veranstaltung GEIST GEGEN GENE am 1. Juli 2001 in Berlin (leicht gekürzt)

Der Genetik wird oft „Biologisierung“ vorgeworfen und entgegengehalten, der Mensch sein mehr als die „Summe seiner GENE.“ Ich möchte darlegen, dass die Freisetzung genetischer Begrifflichkeiten, also das öffentliche Gerede über „GENE“, eine neue Denkform schafft, die mit Biologie gar nicht mehr viel zu tun hat. Ich will zeigen, dass GENE als trojanisches Pferd dienen. Als trojanisches Pferd, mit dem statistische und kybernetische Konzepte wie „Risiko“, „Wahrscheinlichkeit“, „Information“, „Option“ und „Entscheidung“ in den Alltag eingeschleust werden. GEN-Gläubigkeit verlangt, sich selbst und sein Gegenüber als selbststeuerndes System zu verstehen, das bei entsprechendem Input eigenverantwortlich funktioniert.

Die genetische Beratung bei Schwangeren

Am Beispiel der genetischen Beratung möchte ich dies hier demonstrieren. In der genetischen Beratung wird schwangeren Frauen eingeredet, sie könnten den Ausgang ihrer Schwangerenseins mitbestimmen - und zwar, indem sie etwas neues tun: Sie sollen etwas tun, was „informierte“ oder „selbstverantwortliche Entscheidung“ genannt wird. Und die Beratung liefert gleich die Entscheidungsgrundlage mit: Ein Mediziner, der sich auf Biostatistik spezialisiert hat, spricht erst allgemein davon, wie sehr wir auf unsere GENE angewiesen sind; dann nennt er der Frau „Wahrscheinlichkeits-

zahlen“, als ob diese etwas über sie und ihr Kind aussagen würden; und schließlich fordert er die Schwangere dazu auf, das Kommen ihres Kindes von diesen Wahrscheinlichkeitszahlen abhängig zu machen und eine Entscheidung zu treffen. Die genetische Beratung ist also ein vorzügliches Beispiel dafür, wie die Freisetzung genetischer Begrifflichkeiten zum Selbst-Management anhand von statistischer Konstrukten aufruft. Schwangere Frauen werden über die Existenz und Mächtigkeit von „GENEN“ unterrichtet, so dass die statistischen Zahlen den Anschein erhalten, sie kämen nicht aus dem Computer, sondern würden biologische Vorgänge widerspiegeln. Indem „GENE“ in die unsichtbare Tiefe des biologischen Mikrokosmos projiziert werden, bekommen die Risikokalküle einen fiktiven, aber wirksamen Ankerpunkt im eigenen Körper. „GENE“ reiben uns das Risikomanagement unter die Haut.

Ich will gleich von Frau G. berichten, einer Bäckersfrau aus einem kleinen Örtchen in Süddeutschland. Frau G. wird fast zwei Stunden von einem genetischen Berater über „Punktmutationen“, „Meiose“ und „Chromosomenlotto“ unterrichtet. Bevor ich jedoch von diesem eigenartigen Gespräch erzähle, muss ich noch etwas zur Klärung vorausschicken. Denn wenn ich nicht aufpasse, wird mir entgegengehalten: Ja, aber das ist eben so mit den GENEN. Aber mit den GENEN IST gar nichts. Sie SIND nicht, weder groß noch klein, weder Ursache noch Bauplan. Umgangssprachlich lassen sich über „GENE“ keine sinnvollen Aussagen machen, da das Wort „GEN“ hier auf nichts verweist.

EXKURS: „GENE“ als trojanisches Pferd

Und genau deshalb, weil „GEN“ in der Umgangssprache auf nichts verweist, dient es besonders gut als trojanisches Pferd. Als Vehikel, mit dem Risikodenken in den Alltag eingeschleust wird. Sie sind natürlich nicht die einzigen trojanischen Pferde, es gibt eine ganze Menge solcher Viecher, ich würde auch „Gesundheit“ dazuzählen, oder z.B. „Selbstbestimmung“ - aber „GEN“ nimmt unter den trojanischen Viechern schon einen besonderen Platz ein. Das Wort „GEN“ bietet keinen Widerstand gegen seine Vereinnahmung; es ist innen so hohl wie das Holzpferd der Griechen. „GEN“ bezieht sich nämlich auf keine nachweisbare Tatsache; es gibt keine einheitliche Definition dessen, was „GEN“ bezeichnen soll. Daher lässt sich „GEN“ vor jeden Karren spannen: Die Zeitungen sind voll davon, welche GENE bereits entdeckt worden sind: Das Schwulengen, das Raucher-Gen, das Trinker-Gen, das Kriminalitäts-Gen, ... Für jegliche Eigenschaft macht irgendein Labor ein „GEN“ aus. „GENE“ füllen eine religiöse Leerstelle: Pathetisch ist vom „Buch des Lebens“ die Rede, das die Genetiker angetreten sind zu entziffern. GENE gelten als Ursprung und Bauplan des Menschen. Und dieses Programm „Mensch“ wollen die Genetiker nun umschreiben - soweit ich weiß, soll das GEN für die eheliche Untreue zuerst umprogrammiert werden, und natürlich das GEN für die menschliche Sterblichkeit.

Zwischen dieser populärwissenschaftlichen Rede über „GENE“ und dem „GEN“ im Labor tut sich ein Abgrund auf. Denn im Labor verweist das Wort „GEN“ auf keine wissenschaftliche Tatsache - wissenschaftliche

Tatsache hier im Fleck'schen Sinne. Bereits 1984 hat der Genetiker Raphael Falk darauf hingewiesen, dass „Gene“ nie entdeckt worden sind, sondern dass vererbungs-wissenschaftliche Regelmäßigkeiten nahe legt haben, dass es irgendwelche Vererbungseinheiten geben könnte. Diese Regelmäßigkeiten wurden 1909 vom dänischen Vererbungsforscher Johannsen „Gene“ getauft - womit er übrigens der damaligen bedeutungsheischenden Rede über „Mendel'schen Erbanlagen“ wissenschaftliche Nüchternheit entgegenhalte wollte.¹ Die Molekularbiologie hat es zwar in den 70er Jahren möglich gemacht, die DNA direkt zu untersuchen - den vielfach beschworenen „Atomen der Biologie“ ist man damit aber nicht näher gekommen. Im Gegenteil: alle Versuche, „GEN“ einzukreisen und zu definieren, mussten über den Haufen geschmissen werden. Lange gingen Genetiker davon aus, dass Gene diskrete Einheiten wären - bis Hinweise auf „überlappende Gene“ gefunden wurden. Die Forschung an Bakterien und Pilzen legte nahe, dass ein „Gen“ ein kontinuierlicher Abschnitt auf der DNA sei - bis bei den Mehrzellern die sogenannten „Introns“ beobachtet wurden, die die kodierenden Sequenzen unterbrechen. Nicht mal einen festen Ort auf dem Chromosom lässt sich einem Gen zuschreiben. Seit den 90 Jahren gehören die sogenannten „springende Gene“ zum allgemeinen Lehrbuchwissen. Bis in die sechziger Jahre nahmen Genetiker an, dass „Genen“ eine eindeutige Funktion zugeordnet werden könnte - bis die sogenannten „Pseudogene“ auch diesen Definitionsversuch zunichte machten.

Der eben bereits zitierte Raphael Falk meint dazu: „Mit jeder neuen molekular-genetischen Entwicklung wurde offensichtlich, dass das „GEN“ nichts anderes war als ein intellektuelles Hilfsmittel für die Organisation von Daten „. Es hat sich in der Genetik also als fruchtbar erwiesen, so zu tun *als ob* es Einheiten gäbe, die man GENE nennt. „GEN“ ist also eine Art Denkhilfe, eine konzeptuelle Krücke. Der Wissenschaftsphilosoph Philip Kitcher schlägt daher in seinen Aufsatz über den Genbegriff folgende Gendefinition vor: „Ein Gen ist alles, was ein kompetenter Biologe GEN nennt“.

Ein GEN ist also etwas x-beliebiges. Wie kann man sich aber ein Reim auf die Freisetzung von Begrifflichkeiten machen, die x-beliebiges bezeichnen? Warum die vielen Talk-Shows, Sondersendungen, Bundestagsdebatten, Hintergrundsberichte, große Töpfe für Begleitforschung und öffentliche

Beratung?

Begrifflichkeiten aus den Laboren werden ja oft unter der Annahme freigesetzt, dass die populärwissenschaftliche Aufklärung zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion beigetragen würden. Wie kann aber eine Diskussion versachtlicht werden, wenn es gar keine Sache mehr gibt?

„GENE“ sind deshalb ein so wichtiges trojanisches Pferd, weil sie den Anschein von Sachlichkeit herstellen, wo es gar keine Sache mehr gibt. Denn nur, wenn es scheinbar um GENE geht, die da in uns stecken, erscheint es „sachlich“, Menschen angesichts von Labordaten in Risikopopulationen zu klassifizieren und sie aufzufordern, ihre Lebensweise nach Wahrscheinlichkeitsprofilen auszurichten.

Beispiel Genetische Beratung

Jetzt komme ich endlich zu Frau G., der Bäckerin aus Süddeutschland. Ich habe ihre Geschichte aus mehr als drei Dutzend genetischen Beratungsgesprächen herausgesucht, bei denen ich als Beobachterin teilgenommen hatte. Ich will kurz berichten, wie es Frau G. während ihrer genetischen Beratung ergangen ist. Dabei wird deutlich, wie die Aufklärung über „Amniokulturen“ und „Chromosomenfehlverteilungen“ dazu auffordert, sich selbst aus der Perspektive eines Versicherungskaufmannes oder Gesundheitsökonomens zu objektivieren und zu verwalten.

Ich werde in drei Schritten vorgehen; ich werde

1. darstellen, um was für eine Entscheidung es in der genetischen Beratung überhaupt geht - nämlich um die Wahl zwischen Optionen
2. zusammenfassen, welche Entscheidungsgrundlage der Berater der schwangeren Frau für diese Entscheidung vermittelt - nämlich Gen-Gerede und Wahrscheinlichkeitszahlen - und
3. beleuchten, wie sie nun diese Entscheidung treffen soll, nämlich durch die Bilanzierung der genannten Wahrscheinlichkeitszahlen.

Frau G. kommt in die Beratung, weil sie gehört hat, dass man einen Test auf Mukoviszidose machen lassen kann. Sie ist bereits im 5. Monat schwanger, und ihr Mann

ist beunruhigt, da sein Neffe im Kindesalter an dieser Krankheit verstorben ist. Frau G. ist frohen Mutes und meint, dass da bei dem Test schon nichts bei rauskommen würde, da es in ihrer Familie noch nie eine Erbkrankheit gegeben habe. Aber: Wenn man das jetzt machen könne, dann wollten sie das jetzt auch machen lassen.

1. Ziel: Entscheidung

Wie gesagt, die gezielte Freisetzung genetischer Begrifflichkeiten in der genetischen Beratung soll dazu dienen, Frauen wie Frau G. zu einer „informierten“ und „eigenverantwortlichen Entscheidung“ zu befähigen.

Was der Genetiker nun macht, ist folgendes: Er kreiert für Frau G. ein „Entscheidungsproblem“. In diesem Entscheidungsproblem spielt sie selbst als Person gar keine Rolle. Ausschlaggebend ist einzig Frau G.'s Risikoprofil, das der Genetiker aus den Daten über Frau G. erstellt hat.

Der Fall an Zystischer Fibrose in der Verwandtschaft des Mannes, mögliche genetische Befunde, ihr Alter, die Tatsache, dass sie schwanger ist, alle diese Daten dienen als Merkmale, anhand derer sie ein Risiko zugewiesen bekommt: Weil sie schwanger ist, hat sie ein sogenanntes „Basisrisiko“ (kürzlich meinte jemand: ah, das ist also wie die Grundtaxe beim Taxifahren: Wenn man einsteigt, hat man sogleich schon 5 DM, hier 5%). Weil sie 34 Jahre alt ist, wird sie über ihr „Altersrisiko“ unterrichtet, und der verstorbene Neffe gibt Anlass für eine komplizierte Kalkulation, bei der am Schluss die Zahl 0,5% herauskommt.

Diese Wahrscheinlichkeitszahlen bestimmen die Optionen, die Frau G. zur Auswahl offen stehen: Sie könnte sich einer Fruchtwasseruntersuchung unterziehen, oder sie könnte zuallererst sich und ihren Mann auf Anlageträgerschaft testen lassen. Aus diesen Optionen soll Frau G. dann eine auswählen - das Austragen der Schwangerschaft ist eine davon, eine unter anderen.

2. Auf welcher Grundlage soll sie diese Entscheidung treffen? –

„GEN“ und „RISIKO“

2.1. Drei Lektionen über das „GEN“

Nachdem der Genetiker Frau G. klar gemacht hat, dass sie auf jeden Fall eine Entscheidung treffen muss, und dass die Geburt ihres Kindes von dieser Entscheidung abhängt, unterrichtet er sie über die Entscheidungsgrundlage. Er beginnt damit, dass er Frau G. mit hoffnungslos veraltetem Lehrbuchwissen aus der Genetik konfrontiert. Dabei lässt er die erste Lektion ausfallen: Er setzt voraus, dass die Frau G. bereits weiß, was ein „GEN“ ist. Um etwas nachzuhelfen, setzt er „GEN“ zwei, dreimal mit „Erbanlage“ gleich. Nicht, dass „GENE“ im weiteren Verlauf der Beratung keine Rolle spielen würden, im Gegenteil: Der Genetiker zeigt der schwangeren Frau G. Schwarzweiß-Bilder mit kleinen unförmigen Würmern und sagt (das ist nun wörtlich zitiert aus dem Beratungsprotokoll):

B: *Die Chromosomen sind aber nicht die Gene, sondern die Träger, die Verpackung der Gene. Und wir haben schätzungsweise 70 000 Erbanlagen, Gene, die so klein sind, dass man sie eben mit dem Mikroskop überhaupt nicht beurteilen kann. Und eine solche Bande, wie wir sagen, so'n Streifenmuster, hat sicher hundert Gene, noch innendrin, so, so ist die Dimension.*

Hier haben wir sie, die „GENE“. Da sind sie, hat der Berater behauptet, und mit dem Finger auf diese wurmartigen Gebilde gezeigt. Dass Frau G. da nichts erkennen kann, liegt laut Berater nur an der Größendimension: Er behauptet, GENE seien lediglich zu klein, um gesehen zu werden. Dann hat er noch eine Zahl genannt: 70 000 Erbanlagen.

Der Berater hat Frau G. jedoch Lektion zwei erteilt, er hat ihr eines klar gemacht: Da in ihr, da steckt etwas, das sie zwar nicht wahrnehmen kann, weil es zu winzig ist, aber von dem die Genetiker wissen. Nun ist das nicht nur irgend etwas: Der Genetiker fährt fort mit Lektion drei: GENE existieren nicht nur, sie sind auch bedeutsam.

Der Berater erklärt Frau G., „GENE“ seien Ursachen für Krankheiten.

B: *Tausend oder mehr Erbanlagen auf einem großen Chromosom. (...) Ja? (...) Gut.*

Was man den Chromosomen nicht ansieht, ist, wenn es Veränderungen in einzelnen Erbanlagen gibt.

F: *Mhm*

B: *Ja? Solche können aber natürlich auch Erbkrankheiten auslösen. Ja?*

M: *Mhm*

Jenseits des Sichtbaren treiben diese Gene also ihr Unwesen: Sie lösen Krankheiten aus. Frau G. hat nun auch Lektion drei gelernt: Diese GENE sind unberechenbar, sie können nämlich Krankheiten auslösen. Da steckt also tief in uns etwas drin, was wir nicht wahrnehmen können, und es löst auch noch Krankheiten aus. Man möchte sie am liebsten loswerden, diese GENE.

Die Vorstellung, die Gesundheit eines Menschen hinge von seinen GENEN ab, bestärkt der Berater, indem er Frau G. in den Begriff der „genetischen Information“ einführt:

B: *wenn ich eine Zelle von irgendeinem Körper entnehme, hab' ich 'ne repräsentative° Erbinformation über den gesamten Menschen.*

F(wie erstaunt): *Mhm.*

Nun ist Frau G. doch baff. In diesen GENE da in ihr, da steckt auch noch Information? Repräsentative Information über sie selbst, über ihre Person?

Ich habe lange darüber gerätselt, warum der Berater Frau G. das alles erzählt, diesen GEN-Quatsch. Sie hatte vor, einen Test machen zu lassen, und wird über 70 000 Erbanlagen auf wurmartigen Gebilden unterrichtet. Sie sorgt sich um ihr eine Kind, das da kommen soll, und der Berater erklärt ihr, er könnte ihre repräsentative Erbinformation gewinnen. Frau G. ist nun weder besser über Genetik unterrichtet, noch weiß sie nun etwas über ihr kommendes Kind.

Was hat sie nun gelernt? Der Berater hat ihre Gen-Gläubigkeit gefestigt und hat ihr damit eine Lektion erteilt, nach der sie die nun folgenden Wahrscheinlichkeitskalkulationen leichter schlucken wird.

2.2. Das Paradox des „persönlichen Risikos“

Denn nun geht der Berater dazu über, Frau G. die mathematischen Eigenschaften von statistischen Populationen zuzuschreiben. Er redet von ihrem „persönlichen Risiko“. Er hat ihr aufgezeigt, welche Kombinationsmöglichkeiten ihre Chromosomen und die ihres Mannes haben, und hat die Zufallsverteilung für dieses Chromosomenlotto dann mit der sogenannten Genfrequenz in der deutschen Bevölkerung verrechnet. Die

Wahrscheinlichkeitskalkulation hat zum Ergebnis: 0,5%. Mit dieser Zahl soll Frau G. nun umgehen.

B.: *Da haben Sie jetzt null Komma fünf Prozent Mukoviszidose. Ich mein, klar... Im Einzelfall, wenn's einen trifft, dann ist es (...) hundertprozent für einen. Aber, es ist doch gering.*

Natürlich sagen diese ganzen Zahlen nichts über das kommende Kind oder Frau G. aus, die da ratlos vor dem Berater sitzt. Denn ein „persönliches Risiko“ gibt es nicht; statistische Wahrscheinlichkeiten beziehen sich per definitionem auf das Eintreten von Ereignissen in Grundgesamtheiten, in statistischen Populationen. Wenn zweihundert Frauen mit Frau G.'s Wahrscheinlichkeitsprofil ein Kind bekämen, wären eine auf zweihundert, also 0,5% betroffen. Ob Frau G.'s Kind aber nun zu den 99,5% gehört oder zu den 0,5% - die für Frau G. wirklich entscheidende Frage -, darüber geben die Zahlen keine Auskunft.

Das sagt der Berater natürlich nicht so. Vielleicht, weil er seine Statistik-Kurse geschwänzt hat und selber meint, statistische Risiken seien für Personen bedrohlich. Vielleicht auch, weil er die genetische Beratung allgemeinverständlich und anschaulich halten will - auf jeden Fall redet er von Frau G.'s persönlichem Risiko, und macht so aus einer statistischen Häufigkeit eine scheinbar konkrete Bedrohung für die Schwangere.

3. Kosten-Nutzen-Abwägungen

Frau G. soll nun entscheiden, ob sie einen Test machen lassen will, und wenn ja, welchen. Der Berater hat sie jedoch gewarnt: Nicht nur die Option des Kinderkriegens, auch die Option des Testens bringt neue Risiken mit sich.

Woher soll Frau G. nun wissen, was sie tun soll? Der Berater kann ihr keine Empfehlung geben – zum einen ist ein Test, auf den nur ein Schwangerschaftsabbruch folgen kann, ja nicht gerade empfehlenswert, und zum anderen, und das ist noch zentraler, gibt es für Frau G. ja auch keinen ärztlichen Grund, einen Test machen zu lassen. Nichts deutet darauf hin, dass mit dem Kind nachher etwas nicht in Ordnung sein könnte. Es ist ihr Wahrscheinlichkeitsprofil, das etwas vom Durchschnitt abweicht - das ist alles. Es handelt sich beim Angebot eines

September

- 19.-21.9** **Der 4. Deutsche Nahverkehrstag** Veranstaltung - Neustadt Veranstalter: Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Tel. 06131/162757
- 20.-21.9.01** Chancen und Herausforderungen des Regional- und Agglomerationsverkehrs Konferenz - Bern. Veranstalter: UITP
- 21.9.** Daseinsvorsorge - Zwischen Markt und Monopol - Diskussionsveranstaltung - Berlin. Veranstalter: Jäger 90/ Die Oliv-Grünen, Tel. 030/227-59137
- 22.9., Sa** "Aktive Solidariät oder repressive Aktivierung", Sozialpolitische Tagung von 10.30-17.30 Uhr Zentrum f. Gehörlosenkultur, Huckarder Str. 2-8, Dortmund RLS NRW, Steinische Gasse 32a, 47051 Duisburg, Tel: 0203/3177392 post@rls-nrw.de, http://www.rls-nrw.de
- 23.-28.09.** Exkursionsseminar: Ein Naturschutz, der Menschen willkommen heißt, Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, D-29640 Schneeverdingen, Tel.: 05198/989076
- 24.-26.09.** Klimaschutz als lokale Aufgabe. Neue Weichenstellung durch die Liberalisierung des Energiemarkts? - Seminar Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Strasse des 17. Juni 112, D-10623 Berlin, Tel.: 030/39001258, alber@difu.de
- 27. - 30.09.** "Die Politik der Neuen Mitte und die Aufgaben kritischer Wissenschaft" 12. Herbstakademie FIB beim BdWi e.V. in Peseckendorf Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel: 0228/219946, Fax: 21 49 24 bdwi.bonn@bdwi.de
- 28.-30.9.** Die Erd-Charta: Entwurf einer Ethik der Nachhaltigkeit - Herausforderungen und Perspektiven für Rio +10 Tagung - Mülheim an der Ruhr. Veranstalter: Ökumenische Initiative, Eine Welt e.V., Tel. 05694/1417 - eMail: erdcharta@oewid.de
- 28.-30.9.** Bundesweites Tauschringtreffen in Hamburg Veranstalter: Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn Tel. 0228/60424-0, Fax: 0228/60424-22, E-Mail: info@mitarbeit.de , http://www.mitarbeit.de
- 29.-30.9.** IWF/Weltbank-Verbrecher-Treffen in Washington, USA Mehr Infos www.september30.org/ s30

Oktober

- 1.-30.10.** AUSSTELLUNG: "Schöne neue Alpen" in Ingoldstadt (Bayern) Gesellschaft f ökologische Forschung e.V. Tel: 089/3598586
- 8.-9.10.** Kongress „Lebenswelten für morgen“ in Braunschweig Veranstalter: Braunschweig Preis e.V. Tel. 0531/470-3770 eMail: braunschweigpreis@braunschweig.de
- 9.-10.10.** 11. Deutsches Atomrechts-Syposium- Fachtagung des Bundesumweltministeriums zu aktuellen Fragen des Atomausstiegs. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (Trillerpfeife dabei?)
- 10. - 14.10.** Soester Herbstakademie: Kollektives Handeln u. politische Wirklichkeit NETZWERK ANDERS LEBEN SOEST, BUNDjugend NRW, Natur- u. Umweltakademie NRW, Anmeldung/Infos: Herbstakademie, Postfach 11 21, 59471 Soest Tel: 02921 / 33640, herbstakademie@soestprojekt.de, http://www.soestprojekt.de
- 11.-12.10.** Mobilität in Europa Werkstattgespräch - Berlin. Veranstalter: Europäische Akademie für städtische Umwelt Berlin,
- 15.10.** Nebenbahnreaktivierungen in Bayern Fachgespräch - München. Veranstalter: Fraktion Bündnis90/Grüne im Bayrischen Landtag, Tel. 089/4126 2493 eMail: gruene@bayern.landtag.de
- 18.-19.10.** Freiwilliges Engagement als Perspektive zivil gesellschaftlicher Entwicklungen Internationaler Kongress - Berlin. Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft Kongressbüro, Tel. 030/20450636 eMail: freiwilligenagentur@snafu.de
- 19.-21.10.** Eine andere Welt ist möglich" Neuer Internationalismus-Kongress, Berlin, TFH, Luxemburger Str. 10, Wedding Kontakt/Anmeldung: ATTAC Dtl., Artilleriestr. 6, 27283 Verden Tel: 04231/957540, Fax: 04231/957594
- 19.10.** Hannover.Fachseminar des Förderkreises für Mobilitätszentralen und Mobilitätsmanagement Veranstalter: MzM, Tel. 0341/2434425 eMail: Reichmuth.Scheibe@web.de



VERBODEN TOEGANG
TOEGANG TOEGANG

Verbod tot toegang
toegang toegang
toegang toegang

toegang toegang

toegang toegang

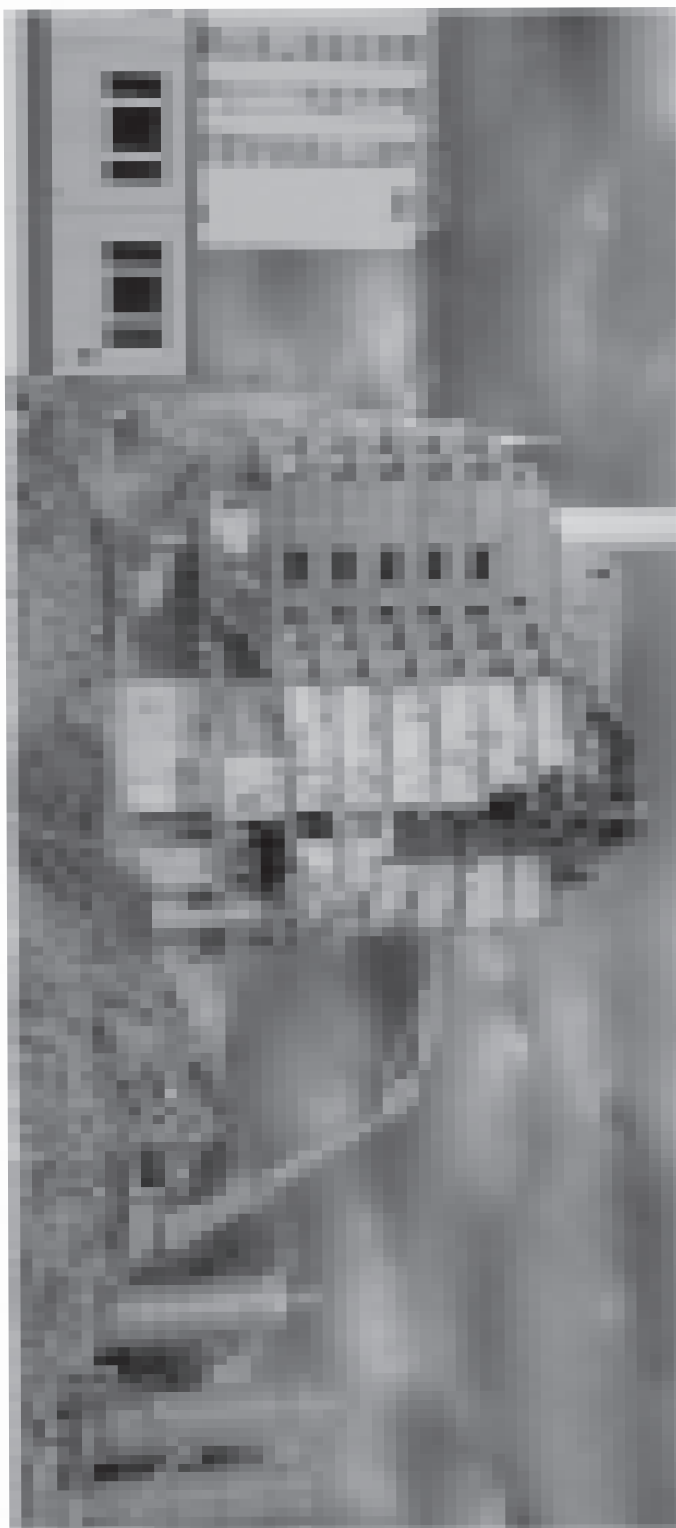
toegang toegang

toegang toegang

toegang toegang

toegang toegang

toegang toegang



21.-25. november 2001

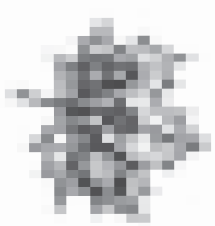
Werkdagen

- woensdag 21 november
- donsdag 22 november
- vrijdag 23 november
- zaterdag 24 november
- zondag 25 november

De activiteiten worden georganiseerd door de afdeling

Werkdagen 2001

De activiteiten worden georganiseerd door de afdeling
Werkdagen 2001





Strategische Zeiten

Prof. Dr. Hubertus Bucher

21 Bundes- Ökologie- Treffen (BOT)

Ökologisches Institut

Am Ende der Hauptstraße
10000 Bonn, Deutschland
Telefon: +49 (0)228 748-1111
www.oei.uni-bonn.de

Ökologische Gesellschaft
des Saarlandes



Oktober

- 19.10.** EU-Gipfel der Regierungschefbonzen in Büssel
Mehr Infos: www.euforthepeople.tripod.com
<http://protest.net>, <http://hoppetosse.net>
- Mitte Oktober-** WS 01/02: Ringvorlesung Umweltschutz an der
TU München
Studentische Vertretung, Umweltreferat,
Arcisstr. 17, 80333 München
Tel: 089/289 22990, Fax: 089/280 2088
asta-umweltreferat@fs.tum.de,
Programm ab Oktober im Netz unter:
<http://www.fs.tum.de/AStA/umwelt>
- 30.-31.10.** Zukunft im Verkehrsmarkt, Kongress - Bonn.
Veranstalter: GQV e.V.
Tel. 01805/600601 - eMail: info@gqv-online.de

November

- Anfang/Mitte
November** Herbst-Konferenz der Anti-Atombewegung in
Leipzig, Anti-Atom-Netzwerk Sachsen,
c/o Ökolöwe, B-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig
www.anti-atom-sachsen.de
- 7.11.** Mieterticket & Co - Erfolgsfaktoren siedlungs
bezogener Mobilitätsdienstleistungen
Fachtagung - Dortmund.
Veranstalter: ILS
Tel. 0231/90 51-275 angelika.suffrian@ils.nrw.de
- 9.-15.11.** WTO-Konferenz in Qatar (bis 1971 britisches
Protektorat) zwischen Vereinigten Arabischen
Emiraten und Bahrain am Persischen Golf
Mehr Infos: www.protest.net
- 14.11.** mobil & barrierefrei in Stadt + Verkehr
Tagung mit Ausstellung - Kaiserslautern.
Veranstalter: Fachgebiet Verkehrswesen,
Universität Kaiserslautern,
Tel. 0631/205-2945 - eMail: mobil@uni-kl.de
- 15.-16.11.** Tank-Tech 2001 Null-Emission - Fluch oder
Segen? - Tagung - München.
Veranstalter: TÜV Akademie GmbH
Tel. 089/5791-1647 - eMail: ute.alius@tuevs.de
- 15.-16.11.** Zukunftsforum Raumplanung - Bonn.
Veranstalter: Akademie f. Raumforschung u.
Landesplanung,
Tel. 0511/348 4223, Toennies@ARL-net.de
- 19.-21.11.** Den BVWP finanzierbar machen und umwelts
chonend gestalten: Sachstand, Kontroversen,
Konzepte zum neuen Bundesverkehrswegeplan
Fachtagung - Würzburg.
Veranstalter: Akademie Frankenwarte
Tel. 0931/804640 - eMail: Frankenwar@aol.com

- 19.-21.11.** -3. Internationaler Bahngipfel in NRW rail & tec
Dortmund Veranstalter: punktgenau GmbH,
Mail: www.railtec.nrw.de
- 19.-21.11.** 19. Horber Schienen-Tage - Tagung
Horb am Neckar.
Veranstalter: PRO BAHN,
Tel. 08053/3471, mail: horber@schienen-tage.de
- 21.-25.11.** **31. BundesÖkologieTreffen (BÖT) an der HU
Berliner Herbststürme - Stürmische Zeiten!
mit Open Space, Aks, Vorträge + Diskussion,
Kunst, Musik und Kultur gegen Regierung
wahn
Faltis und Poster als Beilagen mit im Briefum
schlag!**
- 25.11 10 Uhr** **BSÖ-MV
siehe Einladung und Tagesordnung: Seite 56**
- 25.-30. 11.** Agrarwende, Perspektiven für eine
Ökologisierung der Landwirtschaft
Witzenhausen, GHS Kassel
Kontakt: Peer Urbatzka: 05542 - 911612
- 25.-29.11** World Congress on Railway Research - Köln
Veranstalter: CCM Köln GmbH
- 26.-27.11** Ausschreibungen von Verkehrsleistungen -
neue Anforderungen im ÖPNV
Fachtagung - Berlin.
Veranstalter: Difu, Ernst-Reuter-Haus,
Tel. 030/39001-258 - eMail: alber@difu.de

Dezember

- 9.12.** Auf der Rückseite des Lärms
Tagung - Bad Herrenalb.
Veranstalter: Haus der Kirche - Ev. Akademie
Baden, Tel. 07083/928-601
Mail: haus@ev-akademie-baden.de
- 26.12.- 3.01** JUKß, JugendUmweltKongreß in Dresden
(genauer Ort noch unbekannt)
JUKß-Büro, c/o GL Elbtal, Schützengasse 16-18,
01067 Dresden,
<http://www.jugendumweltkongress.de>,
info@jugendumweltkongress.de
Unterstützt durch BSÖ e.V., FÖJ, GeN, JBN,
BUNDjugend

Januar

- 18.-20.1.** 12. Reise Pavillon Marktplatz für anderes Reisen
Messe und Informationsveranstaltung
Hannover, Veranstalter: Stattreisen Hannover,
Tel. 0511/1694167
eMail: reisepavillon@stattreisen.de

Tests nicht um eine medizinischen Indikation - denn eine Indikation meint einen „Grund“, in einem „definierten Krankheitsfall“ ein „diagnostisches od[er] therapeutisches Verfahren“ zu verordnen, das diese „Anw[endung] hinreichend rechtfertigt“ (PSCHYREMBEL 1990). In der genetischen Beratung kann jedoch weder von einem Krankheitsfall, noch von einer Diagnose und einem therapeutischen Verfahren die Rede sein, d.h. - auch der Genetiker mit Medizinstudium kann nicht sagen, was Frau G. in ihrer Situation tun soll.

Sicher ist nur: Wenn sie den Genetiker nicht für spinnert hält, und mit ihm die ganze Zunft, dann steckt sie nun in einer Situation, in der sie eine Entscheidung über den Test und damit auch über ihre Schwangerschaft treffen muss - etwas, das sie gar nicht wollte. Der Berater hat durch die gleichgültige Darstellung des Testes als die eine Option, und die ungetestete Fortführung der Schwangerschaft eine andere Option, die Schwangerschaft *entscheidungsbedürftig* gemacht. Er stellt klar:

B.: *man macht es oder macht es nicht, und die Entscheidung muss irgendwann getroffen werden.*

Aber wie soll Frau G. angesichts verschiedener Risiken - denn, wie gesagt, alle Tests bergen neue Risiken - wie soll Frau G. nun eine Entscheidung treffen? Über sich und ihr werdendes Kind weiß sie so wenig wie vorher - mit dem Unterschied, dass die Risikokalküle ihre gute Hoffnung in schlechte Erwartung verwandelt haben.

Der Berater schlägt ihr nun vor, ihre Situation vom Standpunkt eines Managers oder Versicherungsmathematikers zu betrachten. Er fordert sie auf, über eine *Abwägung*, über eine *Bilanz* der verschiedenen Risiken zu einer Entscheidung zu kommen.

B.: *Das wollte ich vorhin ein bisschen^o deutlich machen, dass es immer Aufgabe der Eltern ist, das abzuwägen. Ja?*

M.: *Mhm.*

B.: *Diese beiden Risiken. (damit meint er das Risiko einer Fruchtwasseruntersuchung und das Risiko eines betroffenen Kindes)*

M.: *Mhm.*

B.: *Es gibt nicht die Pflicht (..) zu dieser Untersuchung, in keinsten Weise, ja, weil das ist..., die Eltern entscheiden darüber, die Mutter*

M.: *Mhm.*

B.: *speziell.*

Dieser Vorschlag ist faul: Eine solche Risikobilanz oder auch „Kosten-Nutzen-Analyse“ ist angebracht, wenn es tatsächlich um „mehr“ oder „weniger“ geht, also um Quantitäten. Ein Unternehmer, der am Tag Hunderte von Glühbirnen produziert, gelangt durch eine solche Kosten-Nutzen-Analyse zu kostengünstigen Lösungen. Frau G. kann eine solche Lösung nicht finden. Ihr geht es nicht um „mehr“ oder „weniger“, ihr geht es nicht um Quantitäten. Ihr geht es um ihr Kind.

Die Wirkmacht des GEN-Geredes

Wenn der Berater nicht vorher von „GENEN“ gesprochen hätte, die da schon als Krankheitsauslöser in ihr stecken und die sie vielleicht auf ihr Kind übertragen haben könnte, dann wären ihr diese Wahrscheinlichkeitskalkulationen noch absurder vorgekommen. Aber so scheint es ja, als würden die Wahrscheinlichkeitszahlen ihre genetische Konstitution, oder Disposition widerspiegeln. Das Gerede von defekten Genen, die sich bei der Befruchtung zufällig verteilen, macht die Zumutung gesellschaftsfähig, schwangere Frauen zu einem solchen ökonomischen „decision-making“ zu überreden. Die Tatsache, dass mit dem genetischen Berater ein Mediziner vor Frau G. sitzt - sogar mit weißem Kittel! - und dass angeblich die Gesundheit des Kindes zur Debatte steht, und dass sie bereits in den Medien und gerade zum wiederholten Mal gelernt hat, wie wichtig die richtigen GENE für die Gesundheit sind - all das lenkt von der Tatsache ab, dass Frau G. soeben zu einer Entscheidung aufgefordert worden ist, wie sie normalerweise Makler an der Börse oder ein Manager eines Unternehmens treffen.

Fazit: Was macht die Rede vom GEN?

Ich habe versucht einsichtig zu machen, dass mit der Aufklärung über Genetik ein Denkstil in die Alltagswelt geschleust wird, in dem herkömmliche Begrifflichkeiten, die auf Wahrnehmung, Erfahrung und Beobachtung beruhen, durch statistische und kybernetische Konzepte ersetzt werden. Ich habe argumentiert, dass GENE als trojani-

sches Pferd dienen, mit denen die statistischen Kalküle alltagsfähig gemacht werden. Denn im Zusammenhang mit „GENEN“ scheinen die Risikokalküle Vorgänge im eigenen Körper wiederzuspiegeln.

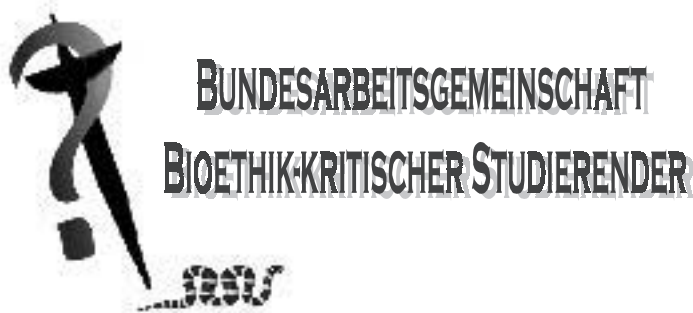
Um diese Behauptung plausibel zu machen, habe ich die genetische Beratung als Beispiel herangezogen. Denn die genetische Beratung dient nicht einfach der allgemeinen Weiterbildung, sondern soll die Beratern zu einer „selbstverantwortlichen“ oder „informierten“ Entscheidung befähigen. Ich habe von Frau G. berichtet, die vom genetischen Berater darin unterrichtet wurde, wie sie, schon mit rundem Bäuchle, eine Entscheidung über Testangebote fällen soll, die das Kommen ihres Kindes in Frage stellen. Der Berater hat Frau G. zunächst statistisch klassifiziert, hat ihr verschiedene Wahrscheinlichkeitszahlen ihres Risikoprofils genannt und sie dann zu einer Art individualisierten Kosten-Nutzen-Bilanz auffordert.

Frau G. ist kein Einzelfall. Es gibt viele Frau G.'s, und die gibt's nicht nur unter schwangeren Frauen. Immer mehr Klassifizierte gelten heute als beratungsbedürftig: Menschen, die mit „Krebs“ diagnostiziert werden, und eine der Behandlungsoptionen auswählen sollen, oder Politiker, die zwischen Gesetzesentwürfen zum Embryonenschutz oder zur Gentechnik abwägen müssen. Hier gibt es dann andere trojanische Pferde, nicht das „GEN“, aber z.B. die Aussicht auf etwas, das „GESUNDHEIT“ genannt wird. Die genetische Beratung, in der eine Frau sich freiwillig einer Zeremonie unterwirft, in der das erhoffte Kind zu einem schreckenserregenden, genbelasteten Risiko wird, ist lediglich ein besonders krasses Beispiel.

Erwähnte Literatur :

Falk, R. (1984). „The Gene in Search of an Identity“. In: Human Genetics 68, 195-204.
Kitcher, Philip. (1992). „Genes“. In: Fox-Keller, Evelyn und Lloyd, Elisabeth A. (Hgs.). Keywords in Evolutionary Biology. Cambridge, Mass., 128-131.

1 „Wir dürfen uns dabei nicht vorstellen, dass je einem speziellen Gen (bzw. einer speziellen Art von Genen) eine besondere Eigenschaft, etwa eine „Einzeleigenschaft“ oder - wie die Morphologen sagen - ein „Merkmal“ entspricht. Eine solche Vorstellung, die früher sehr verbreitet sein konnte, und jetzt noch in populären Schriften oder in allerhand Einleitungen repräsentiert ist, muss nicht nur als naiv, sondern auch als ganz und gar irrig aufgegeben werden.“ (Johannsen 1913, 144).



c/o Sozialreferat im AStA der FU-Berlin
Ctto-von-Simson-Straße 23, 14195 Berlin
Telefon: 0179 - 362 5505
bioethik.kritische.studierende@loop.de

Bundesweites

IbS



Netzwerk

Netzwerk der Interessengemeinschaften
behinderter / chronisch kranker und
nichtbehinderter Studierender

BAG behinderteter / chronisch kranker
und nicht behinderteter Studierender und
AbsolventInnen e.V.

Einladung zum Workshop der BAG Bioethik-kritischer Studierender vom 19. bis 21. Oktober 2001 in Berlin

Die BAG Bioethik-kritischer Studierender wurde gegründet, nachdem die BAG behinderteter / chronisch kranker Studierender bereits mehrere Workshops zur Thematik veranstaltet hatte und auf Seiten der Teilnehmer der Wunsch nach kontinuierlicher Arbeit und regelmäßig stattfindenden Tagungen geäußert wurde. Wir möchten Studierenden die Möglichkeit geben, sich über Fragen und Wirkung der Gen- und Biotechnologie zu informieren sowie sich an der gesellschaftspolitischen Debatte zu beteiligen.

Die Veranstaltung wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Bioethik-kritischer Studierender im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft behinderteter / chronisch kranker und nichtbehinderter Studierender & AbsolventInnen e.V. ausgerichtet.

Der Workshop findet statt vom 19. bis 21. Oktober im rollstuhlgerechten Tagungshaus der Diakonischen Akademie Deutschland GmbH in der Heinrich-Mann-Straße 28, 13156 Berlin.

Er beginnt am 19. 10. um 18:00 Uhr (Anreise ab 16:00 Uhr) und endet am 21. 10. um 12:00 Uhr

Am Freitag Abend (19.10.) wird es eine Einführungsveranstaltung sowie eine Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen geben, des weiteren sind am Samstag (20.10.) Referate und Workshops zu folgenden Themen geplant:

**Die (Verwirrungs-)Praxis der Humangenetischen Beratungsstellen in Deutschland,
Silja Samerski, Bremen**

**Gefahren von Biowaffen und Gentechnologie
Jan van Aken, The Sunshine Projekt, Hamburg (angefragt)**

Forschung an nichteinwilligungsfähigen Personen

Am Sonntag (21.10.) wird es Arbeitsgruppen zur Koordinierung und weiteren Arbeit (z.B. Hochschulbefragung) der BAG Bioethik-kritischer Studierender geben.

Auf Euer Kommen freuen sich Arne Brueck, Sven Drebes und Karin Maria Gloger.

Bitte meldet euch über die oben stehende Adresse oder per Email an.

Terminator-Saatgut

Vor ein paar Jahren wurde das Biotech-Unternehmen Monsanto für das von diesem vertriebene Terminator-Saatgut bekannt. Nach massiver Kritik aus der gesamten Welt und einer Aktion indischer Bauern - sie stürmten eine Monsanto Außenstelle - verkündete Monsanto den Verzicht auf diese Patent. Wichtig dabei ist, dass nicht auf die Terminator-Technologie verzichtet wurde, sondern auf die Nutzung dieses einen Patentes.

Die Terminator-Technologie beruht darauf, dass ein Gen eingepflanzt wird, das, wenn es von außen aktiviert wird, für eine sterile nächste Generation sorgt. Dieses System wurde für „unterentwickelte“ Staaten entwickelt. In unserer industrialisierten Landwirtschaft ist es der Regelfall geworden, dass jedes Jahr neues Saatgut gekauft wird, und nicht das geerntete des letzten Jahres neu angebaut wird. So verdienen die Saatgutproduzenten jedes Jahr neu. Wenn die Bauern die geernteten Samen neu anpflanzen würden müssten sie auch zahlen, die sogenannte Nachbauggebühr. Saatgut ist also kein materielles Eigentum, das die Produzenten verkaufen, sondern mehr ein geistiges, denn von der Materie des ersten Samens ist in dem der nächsten Generation eigentlich nichts enthalten. Diese Prinzip funktioniert im reichen Nord-Westen dieser Welt, in stetiger Armut lebende Bauern in Indien werden sich dafür verständlicherweise wenig interessieren. Daher wurde die Terminator-Technologie entwickelt: die Bauern müssen neues Saatgut kaufen, denn das geerntete ist steril. Diese Technologie steuert auf die absolute Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Industrie zu, des weiteren wird auch die Abhängigkeit der „unterentwickelten“ Länder von den industrialisierten gestärkt.

Die Biotech-Industrie hat gelernt: die Nutzung der Terminator-T. zur Sicherung und dem Ausbau des Profits wurde von der „Weltöffentlichkeit“ nicht akzeptiert. Nun wird eine andere Argumentation verfolgt, die neuste Entwicklung ist die Traitor-Technologie: Auf die DNA der Pflanze wird ein Schalter gesetzt, der von einer Chemikalie eingeschaltet werden kann. Ohne diese eine Chemikalie können die Steuerungsbefehle

nicht mehr gelesen werden. Auf diese Weise kann der Aufbau von Proteinen, oder das Immunsystem gestört werden. Die Pflanzen sind ohne die zugelieferten Chemikalien der Saatgutproduzenten nicht überlebensfähig. So und auch mit der etwas älteren Terminator-T. soll jetzt nach Aussagen der Biotech-Industrie verhindert werden, dass die gentechnisch veränderten Pflanzen in die Ökosysteme eindringen, denn sie sterben ja ohne die Chemie des Menschen. Die-

Die logische Schlussfolgerung aus der Gefahr der Kontamination von Ökosystemen durch Anbau von gentechnisch modifizierten Organismen kann nur den Stopp dieses Anbaus bedeuten. Sterilisation und Zerstörung von Nutzpflanzen gerade in Hungergebieten ist in keiner Weise zu rechtfertigen: Terminator- und Traitor-Technologie dürfen nicht zum Einsatz gelangen!



se Argumentation wird bereits von der National Academy of Sciences (USA) und dem Advisory Committee on Releases to the Environment (GB) gestützt. Es wird also gerade die Kritik der Gegner der grünen Gentechnik aufgegriffen, die auf die Kontamination von Ökosystemen durch den Anbau von Gentech-Saatgut hinweisen.

Diese Logik ist hochgefährlich. Das Ziel der Biotech-Firmen ist Profit und dieser wird nicht durch die Biosicherheit erbracht. Das Geld wird durch den Verkauf des Saatgutes, und der Chemikalien verdient. Je abhängiger die Bauern von der Industrie sind, desto sicherer und größer ist der Verdienst. Durch die Einführung dieser Technologie wird die Welternährungslage - besonders die der Armen - weiter gefährdet.

Patentrechte auf Terminator-Technologie besitzen:

Syngenta, Novartis : 6 Patente
Delta & Pine: 3 Patente
BASF: 1 Patent
DuPont, Pioneer Hi-Bred: 1 Patent
Cornell Research Foundation: 1 Patent
Purdue Research Foundation: 1 Patent

Patentrechte auf Traitor-Technologie besitzen:

Syngenta, Novartis: 3 Patente
DuPont, Pioneer Hi-Bred: 1 Patent

Quelle: www.rafi.org „A Seed Odyssey“ Rafi Communiqué (01/02.2001)

Geklonter Unsinn

Die Wissenschaft schafft längst Fakten beim Stammzellenimport

Denkverbote darf es nicht geben. Trotzdem wird es langsam lästig. Denn in der Debatte um die Forschung mit embryonalen Stammzellen tauchen verstärkt Argumente auf, die längst in der rhetorischen Mottenkiste verschwunden schienen.

Gleichzeitig werden immer neue Übergriffe bekannt: Ein Kieler Wissenschaftler hat einen Vertrag zum Import menschlicher Embryozellen aus Australien bereits unterschrieben, auch wenn er die Bewertung vom Ethikrat des Kanzlers abwarten will. Bonner Neuropathologen machen mit Wolfgang Clement eine Shoppingtour durch Israel, um sich schon mal die schönsten Stammzelllinien zurücklegen zu lassen. Das Mitglied eines amerikanischen Forschungsunternehmens berichtet im Spiegel, längst embryonale Stammzellen an deutsche Institute geliefert zu haben. Und in Köln und München warten die Forscher angeblich nur darauf, das heikle Biomaterial endlich aufzutauen.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass diese gezielten Indiskretionen Teil einer Akzeptanzstrategie sind. Die Öffentlichkeit soll glauben, dass sich der Fortschritt nicht aufhalten lässt. Begleitet wird dies von mehrheitlich naturwissenschaftlichen Legitimationsversuchen, deren argumentative Basis gelegentlich mehr als dürftig ist:

1. Embryonale Stammzellforschung führt zur Therapie unheilbarer Krankheiten. Das ist ein billiger „Köder der Utopie“ (Hans Jonas). Das Heilpotenzial der Stammzellen ist unbewiesen: Studien, etwa mit Parkinsonpatienten, zeigen, dass sich deren Zustand durch eine Therapie mit aus Stammzellen entwickeltem Gewebe verschlechterte.

2. Man darf Kranken die Chance auf Heilung nicht vorenthalten. Bezeichnenderweise

sind es meist Grundlagenforscher und keine klinisch tätigen Ärzte, die eine neue Ära der Medizin heraufbeschwören. Heutigen Kranken fehlt jedoch ganz anderes: Die psychosoziale Betreuung und die Schmerztherapie, etwa von Krebspatienten, liegen im Argen. Viele Alte und Kranke in Heimen erhalten nicht genügend Zuspruch, Körperpflege und Trinkmenge. Nun kann man zwar das eine tun und das andere nicht lassen. Doch in der Praxis sind die Ressourcen begrenzt.

3. Wenn wir nicht an embryonalen Stammzellen forschen, machen es andere. Na und? Mit dieser Logik lässt sich alles legitimieren. Lange Zeit haben deutsche Forscher neidisch auf die USA geschielt, doch jetzt hat George W. Bush die Gelder für embryonale Stammzellforschung eingefroren. Inzwischen werden Israel und Großbritannien als Vorbilder hingestellt.

4. Bei Abtreibungen werden doch auch Embryonen getötet. Stimmt. Aber dabei wird das Recht des Embryos gegen das Recht der Mutter abgewogen. Niemand kann eine Frau gegen ihren Willen zur Mutterschaft verpflichten. Bei der Stammzellforschung stehen aber nicht zwei Rechtsgüter zur Disposition. Hier geht es nur um den Embryo. Ihm stehen keine individuellen Interessen gegenüber, die seine Tötung rechtfertigen würden. Gesellschaftliche Interessen wie die Forschungsfreiheit oder die diffuse Aussicht auf Heilung reichen nicht aus.

5. Der Standort Deutschland ist in Gefahr. Der Wirtschaftsfaktor Gentechnik ist bisher zu vernachlässigen. In Deutschland hängen maximal 30.000 Arbeitsplätze davon ab. Weniger als zwei Prozent der Arbeitnehmer in der Sparte Gentechnik sind weltweit mit Stammzellen beschäftigt.

6. Wir verbauen uns einen Zukunftsmarkt. Das therapeutische Potenzial der Stammzellen ist ebenso ungewiss wie ihr Marktpotenzial.

7. Ein Vergleich mit nationalsozialistischer Selektion ist unredlich. Es gibt Parallelen. Dies bedeutet nicht, dass Genforscher mit Naziärzten gleichgesetzt werden. Die Auswahl der „besten“ embryonalen Zellen zur künstlichen Befruchtung (PID), die vorgeburtliche Diagnostik, wie auch die von vielen internationalen Spitzenforschern gewünschte Gentherapie der Keimbahn, sie entsprechen eugenischen Prinzipien: der Auslese der „guten“ Gene und einer Vernichtung der „schlechten“. Die Erblehre orientiert sich jetzt allerdings weniger an der „Volks Gesundheit“ (oder am „Genpool“), sondern an der Befindlichkeit des Einzelnen.

8. Einem Zellhaufen kommt keine Menschenwürde zu. Die beginnt erst bei der Ausbildung von Bewusstsein. Dann hätten auch Ohnmächtige, Demenzkranke und Komapatienten keine Menschenwürde. Niemand darf sich zum Richter über die Menschenwürde machen. Darauf gründet Artikel 1 des Grundgesetzes. Wird diese Maßgabe verlassen, ist der Juli-Titel der Satirezeitschrift Titanic nicht satirisch, sondern nur konsequent: Ein zerknautschtes Bild des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zielt die Schlagzeile: „Ethik-Kommission ratlos: Wo beginnt menschliches Leben?“

WERNER BARTENS

Arzt und Autor des Buchs „Die Tyrannei der Gene“

taz Nr. 6487 vom 4.7.2001, Seite 15, 102 Kommentar WERNER BARTENS, Gastkommentar * in taz-Bremen, -Hamburg, -Ffm: S.11

Das Jahr der Lebenswissenschaften

Vor zwei Jahren tönte die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG): "Im kommenden Jahrhundert wird sich die Gentechnologie als eine der entscheidenden Schlüsseltechnologien etablieren. Die Dynamik dieser Entwicklung, die in Wochen und Monaten gemessen werden muß, läßt keine Zeit zu zögerlichem Handeln. Die Gefahr ist, dass große wirtschaftliche Potentiale leichtsinnig verspielt werden." Mit dem "Jahr der Lebenswissenschaften" will Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn nun persönlich die Ärmel hochkrempeln und dafür sorgen, dass deutsche ForscherInnen der Weltspitze "nicht hinterherhinken". Schließlich ist der "Standort Deutschland" in Gefahr.

Der Berliner Gentech-Guru Detlev Ganten (u.a. Aufsichtsratsvorsitzender des Biomedizinischen Forschungscampus Berlin-Buch und Vorsitzender der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren), der auf der Auftaktveranstaltung zum "Jahr der Lebenswissenschaften" die Eröffnungsrede hielt, bezeichnete nicht nur die Entscheidung des britischen Parlaments, das Klonen menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken zu gestatten, als "mutig", sondern kritisierte die "Gutmenschen-Tendenz" der Deutschen wegen des Nationalsozialismus, der angeblich ständig für Tabus und Grenzen Sorge.

Das Problem, das Bulmahn, Ganten und die Biotech-Industrie eint, sind die Bedenken und auch Widerstände gegen Genforschung und deren Anwendung. Verklärt zu "Technikfeindlichkeit" und "irrationalen Technikängsten", die es zu minimieren gelte, geht die Scientific Community seit geraumer Zeit auf die Strasse, um der Bevölkerung ihre Errungenschaften "auf gleicher Augenhöhe" (Bulmahn) einzubleuen.

Seit Jahren schon ist die Gentechlobby händelnd dabei, Imagepflege in der Öffentlichkeit zu betreiben: Projekte wie die GenWelten-Ausstellungen 1998, die EXPO 2000, das Gläserne Labor in Berlin-Buch und jetzt

das "Jahr der Lebenswissenschaften" stehen dafür. Wir erleben gegenwärtig eine Art Mobilmachung im öffentlichen Raum. [...] Die Strategie, die seit einigen Jahren unter dem Label "Dialog mit der Öffentlichkeit" gefahren wird, sieht vor, den "normalen" BürgerInnen die Errungenschaften der modernen Biologie, Medizin und Genforschung nahe zu bringen. "Scientainment" heißt das Zauberwort für die zahllosen Talkshows, Kunstveranstaltungen, Kinospots, Schulwandertage, Wissenschaftsnächte und -festivals. Die Liste der Verheißungen ist lang: versprochen wird die Diagnose und Therapie von Krankheiten, die Verlängerung des Lebens, die Lösung sozialer und ökologischer Probleme und nicht zuletzt die Sicherstellung der Ernährung für die Weltbevölkerung.

Was stattfindet, ist ein Monolog der Wissenschaft: die einen reden, schreiben, zeigen; die anderen, das Publikum, sollen hören, staunen, sehen. Unter Überschriften wie "Science Street" oder "Gen-Dschungel", "Rätsel des Lebens" und "Kosmos Gehirn" wird eine Alphabetisierungskampagne in Sachen Wissenschaft professionell organisiert. Eine Kreativagentur für Public Relations, Iser & Putscher, hat vier Millionen Mark zur Organisation von Großveranstaltungen erhalten, um diesen Monolog in Szene zu setzen.

Die Umstände der Forschung, mögliche Misserfolge oder negative Begleiterscheinungen werden nicht thematisiert. Stattdessen werden permanent Wünsche erzeugt. Die Neuauflage der Glücksversprechen der Moderne feiert Hochkonjunktur: alle werden gesund und glücklich, keiner muss mehr hungern, die Umwelt wird sauber und den Rest der Probleme kriegen die "Experten" auch noch in den Griff. Die Beziehungen zwischen Technik, Arbeit, gesellschaftlichen Verhältnissen und die damit einhergehenden Ausbeutungsstrukturen verschwinden so vollends. Gesellschaftliche Fragestellungen werden auf ihre technische Lösbarkeit

heruntergezogen. Nichts ist mehr ein sozialer Prozess. Technik allein wird zum Konsumgut und zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Utopien und Bedürfnisse.

In einer komplizierten Welt versprechen GenforscherInnen einfache Lösungen: "intaktes Gen einfügen - Problem gelöst". Der verengte Blick auf die Gene versperrt die Sicht auf die vielen anderen Facetten des Phänomens Krankheit: Psychosoziale Faktoren, krankmachende Konsum-, Arbeits- und Lebensumstände. All diese Aspekte geraten im Zuge des molekularen Denkens zur Nebensache. Der menschliche Körper wird neu entworfen - und zwar nach den Erfordernissen der industriellen Massenproduktion. Kranke werden zum gestörten "molekularen System", die Möglichkeiten der gentechnologischen Produktion solcher "Systembestandteile" werden zum logischen Handlungsimperativ. Denn wer unverstandene Krebsleiden, unklare Leberentzündungen, Herzinfarkte oder Altersdemenz allein auf die Ebene der Zelle zwingt, der muss auch dort die "Lösung" suchen.

Die Kehrseite einer Medizin, die den Menschen als molekulare Maschine begreift, die beliebig zu steuern, zu reparieren und programmieren sei, ist ein Gesellschaftsentwurf, der auf Vermeidung, Verhinderung und einem Verlassen all jener basiert, die nicht der Utopie von Gesundheit und Normalität entsprechen. [...]

Die großangelegte Umarbeitung des Sozialkörpers und die Verlagerung des gesellschaftlichen Lebens in die Domäne der Biologie ist auch eine Offensive der Naturwissenschaften, die die Kultur- und Sozialwissenschaften beiseite drängt. Leben, Ernährung, Gesundheit, Krankheit - alles wird unter der Biologie subsumiert. So wird neben der Intelligenz die kritische Wissenschaft gleich mit verabschiedet.

www.wissenschaftssommer2001.de
Thomas Janoschka, Marsstr. 2, 16321

Kurznachrichten

Gentechnischer vs. ökologischer Landbau in der „Dritten Welt“

Beim Anbau von Mais führt Insekten-Fraß zu größeren Ertragseinbußen. Um die Erträge zu optimieren, wurde von einigen westlichen Saatgutproduzenten der Mais gentechnologisch verändert, so dass die Pflanze ein Gift gegen den Schädling produziert. Diese Methode ist in Kritik geraten, da beobachtet wurde, dass nicht nur der „Fraßschädling“ getötet wird, sondern auch weitere Insekten.

In Kenia gingen Forscher einen Weg, der sich an den Ökosystemen orientiert. Sie suchten in Experimenten die Pflanzen, die von dem Schädling bevorzugt werden, und die, die diesen verjagen. Daraus wurde ein Push-Pull-System entwickelt. Die Felder werden in Streifen eingeteilt, nebeneinander wird Mais und Napir-Gras gepflanzt. Bereits dies hätte zur Folge, dass die Schädlinge nur in geringem Maße den Mais befallen würden (Pull-Faktor), beim Angebot von Mais und Napir-Gras bevorzugen 80-90% der Insekten das Gras. Um den Effekt zu verstärken wird zwischen den Mais eine Hülsenfrucht aus Südamerika (Desmodium) gepflanzt. Experimente hatten gezeigt, dass diese von den Schädlingen gemieden wird (Push-Faktor). Die Pflanze zeichnet sich durch weitere Vorteile aus, sie bindet Luftstickstoff und dient somit als Gründüngung, der dichtere Bewuchs des Feldes verringert die Bodenerosion und als besonderer Pluspunkt sonder Desmodium über die Wurzeln einen Stoff ab, der den Wuchs des Hexenkrautes stört. Das Hexenkraut kann Mais verdrängen und verringert damit den Ertrag.

Dieses Anbau-Verfahren führt zwar zu einer Mehrarbeit für die Bauern, der Ertrag steigt dafür allerdings auf das Fünffache. Durch den Einsatz der Hülsenfrucht kann Kunstdünger durch Gründüngung ersetzt und auf Herbizide verzichtet werden. So verdrängt Desmodium nicht nur die Schädlinge, sondern auch die Chemie vom Acker.

Quelle: Greenpeacemagazin 9/10 2001

Patent auf Tiere mit menschlichen Körperteilen bestätigt.

Hamburg, 31.8.2001 - Die Züchtung von Mischwesen aus Mensch und Tier genießt auch in Zukunft Patentschutz. Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat einen Einspruch von Gegnern der Patentierung von Lebewesen gegen ein Patent der amerikanischen Universität Stanford in den USA abgelehnt.

Das Patent EP 322240 patentiert unter anderem Tiere, in die menschliche Zellen oder Organe verpflanzt werden. In der Patentschrift werden als Beispiele Affen mit menschlichen Gehirnteilen oder Mäuse mit menschlichen Blutzellen angeführt. Berühmtestes Beispiel dieser Eingriffe ist die „Ohrmaus“, der ein menschliches Ohr auf den Rücken verpflanzt wurde.

Die menschlichen Gewebeteile stammen zu meist aus abgetriebenen Föten. Durch die Transplantationen können menschliche Organe in den Tieren ausgebildet oder Krankheitsforschung betrieben werden, etwa über HIV-Infektionen oder Krebs. Nach Angaben von Insidern ist der Schweizer Pharma-Konzern Novartis der eigentliche Nutznießer des Patentes, das schon 1995 erteilt wurde.

In der Begründung des Patentamtes für die Ablehnung des Einspruches heißt es, dass zwar die Erzeugung von chimären Tieren mit Gewebe aus menschlichen Föten vielen Menschen als unmoralisch erscheinen könne. Wegen des möglichen medizinischen Nutzens solle das Patent aber trotzdem nicht widerrufen werden. Das Amt beruft sich in seiner Entscheidung auf die neue Gen-Patentrichtlinie der EU.

„Ein möglicher medizinischer Nutzen allein darf kein Grund sein, ein Patent zu erteilen. Derartige Patente sind ethisch nicht vertretbar“, sagt Christoph Then, Gentechnik-Experte von Greenpeace und einer der Kläger, die Einspruch gegen das Patent erhoben hatten. „Solche Patente ermuntern Pharma- und Biotechnik-Unternehmen dazu, aus rein kommerziellen Gründen Mischwesen aus Mensch und Tier zu schaffen.“

Das Europäische Patentrecht schreibt die

Beachtung ethischer Grenzen bei der Erteilung von Patenten vor. Doch das Amt legt diese Vorschrift so aus, dass nur im Extremfall wie beispielsweise der Herstellung von Briefbomben ein Patent verweigert werden muß.

Monsanto muss genmanipulierte Plantagen in Brasilien vernichten

Der Biotechnologie-Konzern Monsanto soll alle Felder mit gentechnisch manipuliertem Mais in Brasilien vernichten. Bis zum 6. Juli musste Monsanto auf Anweisung des Umweltministeriums in Brasilia alle Gen-Mais-Plantagen zerstören. Auf den Feldern wurden Experimente zur Insektenresistenz durchgeführt. Der Anbau gentechnisch manipulierter Lebensmittel ist in Brasilien neuerdings verboten. Monsanto ist einer der weltgrößten Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut und den dazugehörigen Agrarchemikalien.

KWS gibt im Streit um Genmais nach

Die Berliner Zeitung berichtete, dass die Einbecker Saatgutfirma KWS im Gentechnik-Streit mit Bundesverbraucherministerin Renate Künast den Zulassungsantrag für die Maissorte „Artuis“ auf Eis gelegt. Ohne diese Zulassung, darf in Deutschland kein Saatgut vertrieben werden. Die Aussage des Unternehmens lautete: „Wir möchten nach außen hin dokumentieren, dass wir die Vorbehalte Künasts ernst nehmen“. Die KWS wolle „keine Produkte gegen den Willen der Politik oder der Verbraucher auf den Markt bringen“.

Die Zulassung von „Artuis“ wurde durch das Hannoveraner Bundessortenamt gestoppt. Mit dem Produkt wäre sonst erstmals in Deutschland gentechnisch verändertes Saatgut zum unbegrenzten kommerziellen Anbau freigegeben worden. Der Stopp wurde als vorbeugender Verbraucherschutz begründet.

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Existenzkrise der Bahn und eine einmalige Rettungs-Initiative

Ungewöhnliches Bündnis

Am 14. November 2000 wurde in der „Frankfurter Rundschau“ auf einer ganzen Seite das Dokument „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ veröffentlicht. Dieser Text wurde von einem bisher bundesweit einmaligen Personenbündnis vorgestellt. Die „FR“ stellte „die Autoren des Bündnisses“ wie folgt vor: „Johannes Hauber ist Eurobetriebsratsvorsitzender von ADTranz (...). Andreas Kleber ist Hotelier in BadSaulgau, war langjähriger CDU-Stadtrat und ist Mitbegründer der ‚Horber Schientage‘. (...) Winfried Wolf ist Autor des Buchs ‚Eisenbahn und Auto-wahn‘ und verkehrspolitischer Sprecher der PDS im Bundestag.“

Am 17. November wurde die Initiative von der Bundespressekonferenz nach Berlin eingeladen und stellte ihre Positionen zur Diskussion. Eine Woche später veröffentlichten Johannes Hauber, Andreas Kleber und Winfried Wolf auf einer Pressekonferenz in Stuttgart die bahninternen Pläne zum weiteren Abbau von 70.000 Stellen bei der Deutschen Bahn AG bis 2003 und zur Einstellung von bis zu 30 Prozent des Personenfernverkehrs.

Breite Kampagne

In diesem Jahr entstand eine breit angelegte Kampagne, die zur Rettung der Bahn aufrufen bzw. dazu - zusammen mit Umweltverbänden und Gewerkschaften - beitragen will.

Alle bisherigen Veröffentlichungen des genannten Bündnisses können über die Redaktion bzw. das MdB-Büro Winfried Wolf kostenlos bezogen werden.

Eine solche Kampagne ist dringend erforderlich. In direktem Gegensatz zu den offiziellen Parolen vom „Unternehmen Zukunft“ hat der Schienenverkehr in der offiziellen Verkehrspolitik, wie sie seit Jahrzehnten und seit 1998 auch unter SPD und Grünen betrieben wird, keine Perspektive.

Verkehrspolitik in der Sackgasse

Diese „Zu(g)kunftslosigkeit“ des Schienenverkehrs hat drei Ursachen:

1. Die Verkehrspolitik fördert allein die Straße und den Flugverkehr. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland rund 200.000 km Straßen neu gebaut und 15.000 km Schienenstrecken abgebaut. Auch am 31.12.2000 ist feststellbar: Das Straßennetz hat sich gegenüber dem 1.1.2000 erneut um rund 500 km verlängert, das Schienennetz um 350 km verkürzt. Neue Flug-Landebahnen sind entstanden. Da gilt die Erkenntnis der Bürgerinitiativen: Wer Straßen sät, wird Straßenverkehr ernten. Wer Landebahnen betoniert, wird noch mehr Flugverkehr bekommen.

2. Die Bahnreform von 1994 meint Privatisierung und Zerschlagung der Bahn. Als privates Unternehmen hat die Schiene keine Chance in einem Verkehrsmarkt, in dem sie inzwischen ein Nischendasein führt. Die Ausgliederungen der Deutschen Bahn AG (176 Unternehmen, 6 AGs) zerstören Synergie und dienen allein dem anvisierten Börsengang („Rosinenpickerei“). Der Belegschaftsabbau von 500.000 1991 auf 230.000 heute mit dem Ziel von 160.000 im Jahr 2003 gefährdet Standards in Service, Komfort und Sicherheit.

3. Die Markt-, Tarif- und Preisstrukturen fördern eine fortgesetzte Politik pro Straße und Flugzeug und contra Schiene. Grundsätzlich sind alle Verkehrswege außer den Schienenstrecken Sache des Bundes bzw. der Länder. Die Binnenschifffahrt, die zu verteidigen ist, deckt nur rund 10 Prozent der Kosten. Ihre Privatisierung hieße, sie umgehend einzustellen. Kein neuer Regionalflughafen würde entstehen, würde er nicht subventioniert. Der PKW-Verkehr deckt seine Kosten auch nach EU-Berechnungen bestenfalls zu 80 Prozent - ökologische Folgekosten und Gesundheitsschäden noch nicht eingerechnet. Beim LKW-Verkehr müssen mehr als 40 Prozent

der Kosten subventioniert werden. Doch die Preise im Transportmarkt weisen in eine Richtung, die jeder umweltbewussten und volkswirtschaftlich sinnvollen Verkehrspolitik widerspricht: Die Bahn erhöht regelmäßig die Tarife, während diejenigen im Flugverkehr förmlich purzeln und auch die Kosten des PKW- und LKW-Verkehrs - trotz des Energiepreisanstiegs - auf einem historisch niedrigen Niveau liegen.

Anspruch und Wirklichkeit

Der neue Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig erklärte bei seiner ersten Pressekonferenz, links sein heiße für ihn, Verantwortung für zukünftige Generationen zu übernehmen. Wohlan!

Alle Umweltkonferenzen fordern die Reduktion von Emissionen, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Alle bundesdeutschen Politiker bedauerten, dass die Umweltkonferenz in Den Haag platzte und machten dafür die Regierungen anderer Länder verantwortlich. Was aber ist die offizielle Verkehrspolitik in unserem Land? Zukunftsfähige Verkehrspolitik ist nur eine solche, die sich den Zielen der „drei V“ verpflichtet sieht: Verkehr vermeiden, Verkehrswege verkürzen und verbleibenden Verkehr von der Straße und von der Luft auf Schienen und Busse verlagern.

Von einer solchen Politik würde die Bahn massiv profitieren. Dazu muß allerdings die Schiene (wie das Straßennetz oder auch das Internet) als Netz verstanden, erhalten und ausgebaut werden. Dazu ist erforderlich, dass die Finanzierung der Schienenwege Sache des Bundes (und ggf. der Länder) ist. Ein ökologisch verträglicher, preiswert und familienfreundlich angebotener Schienenverkehr muss als Teil der öffentlichen Vorsorge verstanden werden. Dabei müssen umfassend die Systemvorteile der Schiene (Sicherheit, Reisekomfort, Pünktlichkeit, Netzgeschwindigkeit und Bürgernähe) ausgespielt werden.

Auch das Ziel, Verkehr zu vermeiden und Transportwege zu verkürzen, kann der Schiene zugutekommen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass bis zu 50 Prozent

des aktuellen Güterverkehrs dadurch entstehen, dass alle Transporte zu Dumping-Kosten gefahren werden und dass damit absurde Arbeitsteilungen entstehen („italienischer“ Parmaschinken mit Fleisch aus den Niederlanden; der Joghurt-Becher, in dem mehr als 8.000 LKW-Kilometer „stecken“ usw.). Entfällt dieser „künstliche Verkehr“ durch eine angemessene Preisstruktur, dann entfällt ein Standardargument der Auto-lobby, die Bahn könne gar nicht allzu viel LKW-Verkehr übernehmen.

All dies ist ein Kontrastprogramm zur Bahnprivatisierung. Ein Antrag mit dem Titel „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ ist dazu im Bundestag vorgelegt worden. Eine solche Politik der Verkehrswende orientiert sich im übrigen weitgehend an dem, was es in der Schweiz im Schienenverkehr (noch) gibt. Obgleich dort die geographischen Bedingungen schwieriger als hierzulande sind und obwohl das Land wesentlich kleiner als das unsere ist, fahren die Schweizerinnen und Schweizer pro Kopf und Jahr mehr als doppeltso viele Kilometer mit „ihrer“ Bahn als ein Bundesbürger.

Was wir verlangen, ist schlicht eine „Bürgerbahn statt einer Börsenbahn“.

Kontakt zur Initiative

Das neueste InterRegio-Faltblatt kann bestellt werden bei:

Dr. Winfried Wolf, MdB

Moserstraße 24

70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 2368095 oder 030 - 227 - 71788

Fax: 0711 - 232268 oder 227 - 76068

winfried.wolf@bundestag.de

<http://www.winfried-wolf.de>

Weitere Kontakte der Initiative: „Bürgerbahn statt Börsenbahn“

<http://www.allianz-pro-schiene.de>

Prof. Dr. Heiner Monheim

Geschäftsstelle SFB522

Universität Trier

54286 Trier

Tel.: 0651/201-4545 Fax: 0651/201-4544

e-mail: monheim@uni-trier.de

Höchste Eisenbahn / Bahn von unten

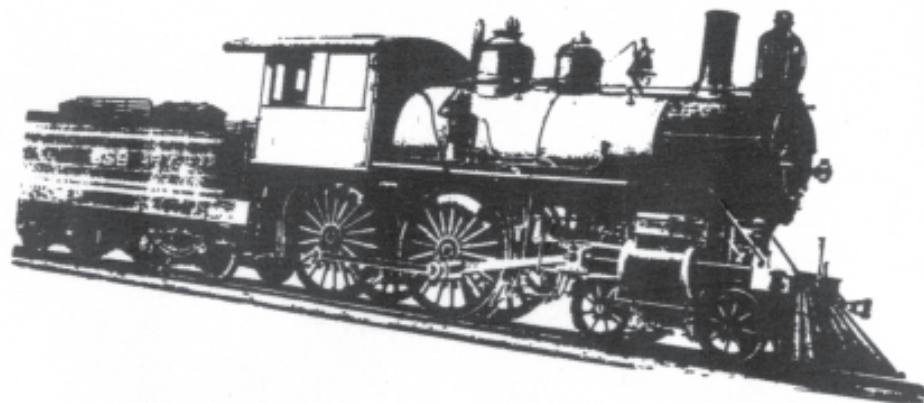
Postfach 2112 65011

Wiesbaden

Tel./Fax 0611-406807

bahnvonunten@web.de

<http://www.bahnvonunten.de>



Kein Semesterticket in Berlin

Berlin: Rot-grüne Landesregierung weiterhin nicht in der Lage Berliner Verkehrsunternehmen von einem umsatzneutralen und verbundweiten Semesterticket zu überzeugen

Die Verhandlungen der „Länderkoordination der Studierenden-schaften von Berlin“ mit der Landesregierung und den Verkehrsunternehmen ziehen sich weiter hin.

Die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, für Wirtschaft und für Wissenschaft haben es weiterhin bisher nicht geschafft, die Verkehrsunternehmen in Berlin (S-Bahn Berlin GmbH, DB Regio AG, VBB GmbH und BVG, Berliner Anstalt des öffentlichen Rechts) von den politischen Beschlüssen und den Abstimmungen der Berliner und Brandenburger Studierenden nach einem verbundweiten und sozialverträglichen Semesterticket von ca. 200 DM zu überzeugen.

Die Sämtlich-Länderkoordination und die von ihr vertretenen Verfaßten Studierendenschaften und Studierenden der Universitäten und Hochschulen müssen, nachdem 1998 versucht worden ist, ein Ausraubticket an Ihnen vorbei einzuführen, nun schon die zweite Änderung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) über sich ergehen lassen. Das von der SPD eingebrachte und am 15.10.1998 verabschiedete Gesetz ließ 3 Jahre kein sozialverträgliches Semesterticket und einen ausgeglichenen und fairen Vertragsabschluß zwischen Studierendenvertretungen und den Verkehrsunternehmen zu.

Aber auch beim Preis scheiden immer noch die Geister. Die alte Große Koalition, die kurz vor dem bundesweiten Autofreien (Hoch-)Schultag am 19.06.01 abgewählt wurde, hatte nicht den Mut, Ihren eigenen Koalitionsvertrag mit dem Kompromißpreis von 215 DM für ein Berlin-Brandenburgisches Ticket gegenüber der staatseigenen BVG und der DB Regio Berlin Brandenburg durchzusetzen.

Die StudentInnenvertretungen hatten den verbundweiten Preisvorschlag hingegen zähneknirschend hingenommen, damit überhaupt etwas passiert.

Die neue rot-grüne Übergangskoalition hat bisher allerdings entgegen den Erwartungen wenig Anstrengungen gemacht, die Kalkulation der Studierendenvertretungen von Berlin, nachdem ein verbundweites SemesterTicket zum Preis von 199 DM kostendeckend sei, ernsthaft zu überprüfen.

Der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) hat es in Frankfurt/O. und Potsdam dem selbsternannten „Weltkompetenzzentrum“ Berlin schon mal vorgemacht: Verbundweites Semesterticket für Berlin und Brandenburg für 149 DM bzw. 219 DM.

Der Vorstandsvorsitzende der BVG und Großblockierer beim Berliner Semesterticket ist derweil zum Chefvernichter der Österreichischen Bundesbahn hochgefallen.

Neue Bahntarife

12 Thesen zur Apokalypse des geplanten neuen Bahnpreis-Systems

von der Initiative „Bürgerbahn statt Börsenbahn“

Einleitung

Dieses neue Bahnpreis-System - ist komplizierter als das bestehende, - wird insgesamt zu einer Verteuerung des Schienenverkehrs führen, - vergrätzt die Stammkundschaft, - verspielt dabei wesentliche Systemvorteile, die die Bahn (noch) hat - und spielt damit dem Autoverkehr und Flugverkehr in die Hände.

Eine Bilanz des neuen Systems der Bahnpreise ist vorläufig, weil die Verantwortlichen der DB bis heute keinen einzigen konkreten Fahrpreis für eine einzige konkrete Fahrverbindung nennen können. Vorgestellt wurden uns – u. a. in der Anzeigenserie der DB AG – Grundsätze und Rabattsätze. Hiermit wird bereits ein Aspekt der Kritik angesprochen: Das Bahnmanagement präsentiert ein neues Bahnpreis-System, an dem es nach eigenen Angaben seit Jahren arbeitete, und kann keine konkreten Fahrpreise nennen. Damit fehlt der Öffentlichkeit bereits die wichtigste Grundlage zur Diskussion – der konkrete Vergleich mit den aktuel-

len Bahnpreisen. Das trägt zur Vernebelung und Verwirrung bei. Damit war die Vorstellung des neuen Systems vor rund zwei Wochen durch das Bahnmanagement unseriös und wenig verantwortlich. Wer sich dennoch die Mühe macht, die Grundlagen des neuen Systems zu durchleuchten, der stellt fest: Das neue System der Bahntarife ist nicht geeignet, Verkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene zu verlagern.

I. Geringere Transparenz und wesentlich komplizierter

Das Bahnpreis-System wird nach der Reform nicht transparent, sondern komplizierter und undurchschaubarer als das gegenwärtige sein. Es gibt nun mehr Grundelemente und Rabattsätze, die damit zu kombinieren sind. Vor allem aber soll ein System der Bahnpreise, das es bisher nur beim ICE-Hochgeschwindigkeitsnetz gibt, auf das ganze Netz ausgeweitet werden: Jede Verbindung wird von Ort zu Ort (als „Loco-

Preis-System“) berechnet. Damit entsteht die unübersehbare Vielfalt von 20 Millionen Einzelpreisen. Bei der Vorstellung des neuen Bahnpreis-Systems hat die DB-Managerin Anna Brunotte, die das System entwickelte, das bisherige Tarifsysteem der Bahn als „grottenschlecht“ bezeichnet. Es mutet zunächst seltsam an, dass das Management das Preisgefüge des eigenen Produkts vernichtend kritisiert, obwohl die Verantwortung für dasselbe doch bei diesem selbst liegt und dieses „grottenschlechte“ Preis-system doch noch ca. eineinhalb Jahre die Basis der Wirtschaftstätigkeit der DB AG sein wird. Tatsächlich ist das bestehende System der Bahnpreise wenig transparent. Das liegt in erster Linie daran, dass ein ursprünglich einfaches Grundsystem (Kilometerpreis mal Entfernung – ggf. minus BahnCard-50-%-Rabatt – plus Zuschlag) in den letzten zehn Jahren zunehmend ergänzt wurde: durch eine wachsende Zahl von Sonderangeboten, die – anstatt Ausnahmen zu regeln, die Regel wurden –, durch die ICE-Aufpreise, die nicht mehr fix wie bei IC/EC, sondern entfernungsgebunden (Loco-Preise) sind, u. a. m. Die Behauptung, das neue Bahnpreis-System sei „einfacher“ oder gar „transparent“, verblüfft. Allein die Tatsache, dass das Management der Bahn bis heute keine genauen Preise für einzelne, konkrete Strecken nennt u. erklärt, es gelte nun, die Grundpreise für rund „20 Millionen mögliche Verbindungen“ zu berechnen, spricht für die Kompliziertheit des neuen Systems. Auch spricht die Anzeigenserie der Bahn zur Illustration des neuen Preisgefüges gegen die These der „Transparenz“: Jeweils eine Zeitungsseite Text mit z. T. diversen Tabellen sind kaum zu vermitteln. Das neue Bahnpreis-System kennt unter anderem die folgenden Variablen: –einen Kilometergrundpreis bis zu einer Entfernung von etwa 140 Kilometer, –degressive Kilo-

Die Bahn 

Meilen sammeln

ohne abzuheben

Die Bahn ist neuer Partner bei Miles & More. Ab März können Sie wertvolle Meilen sammeln – informieren Sie sich!



 Lufthansa Miles & More

meterpreise ab dieser neuen Grenze mit wachsender Entfernung, -mindestens drei Sonderrabatte für vorzeitige Buchungen (7, 3 und 1 Tag im voraus), -unterschiedliche Kilometerpreise an unterschiedlichen Wochentagen - (höhere an bisher viel frequentierten Tagen wie Fr. und So.), -die BahnCard mit einem Grundrabatt von 25%, -die Anrechenbarkeit des BC-Rabatts auf die erwähnten Sonderrabatte, -besondere Preise für besondere Züge (wie „Metropolitan“ und „Sprinter“, zwei Zugmodelle, die laut-Bahnchef Mehdorn vermehrt eingesetzt werden sollen), -eine Vielzahl von Gruppen- und Familienrabatten.

Allein die hier genannte Vielzahl von Grundelementen des neuen Bahnpreis-Systems zeigt: Tatsächlich wird damit das Tarifgefüge komplizierter. Das neue System ist weniger durchschaubar als das bisherige. So lautet auch die nüchterne Bilanz der FAZ vom 6.7.01, auf dessen Leserschaft – zu einem größeren Teil Geschäftsreisende – das Bahn-Management angeblich in besonderem Maß abzielt: „Es hat für Kunden und Ökonomen so gut wie keinen Sinn, das Tarifwerk bewerten zu wollen. Denn man durchschaut weder seine betriebswirtschaftliche, noch seine gesamtwirtschaftliche, noch seine politische Ratio

II. Bahnfahren wird teurer

Bahnfahren wird mit dem neuen Bahnpreis-System insgesamt teurer und nicht billiger. Dafür sprechen der hohe Anteil des (insgesamt teurer werdenden) Nahverkehrs, die absehbare „Gleichsetzung“ von IC-/EC- u. ICE-Verkehr u. die Begrenzung der entfernungsabhängigen Vergünstigungen erst ab 140 Kilometer zurückgelegter Bahnfahrt.

90 Prozent der Bahnkunden (= Anteile am Verkehrsaufkommen) fahren im Nahverkehr. Laut bestehender Gesetzgebung handelt es sich bei dem „Schienen-Personennahverkehr“ um Verkehr im Entfernungsbereich bis 50 Kilometer oder um Schienenverkehr mit maximal einer Stunde Fahrtzeit. Gemessen an der Personenkilometer-Leistung macht der Nahverkehr 52 % aus (1999). Für das Marktsegment Nahverkehr sieht das Management der Bahn in jedem Fall höhere Preise vor. Die Rede ist von einer Erhöhung um zehn Prozent. Da der ehemalige InterRegio-Verkehr zunehmend dem Nahverkehr zugeschlagen wird (statt IR werden RE- und IRE-Züge eingesetzt), erhöht sich der Anteil des so (neu) definierten Nahverkehrs an den gesamten Verkehrsleistungen nochmals. Im

Fernverkehr liegt die durchschnittliche Reiseweite (je Fahrt) bei 220 Kilometer. Die neuen Rabatte mit einem sinkender Grundpreis je Kilometer sollen jedoch erst ab Entfernungen von 140 Kilometer „greifen“. Im Segment „über 140 km“ bewegt sich also nur ein Teil der Bahnkunden. Die Fahrgäste des Nahverkehrs – und damit rund die Hälfte der im Jahr zurückgelegten Personenkilometer – können ebenso wenig von diesen Verbilligungen profitieren wie die Fahrgäste im Fernverkehr, die auf Strecken bis 140 Kilometer verkehren. Viel befahrene Strecken wie Stuttgart — Mannheim oder Köln — Dortmund oder Hamburg — Bremen oder Hannover — Hamburg werden nicht preisgünstiger, sondern – u.a. wegen allgemein höherer Bahnpreise und niedrigeren BahnCard-Rabatts – teurer. Bisher zahlen Fahrgäste in IC/EC nur einen festen Zuschlag und ansonsten den Grundpreis je Kilometer mal der zurückgelegten Entfernung. Damit können Bahnkunden auf Verbindungen, auf denen außer ICE auch noch IC und/oder EC verkehren, teilweise erheblich preisgünstiger fahren. Wenn die Bahn nun als „einheitliches System“ im Fernverkehr nur noch Loco-Preise (Ort-zu-Ort-Preise) festlegen will, dann wird sie auch die Bahnpreise in IC/EC denen in den ICE anpassen (oder schrittweise ganz auf ICE-Züge umstellen). Ein Indiz für diese Absicht ist das eilfertige Umspritzen aller IC-/EC-Züge auf ICE-Farbgebung. Die damit ins Auge gefassten Verteuerungen werden eine wichtige Klientel treffen – die preisbewussten Nutzerinnen und Nutzer der Bahn. Das deckt sich im übrigen mit der allgemeinen Personal- und Finanzplanung der Bahn: Diese will in den kommenden Jahren bis zu 40 Prozent der Lok- und Triebfahrzeugführer im Fernverkehr und bis zu 10 Prozent der Lok- und Triebfahrzeugführer im Nahverkehr „einsparen“. Damit muss sie in erheblichem Maße auch ihr Angebot an Zügen reduzieren. Gleichzeitig geht das Bahn-Management von Mehreinnahmen im Personenfernverkehr von mehreren hundert Millionen Mark aus. Diese auseinander klaffenden Trends können nicht allein mit der Erwartung einer besseren Auslastung der Züge erklärt werden. Intern unterstellt das Bahn-Management ein INSGESAMT deutlich höheres Niveau der Bahnpreise. Mit einer solchen Verteuerung des Schienenverkehrs droht eine Schmerzgrenze erreicht zu werden. Das Bahn-Management gesteht selbst ein, dass Fahrgäste und Nichtnutzer der Bahn bereits die aktuellen Preise als „hoch“ oder „zu hoch“ bezeichnen (siehe Umfrage von „Stern“ u. VCD). Bahnfahren

wurde seit 1990 bereits um rund 40 Prozent teurer (die ICE-Aufschläge und der Ersatz von IC/EC und IR durch ICE eingerechnet). Diese Steigerung liegt deutlich über der allgemeinen Rate der Preissteigerung und über den Mehrkosten im Kfz-Verkehr. Die Kosten im Flugverkehr befinden sich sogar seit Jahren im Sinkflug. Viele innerdeutsche Verbindungen sind im Luftverkehr deutlich preiswerter als vergleichbare Bahnpreise. Das gilt übrigens gerade für das Segment der vorgebuchten Reisen. Bahn will erklärtermaßen dort konkurrieren, wo der Luftverkehr längst die Nase vorn hat. Das dürfte sich als Rechnung wider die Marktlogik erweisen

III. Einheitlichkeit des Bahnsystems wird zerstört

Mit dem neuen Bahnpreis-System wird erstmals ein Preissystem ausschließlich für einen Teilbereich der Bahn, für den Fernverkehr festgelegt. Es ist wenig kompatibel mit dem Preisgefüge im internationalen Bahnverkehr und mit demjenigen des wachsenden Anteils von Bahn-Betreibern, die nicht der DB AG angehören. Das neue Bahnpreis-System trägt auf drei Ebenen zur Zerstörung des einheitlichen Schienenverkehrs bei:

1. Erstmals wird mit dem „neuen Bahnpreis-System“ ein Tarifsystem geschaffen, das zu einem größeren Teil nur für einen Teilbereich des Schienenverkehrs gilt: für den (noch in Widerspruch zu bestehenden gesetzlichen Vorgaben definiertem) Schienen-Fernverkehr. Im (teurer werdenden) Nahverkehr der DB Regio soll offensichtlich das bisherige Preissystem (Entfernung mal Kilometergrundpreis) gelten. Das erhöht die Kompliziertheit des Systems für Fahrgäste und Management und wirft erhebliche Probleme in der Kommunikation, aber auch in der technischen Umsetzung auf. Es ist auffallend, dass das Bahn-Management von einem „neuen Bahnpreis-System“ sprechen kann, und von vornherein einen großen Teil des Bahnverkehrs dabei ausklammert.
2. Das neue Bahnpreis-System wurde seitens der DB AG nicht mit anderen Betreibern im Schienenverkehr abgesprochen. Der Anteil dieser anderen Betreiber soll jedoch – selbst nach Angaben der DB AG – weiter ansteigen. Sogar Relationen, die bisher zum Fernverkehr zählten, dürften in Bälde von anderen Betreibern befahren werden (z.B. ehemalige IR-Verbindungen). Es ist unklar, wie eine Bahnfahrt von A nach B berechnet wird, die teilweise (z.B. im End- oder Zwischenlauf) in einem Fahrzeug eines anderen Betreibers zurückgelegt wird.

3. Vergleichbares gilt für Bahnfahrten vom Inland ins Ausland (und umgekehrt). Es mutet grotesk an, wenn die Bundesregierung einerseits den Auf- und Ausbau internationale Hochgeschwindigkeits-Strecken fordert und fördert (z.B. im Rahmen der Transeuropäischen Netze – TEN), während die zu 100 Prozent in Bundeseigentum befindliche Bahn AG ein neues Tarifsystem vorstellt, in dem der internationale Schienenverkehr erst gar nicht angedacht wird.

IV. Der Nahverkehr ist Mehdorns Melkkuh

Das neue Bahnpreis-System orientiert darauf, den Nahverkehr weiter als „Melkkuh“ zu gestalten. Dabei ist nicht absehbar, dass die unakzeptable Politik, im Nahverkehr zu wenig zu investieren, beendet wird. Der Nahverkehr der Bahn wird bereits in erheblichem Maß durch Steuermittel finanziert. 13,5 Milliarden Mark Regionalisierungsgelder erhalten die Länder vom Bund, um damit bei der DB Regio (und anderen Betreibern) Nahverkehrsleistungen zu bestellen. Mit dem Fahrplanwechsel wurden ehemalige InterRegio-Verbindungen dem Nahverkehr zugeschlagen (sie werden nun als InterRegioExpress/IRE oder RE bedient). In einigen Fällen bedeutet dies, dass die Länder weniger andere Nahverkehre (RE, RB, SE) bestellen. In den überwiegenden Fällen werden diese ehemaligen Fernverkehre nun durch zusätzliche Landesmittel und perspektivisch durch einen Anstieg der Regionalisierungsmittel finanziert (Vgl. SZ vom 3.7.01). Zusammen mit dem neuen Bahnpreis-System wird so der Nahverkehr für die DB AG und insbesondere für deren Töchter DB Netz (Trassenpreise) und DB Reise/Touristik zu einer Melkkuh. Gemolken wird wie folgt: Die 13,5 Mrd. DM Regionalisierungsgelder (und zusätzliche Ländermittel für „Sonderlösungen“ zum Erhalt von IR-Verbindungen) fließen zum größten Teil der DB AG zu, was 60 Prozent der gesamten Einnahmen im Personenverkehr der DB AG ausmacht (1999: 13,5 von 22,5 Mrd. DM). Die Bahn investiert im Nahverkehr kaum in Strecken und zu wenig in Fahrzeuge, so dass die abgeführten Trassengelder anderen Netzteilen, vor allem dem Fernverkehr, zufließen, was eine Quersubventionierung bedeutet. Schließlich fließen der DB Regio die Einnahmen aus dem normalen Geschäft mit der Bahnkundschaft zu. Mit dem neuen Bahnpreis-System erfolgt nun gerade in diesem Sektor eine erhebliche Erhöhung der Bahnpreise – die Rede ist

von 10 Prozent. Dieser zusätzliche Betrag dürfte erneut der Quersubventionierung dienen. Zu recht hat der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Hans-Artur Baukhage das neue Bahnpreis-System in diesem Zusammenhang kritisiert: Die Länder, die sich zum Teil (wie Rheinland-Pfalz) erheblich und erfolgreich für den Schienen-Personenverkehr (vgl. den Pfalz-Takt-Verkehr) einsetzen, sehen sich nicht nur mit der massiven Vernachlässigung des Streckennetzes in der Fläche, sondern auch noch mit deutlich höheren Bahnpreisen im Nahverkehr konfrontiert.

V. Entwertung der BahnCard: Statt Mobilitätskarte Schnäppchenjäger-Ticket

Die Halbierung des Rabattsatzes der BahnCard stellt eine qualitative Entwertung dieser Karte dar. Aus einer Karte mit Mobilitätszugang soll ein Schnäppchenjäger-Ticket werden. Die Bahn verprellt damit ihre Stammkundschaft und gefährdet bis zu einem Drittel der Fernverkehrsfahrten. In den 80er Jahren stemmte sich die DB vehement gegen die Forderung nach einem „Halbpreis-Ticket“, dann „BahnCard“ genannt. Als diese auf Druck der Verbände und vor dem Hintergrund des großen Erfolgs in der Schweiz eingeführt wurde, erwies sie sich als relativer Erfolg. Die Kritik an der BahnCard lautete immer: Ihr richtiges Prinzip „halber Preis“ werde unterlaufen von den vielen Sonderrabatten. Mit dem neuen Bahnpreis-System ist eine qualitative Abwertung der BahnCard verbunden. Mit diesem Ticket lässt die DB AG nicht mehr kundenfreundlich mit sich „halbe-halbe“ machen. Vielmehr macht nunmehr die Bahn mit dem Rabatt kundenfeindlich halbe-halbe. Heute gibt es drei Millionen BahnCard-Besitzer. Wie die Statistik zeigt, bilden diese einen erheblichen Teil der Stammkundschaft. Ein BahnCard-Inhaber realisiert jährlich im Schnitt acht Fernverkehrsreisen, hin und zurück also 16 Fahrten im Jahr – in der Gesamtsumme rund 50 Millionen Fernverkehrsfahrten (3 Mio. mal 16). Die Gesamtzahl aller Fernverkehrsfahrten bei der DB AG liegt im Jahr 1999 bei „nur“ 146 Millionen (Anmerkung: 1997 waren es noch 152 Mio.). Das aber heißt, dass die BahnCard-Kunden bis zu einem Drittel des Fernfahrverkehrs realisieren. Wer diese Klientel verunsichert und ihren Zugang zum Bahnfahren erschwert, der verunsichert die Stammkundschaft und

gefährdet einen Kernbestandteil der Bahneinnahmen. Genau dies erfolgt mit der Halbierung des BahnCard-Rabatts. Auch wenn die „BahnCard 25%“ für einen Teil der Kunden preiswerter sein wird und auch wenn der 25-Prozent-Rabatt zusätzlich andere Angebote verbilligt, so gilt doch: Der Bahnnutzer mit BahnCard, der vier Schienenfernfahrten im Jahr realisiert, steht mit „BahnCard 25%“ schlechter da als zuvor mit „BahnCard 50%“.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß junge Erwachsene (unter 26 Jahre) und Seniorinnen und Senioren (über 60 Jahre) – also nicht unerheblich große Bahnfahrergruppen – bereits heute nur 153 DM für den Erwerb einer Bahn-Card bezahlen. Für diese Kundschaft liegt die Ersparnis im Vergleich zur geplanten BahnCard weit geringer. Umgekehrt wird für sie beim neuen Bahnpreis-System das Bahnfahren „weit früher“ – bereits ab der zweiten Bahnfernfahrt – teurer. Diese Gruppen stellen sich in jedem Fall schlechter. Beim neuen Bahnpreis-System und beim Thema BahnCard geht es – wie bei jedem Marketing – in erheblichem Maß um Psychologie. Der Begriff BahnCard als Mobilitäts-Zugang ist durchaus richtig. Doch eine Universal-Karte mit einem 25-Prozent-Rabatt wird diesem Begriff nicht mehr gerecht. Nicht zufällig nennt das Bahn-Management die „neue BahnCard“ erst als „dritte Säule“ des neuen Bahnpreis-Systems. Sie verprellt mit der Entwertung der BahnCard ihre Stammkundschaft – ein schwerwiegender Fehler, den ein angeblich kundenorientiertes Unternehmen nicht begehen darf.

VI. Wirklichkeitsfremde Frühbucher-Rabatte

Rabattsätze für Frühbucher mögen als zusätzliches Element im Bahnpreisgefüge Sinn machen. Darauf zu setzen, dass die traditionelle Kundschaft Hin- und Rückfahrt „zugeneigt“ plant, ist wirklichkeitsfremd. Nun argumentiert das Bahn-Management, erst die BahnCard-Rabatte zusammen mit den erheblichen Rabatten im Rahmen des Frühbuchungssystems machten das gesamte neue Bahnpreis-System attraktiv. Tatsächlich würde – Kilometerpreise von 30 Pfennigen für die Hälfte und von 22 Pfennigen für die andere Hälfte der Entfernung unterstellt – eine Fahrkarte Berlin – Köln und zurück bei einer Buchung 7 Tage im voraus ohne BahnCard 186,- DM kosten (bei 3 Tage im voraus 226,-DM). Mit BahnCard 25% wären es 141,-DM (bei 3 Tagen im voraus: 177,-DM). Im Vergleich zur BahnCard 50% (190

DM) scheinen das auf den ersten Blick Verbilligungen zu sein. Doch hier handelt es sich um irreführende und wirklichkeitsfremde Rechnungen:

Erstens entfallen mit dem neuen Bahnpreis-System alle anderen aktuellen Rabatte – etwa das Guten-Abend-Ticket (ab 19 Uhr; Kostenpunkt: 69,- DM) oder der Super-Sparpreis. Wer heute diese Rabattmöglichkeiten wählt bzw. wählen kann, liegt beim „Guten-Abend-Ticket“ wesentlich günstiger als beim niedrigsten Fahrpreis im neuen System. Im Vergleich zum Super-Sparpreis heute (249,- DM) wird die Reise Berlin — Köln — Berlin mit dem geplanten Preissystem ohne BahnCard ca. 300,- DM kosten und damit teurer. Nur wenn 7 oder 3 Tage im voraus gebucht werden kann, lägen die Preise mit 186,- DM bzw. 226,- DM niedriger. Zweitens stellt sich die Frage: Wer kann real so planen und sieben Tage im voraus die exakten Züge für die Hinfahrt und für die Rückfahrt festlegen? Drittens kommt hier hinzu, dass die Bahn verschweigt, dass beim 7-Tages-Frühbucher-Rabatt zwischen Hin- und Rückfahrt ein Wochenende liegen muss. Damit reduziert sich der potenzielle Kundenkreis nochmals erheblich. Viertens ist das Risiko bei Nichtantritt der Fahrt erheblich, weil die Rückerstattung nur mit größeren – bisher nicht quantifizierten – Abschlägen erfolgt.

Fünftens besteht die Unklarheit: Was ist, wenn ein Anschluss nicht klappt? Die Widersinnigkeit des Vorbuchungs-Rabatt-System wurde in der Freiburger „Zeitung zum Sonntag“ gut auf den Punkt gebracht: „Mit der Tarifreform wird die Bahn ihr Ziel vor allem deshalb nicht erreichen, weil sie von ihren Kunden verlangt, was sie selbst nicht zu leisten vermag: auf die Minute genau zu planen.“ (8.7.2001).

Sechstens gibt es schließlich das entscheidende Manko: Der Kunde kann gerade nicht planen – er lässt sich gewissermaßen auf ein Glücksspiel ein. Denn die Bahn kann im Frühbuchungssystem nur eine begrenzte Zahl der Plätze reserviert halten. Hat ein Fahrgast seine Planung für Hin- und Rückfahrt ausgetüfelt und versucht er zu buchen, dann kann es sein, daß alles „ausgebucht“ ist. Diesen Aspekt hat das Blatt „Financial Times Deutschland“ – ebenfalls ein Blatt, auf dessen Kundschaft das Bahnmanagement offiziell abzielt - aufgegriffen: „Einen neuen Geist sollen die neuen Preise in die Bahn bringen, aggressiven Wettbewerb ... Brunotte, die Leiterin Preis- und Erlösmanagement bei der Bahn AG, fängt (bei der Pressekonferenz; d. Verf.) schon mal

an – mit einem Satz, der den Marketing-Leuten das Blut in den Adern stocken lässt: „Die Kunden werden sehr schnell lernen, was ausverkauft heißt“, sagt sie mit einem Selbstbewusstsein, als könnten sich die Kunden nichts Schöneres wünschen, als von der Bahn keine Fahrkarte verkauft zu bekommen.“ (Financial Times Deutschland vom 6.7.2001).

Im übrigen mangelt es dem neuen Rabattsystem auch an einer betriebswirtschaftlichen Logik. Indem sehr preiswerte Tickets nur dann angeboten werden, wenn sehr früh gebucht wird, verfährt das Management der Bahn umgekehrt wie die Luftfahrtgesellschaften. Diese haben ein besonderes „Billigfenster“ kurz vor dem Abflug – die Last-Minute-Tickets. Das macht Sinn: Noch nicht verkaufte Tickets kommen in den „Schlussverkauf“.

VII. Massive Nachteile für Pendler mit BahnCard

Es gibt mehr als hunderttausend treue Bahnkunden, die bestimmte Strecken im Jahr oft fahren und dafür die BahnCard nutzen, weil sich eine Streckenmonatskarte für sie nicht rechnet und weil die Fahrten sich nicht innerhalb eines Verkehrsverbundes bewegen. Für sie wird die Halbierung des BahnCard-Rabatts zu einer massiven Benachteiligung führen. Unsere Gesellschaft entwickelt sich – ob man das gut findet oder nicht – in eine Richtung, in der gerade diese Art Mobilität an Bedeutung gewinnt. Stichworte: Teilzeitarbeit; Zunahme freiberuflicher Arbeit; Flexibilisierung. Wenn diese reale und potentielle Klientel verprellt wird, dann wird erneut ein wachsendes Marktsegment reduziert und ignoriert.

Beispiel: Pendler-Bahnfahrten mit „BahnCard 50%“ im Vergleich zur „BahnCard 25%“. Die Verteuerungen können hier enorm sein, zum Beispiel im Falle eines solchen regelmäßigen Pendlers auf der Strecke Bad Endorf bei Rosenheim nach München: Normale Fahrtskosten 40,40 DM hin und zurück. Mit BahnCard (50%) = 20,20 DM. Bei wöchentlich zwei Fahrten sind das im Monat 161,60 DM. Bei BahnCard 25% kostet diese „Gelegenheits-Pendelei“ monatlich rund 242,- DM. Das sind jährlich 12mal 80,- DM oder knapp 1000 DM mehr. Hier gibt es keinerlei „Ausweg-Rabatt“, da dieser erst ab 140 Kilometer Entfernung zählt.

VIII. Familienfreundliche Sonder-Rabatte bei Abschaffung des Schöne-Wochenende-Tickets

Das neue Bahnpreis-System bietet familien- und gruppenfreundliche Rabatte. Sie entwertet diese Angebote jedoch, indem sie das erfolgreiche Familien- und Gruppenticket, die „Schöne-Wochenende-Karte“ abschaffen will. Die familien- und gruppenfreundlichen Elemente des neuen Bahnpreis-Systems sind zu begrüßen. Sie sollten jedoch dazu dienen, NEUE KundInnen zu gewinnen. Abzulehnen ist jedoch das nun vorgestellte Modell, bei welchem diese Vorteile begleitet und kompensiert werden durch Nachteile, die die traditionelle Bahnkundschaft haben wird, die im übrigen schon heute erhebliche Mitfahrer-Rabatte nutzen kann. Gruppenfahrten waren immer Sonderfahrten. Damit sind Bahnpreise für Gruppen und Familien Sonderpreise. Das wird auch in der Zukunft so sein. Wir leben in einer individualisierten Gesellschaft, in der – aus strukturellen Gründen – die kollektiv organisierte Mobilität kontinuierlich rückläufig war und ist. So sank z.B. in den letzten 25 Jahren der durchschnittliche Besetzungsgrad je Pkw von knapp 2 auf derzeit rund 1,2 Personen. Auch Bahnfahrten findet in der Regel individuell statt. Insofern betreffen die Modelle für günstige Reisen als Familie und in Gruppen im Alltagsverkehr (werktags) eine zahlenmäßig eher geringe und tendenziell abnehmende Bevölkerungsgruppe (Stichwort: wachsendes Durchschnittsalter der Bevölkerung). Anders allerdings verhält es sich am Wochenende. Doch hier gibt es, wenn auch orientiert auf die preisbewußte Kundschaft - bereits ein spezifisches Familien- und Gruppenticket: das „Schöne-Wochenende-Ticket“. Dieses zielt exakt auf denjenigen Zeitraum, an dem Familien- und Gruppenfahrten in großem Umfang stattfinden. Dieses Ticket ist – trotz einiger Beschränkungen – bis heute ein großer Erfolg. Es „greift“ im übrigen genau dann, wenn die Nahverkehrszüge wenig besetzt sind, das heißt: Diese werden damit ausgelastet. Dieser Rabatt findet sich bei der Auflistung des neuen Bahnpreis-Systems nirgendwo. Meldungen, wonach die Streichung dieses Tickets vorgesehen ist, werden von der Bahn nicht dementiert oder zweideutig kommentiert. Damit droht die Einführung von familienfreundlichen allgemeinen Rabatten von der Abschaffung eines familien- und

gruppenfreundlichen Tickets begleitet zu werden.

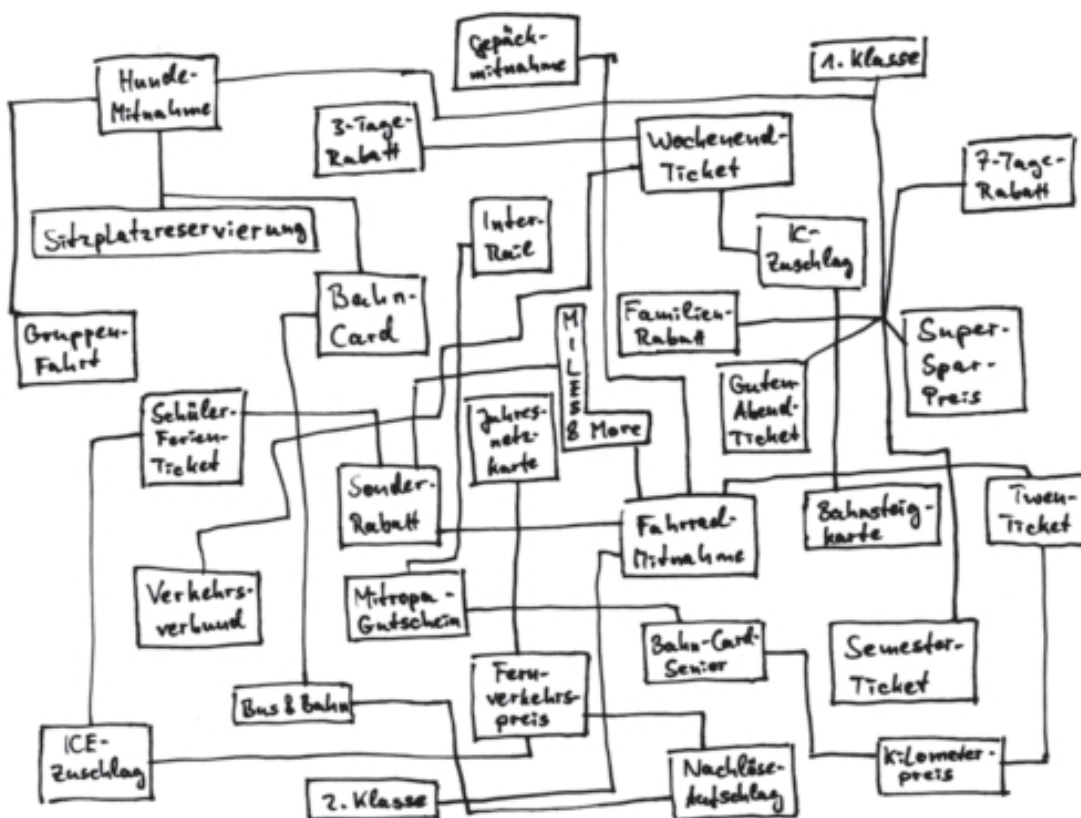
IX. Generelles Verspielen von Systemvorteilen

Die Bahn hat in der Vergangenheit bereits systematisch die Vorteile, die der Schienenverkehr gegenüber der Konkurrenz von Straße und Flugzeug hat, verspielt. Mit dem neuen Bahnpreis-System wird dieser fatale Kurs beschleunigt – u.a. indem der freie Zugang zum Schienenverkehr (z.B. durch wachsende Reservierungspflicht) erschwert wird. Das Top-Management der Bahn dekretiert damit den Kurs einer Umerziehung für die traditionelle Bahnkundschaft – ein markanter Fehler, der bereits im ersten Semester Betriebswirtschaft abgestraft werden würde. Bahnfahren solle dann teuer sein oder werden, wenn der Kunde „spontan“ die Bahn nutzen wolle – so das „moderne“ Management der Bahn. Diese seltsame Kritik des „Spontaneismus“, die einem bürokratisch-planwirtschaftlichen Politbüro gut zu Gesicht stünde, wurde von einem Leser der „SZ“ vom 13.7.01 wie folgt kritisiert: „Geradezu unglaublich wird es, wenn ... als ,gu-

tes Argument‘ für den Bahnchef verbucht (wird), dass die Bahnkunden nicht länger fahren dürfen, ‚wie sie wollen‘, sondern ‚wie sie sollen‘, das heißt, wie es der Bahn genehmer ist.“. Damit wird die Bahnführung den zentralen Systemvorteil der Bahn aufgeben, wonach man mit dieser bisher nicht an lange Vorplanungen gebunden ist. Bei dem Verspielen von solchen Systemvorteilen handelt es sich im übrigen um den Kern dessen, weshalb der Schienenverkehr – nicht nur mit dem neuen Bahnpreis-System – in die Misere rollt. Die entscheidenden Systemvorteile der Bahn bestehen darin, dass sich in relativer Nähe der potentiellen Fahrgäste ein Bahnhof mit besetztem Schalter befindet, von diesem einigermaßen regelmäßig (am besten im Takt) Züge abgehen, in einen solchen Zug nach dem eigenen Zeitwunsch zugestiegen werden kann und dieser pünktlich fährt, es in dem Zug freie Plätze gibt, es in dem Fernverkehrszug andere Annehmlichkeiten wie ein Zugrestaurant gibt und der Fahrgast auf diese Weise mit Komfort, sicher und pünktlich zum Ziel gelangt. Die landauf, landab geübte Kritik an der aktuellen Bahn lautet: Züge in der Fläche werden ausgedünnt (In-

ter-Regio-Sterben). Die Abstimmung von Nah- auf Regional- und Fernverkehr lässt zu wünschen übrig (kein / zu wenig integrierter Taktverkehr). Die Züge verkehren zunehmend unpünktlich. Das Zugrestaurant soll laut Mehdorn abgeschafft werden. Zunehmend findet man keinen Platz im Zug oder bei Überfüllung nur im berüchtigten „Komfortbereich Teppichboden vor ICE-WC“). Und vor allem: immer mehr Bahnhöfe werden geschlossen oder haben keine offenen Schalter. Hier gibt es einen interessanten Bezug zur Vorstellung des neuen Bahnpreissystems: Noch hat die DB AG 5200 Bahnhöfe. Demnach müsste es in einem umfassenden Loco-Preissystem rund 27 Millionen Verbindungen geben (5200 mal 5200 minus 1). Das Bahn-Management unterstellt bei der Gesamtzahl von 20 (oder gelegentlich 22) Millionen Verbindungen, die es im neuen Bahnpreissystem geben würde, bereits einen weiteren Abbau der Zahl der Bahnhöfe um bis zu 500. Auch wenn noch niemand diesen Umstand erwähnte, so lässt er doch eine wichtige qualitative Aussage zu: Die Bahn setzt ihren Rückzug als weitgehend flächendeckendes Verkehrssystem fort – auch und gerade mit dem neuen Preis-

system Auch die nunmehr massiv ausgedehnte Reservierungspflicht für die neuen Sonderrabatte verschlechtert die Systembilanz. Wer preiswert reisen will, muss sich mehrere Tage vorher festlegen. Der Anteil der reservierten Plätze im Zug wird steigen – Zuggäste, die wie bisher „zusteigen“ wollen, haben noch öfter als bisher das Nachsehen, weil der Zug überfüllt ist. Weiterhin gibt es bisher den „Systemvorteil“, dass man mit einem „normalen“ Bahnticket die Reise beliebig oft unterbrechen konnte. Diese Möglichkeit wird bei dem neuen Bahnpreis-System aufgrund des weit höheren Anteils von reservierten Tickets und den Rabatten, die nur für vorab definierte Züge gelten, reduziert. Mehdorn meint, die „Grundphilosophie des Bahnfahrens“ werde sich mit dem neuen Tarifsystem „ändern“. Tatsächlich ist zunächst festzustellen: Das Bahn-Management will gegen die Grundphilosophie des Bahnfahrens verstoßen. Es will mit dem neuen Bahnpreis-System eine umfassende Umerziehung der Fahrgäste realisieren. Dabei zeigt der Praxistest seit Oktober 99, dass das



Die Bahn-Tarife werden übersichtlicher

Ziel, die „Grundphilosophie zu ändern“, nicht gelingen wird. Seit diesem Datum kann man im Internet mit „Surf & Rail“ sehr preiswert Tickets buchen – für bestimmte Tage im Voraus und für feststehende Züge. Tatsächlich sind seither im Schnitt täglich 300 Tickets verkauft worden. In den letzten Wochen sollen es teilweise 1000 Kunden am Tag gewesen sein. Immer noch eine lächerliche Größe bei den 400.000 Menschen, die täglich im Fernverkehr eine Zugfahrt unternehmen.

X. Verprellen der Stammkundschaft und Orientierung auf die falsche Klientel

Die Orientierung des neuen Bahnpreis-Systems am Geschäftsreise- und am Flugverkehr entspricht möglicherweise der beruflichen Herkunft der Planenden, sie widerspricht jedoch den Grunddaten des bestehenden Schienenverkehrs. Es stellt sich die Frage: Auf welche Kunden orientiert das Bahn-Management im allgemeinen und das neue Bahnpreis-System im besonderen? Es sind in erster Linie Geschäftsreisende. Teilweise auch Menschen, die derzeit regelmäßig im Inland fliegen. Ganz offen wird allort darauf verwiesen, dass bei der Bahn eine ganze Gruppe von ehemaligen Lufthansa-Leuten eingerückt sei und dem Tarifsystem – zusammen mit dem langjährigen Airbus-Manager Mehdorn – zu Leibe rückte – nach Philosophie dieser Airline. Doch die Ausrichtung an Geschäftsreisenden und dem Flugzeug erweist sich für den Bahnverkehr als falsch. Das Segment der Geschäftsreisenden macht auch im Fernverkehr nur 10 bis 15 Prozent aus. Das neue Bahnpreis-System erweckt hier in keiner Weise den Eindruck, als könne es im großen Umfang mehr Geschäftsreisende in die Züge locken. Das aufwendige Rabattsystem mit Vorbuchungen ist für diese Klientel weitgehend illusorisch. Das gilt insbesondere für den eigentlichen attraktiven Rabatt beim 7-Tage-Vorbuchen: Oder will „das pfiffige Kerlchen“ Mehdorn seine Manager-Kollegen umerziehen, damit sie ihre Termine so plazieren, dass ein Wochenende zwischen Hin- und Rückfahrt liegt? Die Bahn ist ein Massenverkehrsmittel, das in erster Linie den Bedürfnissen der Alltagsmobilität gerecht werden muss. Hier sind lange Planungen im voraus wirklichkeitsfremd oder nur möglich für Manager mit Büro und Sekretärin, die dann noch oft Reservierungen für mehrere aufeinander folgende Züge vornehmen. Das

belegen allein die Grunddaten: Im Jahr 99 hatte der gesamte Inlands-Flugverkehr 20,3 Millionen Passagiere. Davon waren 6,4 Millionen Umsteigende von und zu Auslandsflügen, so daß es real nur rund 14 Millionen reine Inlandsflüge waren. Bei der DB AG gab es im Jahr 1999 im Fernverkehr jedoch zehn Mal mehr, nämlich 146 Millionen Reisende, und im Nahverkehr 1534 Millionen Reisende. Auch ist eine Orientierung am Buchungssystem der Fluggesellschaften für die Bahn nicht sinnvoll. Der durchschnittliche Bürger unternimmt nur wenige Flüge im Jahr. Diese Flüge kann er zeitlich weit im Voraus bestimmen und dabei nach günstigen Charter-Tarifen usw. Ausschau halten. Geschäftsreisende, die oft fliegen, lassen sich ihre Tickets meist von einem Büro besorgen. Vor allem aber gilt: Eine solche Buchungsweise wird einem Massenverkehrsmittel und dessen Stammkunden nicht gerecht. Nur ein Bruchteil wird eine „weitsichtige“ Buchung bei derart vielen Risiken vornehmen.

XI. Zuständigkeit des Bundestages

Laut Bundesgesetzen und -verordnungen gehören auch die Bahnpreise in die Zuständigkeit des Bundestages. Weitere Ausführungen dazu siehe: <http://www.winfried-wolf.de>

XII. Die Alternative Oder: Wie müsste ein überzeugendes Bahntarif-System aussehen?

Ein alternatives Bahnpreis-System muss ins Zentrum Transparenz, leichte Zugänglichkeit und zwei Arten von Mobilitätskarten stellen: Die BahnCard mit dem uneingeschränkten Halbpriß-Rabatt und das – neue – General-Abonnement, eine für die breite Bahnkundschaft preislich attraktive Jahres-Netzkarte mit günstigen Kombinations-Möglichkeiten für Familien und Lebensgemeinschaften.

Vier Elemente kennzeichnen ein alternatives Bahnpreis-System, das tatsächlich mehr Verkehr auf die Schiene bringen und die Einnahmen der Bahn deutlich erhöhen kann:

Element 1:

Ein akzeptabler und eingängiger Grundpreis je Kilometer. Derzeit sind dies rund 29 Pfennige, was aber aufgrund der vielen Sondertarife eher fiktiv ist. Transparenz heißt dann:

Grundpreis mal Entfernung gleich Grundpreis des Tickets. Das muß zumindest als Grundorientierung für den Fahrgast gelten.

Element 2

Ein FIXER Aufschlag beim ICE (anstelle des bisherigen relationsabhängigen Aufschlags) Da der ICE inzwischen im Fernverkehr nicht mehr die Ausnahme, sondern eher die Regel ist, ist es falsch und nicht vermittelbar, ICE-Fahrten mit kilometerabhängigen Sonderzuschlägen zu befrachten. Auf reinen Neubau und Ausbaustrecken mit Hochgeschwindigkeitsverkehr ist das Beibehalten eines reinen Loco-Systems denkbar.

Element 3

Grundsätzlich muss es beim BahnCard-Halbpriß (50% Rabatt) bleiben. Damit würde die BahnCard für gelegentliche und Oft-Bahnfahrer im Zentrum des Systems stehen. Verkehrsverbünde müssten einbezogen werden (d.h. die Bahn muss den Verbänden Angebote machen, damit die BahnCard auch für die Verbund-Bereiche akzeptiert wird).

Element 4

Ein zweite zentrale Zugangskarte zum Schienenverkehr: Die NetzCard. Dies müsste die Jahreskarte sein. Hier ließe sich am großen Erfolg des Schweizer „Generalabonnements“ anknüpfen. 1,9 Millionen Schweizerinnen und Schweizer haben diese Karte – umgerechnet auf die bundesdeutsche Bevölkerung entspräche das einem Marktpotential von gut 20 Millionen Jahres-Stammkunden! Bei der Deutschen Bahn ist jedoch das Angebot der Jahresnetzkarte (in der 2. Klasse) nur auf eine Mini-Klientel zugeschnitten.

Zu Element 3 und 4:

Bei den Rabatten müssen beide Mobilitäts-Zugangskarten im Zentrum stehen: die BahnCard mit dem „halbe-halbe-Rabatt“ und das Generalabonnement, eine massenhaft nutzbare Netzkarte. Mit beidem wird die Logik des Autofahrers übernommen. Dieser argumentiert, er habe das Auto mit seinen Fixkosten bereits; je mehr er es nutze, desto „ökonomischer“ verhalte er sich, indem er diese Fixkosten auf viele Fahrten verteile. Ähnliches gilt bei der Logik einer Bahn- bzw. einer NetzCard – man „fährt die Karte ab“.

Diese beiden zentralen Mobilitäts-Zugangskarten „BahnCard“ und „General-Abonnement“ oder „NetzCard“ müssten familien- und lebenspartnerschafts-freundliche Elemente haben. Ideal wäre es, wenn auf diese

Weise zu einem angemessen festen Preis die Mitglieder einer Familie oder einer Lebensgemeinschaft jahraus jahrein Zugang zum Schienenverkehr haben. Zusammen mit einem entsprechenden Ausbau der Bahn als Flächenbahn würde die Bahn zu einer ernsthaften Alternative zum Autoverkehr.

Alles Utopie?

Die benachbarte Schweizer Bahn verkehrt weitgehend nach einem Tarifmodell, wie es oben beschrieben worden ist – mit dem Erfolg, dass in der Schweiz jede Bürgerin und jeder Bürger mehr als doppelt so viele Bahn-Kilometer im Jahr zurücklegt als Bürgerinnen und Bürger der BRD: 1850 km in der Schweiz gegen-über 891 km in der Bundesrepublik Deutschland – und dies bei einem Land mit einer durchaus ähnlich hohen Pkw-Dichte und einer Grundfläche, die weniger als einem Achtel der deutschen entspricht. Im übrigen weist die Bahn heute nicht deshalb oft übervolle Züge aus, weil sich die Bahnkundschaft zur falschen Zeit in die Züge drängt. Dieses Argument seitens des „modernen“ Bahnmanagements klingt exakt so wie die Denke, die in der Regel der „Behördenbahn“ unterstellt wird. Danach gibt es keine Fahrgäste, wohl aber „Beförderungsfälle“. Das in der Regel arbeitsfreie Wochenende und somit die 5-Tage-Arbeitswoche sind immerhin eine gesellschaftliche Realität. An dieser Realität – also an den Kundinnen und Kunden – muß sich das Bahnmanagement und muß sich ein Fahrpreissystem orientieren. Wenn die Bahn zu diesen Stoßzeiten über zu wenig Kapazitäten verfügt, dann liegt zunächst einmal nicht die Gesellschaft, sondern das Unternehmen Bahn falsch. Das ist belegbar – nicht die Fahrgäste wurden mehr, sondern das Angebot wurde verknappt. Im Zeitraum von 1993 bis 1999 wurde allein die Zahl der täglich verkehrenden Fernverkehrs-Reisezüge von 6945 (einschließlich Eilzüge) im Jahr 1993 auf nur noch 1441 reduziert. Zwar stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der täglich verkehrenden Nahverkehrszüge von 25.044 auf 29.036, wobei ehemalige Eilzüge zu RegionalExpress-Zügen wurden. Per Saldo waren damit 1999 aber täglich rund 1500 Züge weniger unterwegs als im Jahr 1993! Die neuen Veränderungen mit dem Fahrplanwechsel vom 10. Juni 2001 – Wegfall von IR-Verbindungen – setzen diesen Trend fort. Und bis 2003 will das Bahnmanagement noch mehr Fernverkehrszüge einstellen – und in der Gesamtbilanz noch weniger Züge einsetzen. Nicht zuletzt durch das Ausrangieren der angeblich überzähl-

gen Loks und Reisezugwagen wurden in gravierendem Maß Platzkapazitäten im Personen-Fernverkehr, aber auch insgesamt bei der Bahn beseitigt. Daß es sich um einen recht einseitigen Prozeß handelt, zeigt ein Blick in die Zweite und Erste Klasse am Wochenende: Während die Züge der Zweiten Klasse hier meist übervoll sind, liegt der Besetzungsgrad in der Ersten Klasse oft bei 20 und weniger Prozent. Das neue Bahnpreissystem wirkt abschreckend. Es ist geeignet, einen weiteren Exodus aus den Zügen zu bewirken und Straßen noch mehr zu bevölkern und den Luftverkehr noch mehr zu puschen. Vor allem aber wirkt dieses neue Fahrpreissystem abschreckend auf die Stammkundschaft der Bahn.

Umgekehrt könnte ein Bahnpreissystem, das sich an den oben genannten Kriterien orientiert, die Bahn zu einer attraktiven Alternative zu Straße und Schiene machen. Das würde allerdings erfordern, daß der Kurs der Bahn an die Börse gestoppt und der Bund sich für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur – wie in Grundgesetz Artikel 87 grundsätzlich vorgesehen und wie bei Straße, Flugverkehr und Binnenschifffahrt praktiziert – verantwortlich erklärt. Mit einer solchen Orientierung würden im übrigen auch Hunderttausende Arbeitsplätze in der Bahnindustrie, bei der Bahn und bei den Instandhaltungswerken erhalten oder neu geschaffen werden. Es ist grotesk, wenn in diesen Tagen die Schaffung von fünf- bis zehntausend neuen Arbeitsplätzen durch

den Bau eines BMW-Autowerks bei Leipzig gefeiert wird und dafür allein eine halbe Milliarde Mark Steuergelder gegeben werden, während gleichzeitig bei der Bahn und in der Bahnindustrie jährlich 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze vernichtet werden – wofür ebenfalls Steuergelder in Form von Arbeitslosenunterstützungen und Sozialhilfe zu leisten sind.

Es ist makaber, wenn in Bonn die Klimakonferenz mit einem traurigen Ergebnis abgeschlossen und auf dieser langatmig beklagt wird, daß der massiv ansteigende Luftverkehr in erheblichem Maß zur Klimaverschlechterung beiträgt. Gleichzeitig fördert die SPD-Grünen-Regierung den Bau des Airbus-Jumbo A3XX / A380 mit bis zu 2 Milliarden Mark Steuergeldern (davon eine halbe Milliarde Mark direkte Subventionen). Dabei basiert die Rentabilität des A380 darauf, daß sich der Flugverkehr in den nächsten zehn Jahren ein weiteres Mal verdoppelt.

Umweltverbände wie der VCD und der BUND untergraben weiter ihre Glaubwürdigkeit, wenn Sie das neue Preissystem „begrüßen“. Der Fahrgastverband Pro Bahn ließ verlautbaren: »Das neue System geht in die richtige Richtung«. Diese Unterstützung ist, wie die obigen Ausführungen zeigen, durch nichts gerechtfertigt.

Die offiziell verkündete Politik eines „Vorrangs Schiene“ wird heute Tag für Tag Lügen gestraft. Sie muß endlich Wirklichkeit werden!



Autofreier Hochschultag

Über 40 Hochschulen setzen Zeichen gegen steigenden Individualverkehr und für Mobilität im Umweltverbund!

Bundesweite Presseerklärung

Der jährliche Autofreie (Hoch-) Schultag (AfH) im Rahmen der Mobil ohne Auto-Aktionswoche fand dieses Jahr bundesweit am Dienstag, 19.06. statt. Eine Rekordzahl von 43 Hochschulen plus einigen Schulen folgten dieses Jahr einem Aufruf des Bundesträgerkreises Mobil ohne Auto (MoA) und der BSÖ e.V. und setzen viele neue phantasievolle Aktionen gegen Auto- und Flugwahn und für einen attraktiven Umweltverbund.

An der Universität Heidelberg, der Uni Konstanz, der FH Rüsselsheim/Wiesbaden und der HU Berlin, Uni/FH Bochum, Uni/FH Hamburg u.a. werden Parkräume alternativ für ÖPNV-Benutzer, RadfahrerInnen, Skater sowie von Kindern und Jugendlichen für alternative „Parkraumbewirtschaftung“ mit Musik und Street-Painting beansprucht. An vielen Hochschulen sind die Parkplätze offiziell per Beschluss geschlossen.

Rad-Rallyes „Wir treten fleißig für Tempo 30“ z.B. an der HU Berlin und Pacour z.B. Uni Osnabrück, sowie Straßensperrungen finden z.B. in Leipzig statt. An der HU Berlin, der Universität Konstanz u. a. ruft auch die Universitätsleitung offiziell zum Autofreien Hochschultag auf.

Zentrales Thema des AfH wird das seit 1991 in Deutschland eingeführte SemesterTicket sein. Mit diesem Solidarfahrtschein senken inzwischen 70 % der StudentInnen die MIV. StudentInnen und andere Hochschulangehörige haben an diesem Tag die Möglichkeit, auch Modelle des JobTickets und alternative öffentliche Mobilitätskonzepte zu diskutieren, die die Nutzung des Öffentlichen Verkehrs deutlich erhöhen.

Studierendenschaften und Universitätsleitungen freuen sich über die Teilnahme und Unterstützung vieler Verkehrsbetriebe an diesem Autofreien Hochschultag. Auch die Umweltverbände sind mit Ständen, Fahrradwerkstätten und Büchertischen vertreten.

Die BSÖ e. V. erklärt zum Ziel des Autofreien Hochschultages:

Die Hochschulangehörigen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr. Sie fordern mit phantasievollen Aktionen wie Sektempfängen und Kursbuchlesewettbewerben etc., daß die jahrzehntelange Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und die steuerliche Benachteiligung des ÖPNV endlich beendet wird! Die unvermeidbaren externen wie internen Kosten sind nach dem Verursacherprinzip zu erheben. Der Mißstand, das die Nutzer des MIV nur für 30 % der Kosten aufkommen, muß umgehend korrigiert werden!



Wir brauchen eine Wende in der Verkehrspolitik und im Mobilitätsverhalten. Der AfH fordert zur aktiven Teilnahme auf, setzt ein öffentliches Zeichen und präsentiert die Alternativen zum Auto.“

Mobil ohne Auto fordert seit 1981 einen Politikwechsel nicht nur im Bundesumwelt- und Verkehrsministerium, sondern durch örtliche vernetzte Aktionen auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen.

Bundesträgerkreis

Im Bundesträgerkreis Mobil ohne Auto (MoA) haben sich folgende Umweltorganisationen zusammengeschlossen: autofrei leben e.V., BSÖ e.V., B.U.N.D. e.V., Fußgängerschutzverein FUSS e.V., GRÜNE LIGA e.V., ROBIN WOOD e.V., UMKEHR e.V., und weitere solidarische Organisationen.

Ausgewählte Tips und Hinweise zum AfH:

„<http://www.mobilohneauto.de>“
MoA und AfH-Aktionsmaterial, Liste der am AfH teilnehmenden Hochschulen
„<http://studis.de/bsoe>“
Umwelt- u. Verkehrsreferate, Übersicht Semesterticket an den Hochschulen
„<http://www.asta.uni-konstanz.de>“
Veranstaltungen der Universität Konstanz
„<http://www.stura.uni-leipzig.de>“
Veranstaltungen der Universität Leipzig
„<http://www.refrat.hu-berlin.de/oeko>“
I. HU-Rad-Wettfahrt an der Humboldt-Universität zu Berlin



Fahrrad Demo zum AfH an der HU Berlin

Wo sollen die Löffelenten landen?

Neue Fieger am Mühlenberger Loch können bald starten

Es ist unwiederbringliche Realität. Mit einem riesigen Arbeitstempo wird das unter fünffachem Schutz stehende tideabhängige Watt „Mühlenberger Loch“ zugeschüttet und trockengelegt, um dort den bisher noch nicht heimischen Motorvogel mit der Klassifizierung A380 neu anzusiedeln.

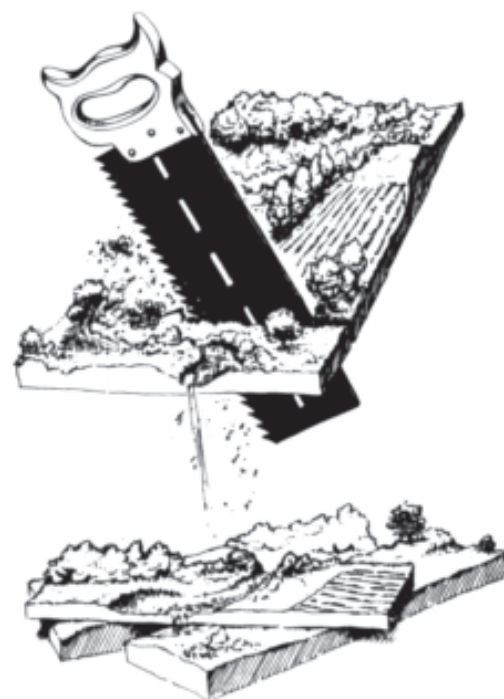
Für ein „Gehalt“ von 10 Mio. DM hat sich der Koordinator der von der Hamburger Wirtschaftsbehörde gegründeten Realisierungsgesellschaft GmbH, Bodo Fischer, mächtig ins Zeug gelegt und ist stolz darauf, die vielen internationalen Naturschutzrichtlinien ausgehebelt zu haben. Schließlich war die Elbbucht erstens als *Landschafts- und Vogelschutzgebiet*, zweitens als *Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung* (UNO), drittens als *europäisches Flora-Fauna-Habitat* (FFH), viertens als *EU-Schutzgebiet Natura 2000* und fünftens als *Feuchtgebiet von globaler Bedeutung nach der internationalen „Ramsar-Konvention“* ausgewiesen.

Stolz ist Herr Fischer auch auf die Ausgleichsflächen. Die sind entsprechend festgesetzt und teilweise aufgekauft worden. So soll ein 100 ha großes Süßwasserwatt an der benachbarten Elbinsel „Hanöfer Sand“ und ein ca. 55 ha großes Süßwasserwatt in der „Haseldorfer Marsch“ entstehen. Außerdem wurde in Schleswig-Holstein ein ca. 100 ha großes Rastgebiet „Hörner Au“ gekauft. Logischerweise hätten natürlich die Ausgleichsflächen vor der Trockenlegung des „Mühlenberger Lochs“ geschaffen werden müssen, aber dazu war natürlich keine Zeit. Herr Fischer ist trotzdem richtig stolz auf seine Leistung

Geplant war also: Die Löffelenten, die eigentlich von ihren Brutgebieten aus Nordeuro-

pa und Sibirien zur Nahrungsaufnahme ins Mühlenberger Loch kommen, sollen zum Süßwasserwatt „Hanöfer Sand“, das allerdings noch gar nicht existiert und noch gebaut werden muss, „umgelenkt“ werden.

Dort ist aber eigentlich ein Brut- und Rastgebiet für die dort beheimateten Wiesenvögel. Darum sollen die dann zur Rastfläche „Hörner Au“ nach Schleswig-Holstein. Wer wo wen wie wohin lockt, bleibt dabei unklar. Der Hamburger Senat und Herr Fischer sollten wissen, dass all dies erstens nicht schnell und zweitens nicht mit Hinweisschildern zu machen ist. Vögel sind keine Autos und können auch nicht lesen. Und für die Löffelenten ist zur Zeit eh kein Platz hergerichtet. Vielleicht können wir sie bitten, einfach für ein paar Jahre in Sibirien zu bleiben und dann, wenn der Superkoordinator alles gerichtet hat, sie wieder herbestellen. Dann wären alle zufrieden.



Internet-Forum zur Verkehrspolitik

Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. und die Kommunalpolitische Infothek der grün-nahen Heinrich-Böll-Bundesstiftung haben im Juni zusammen einen neuen Internet-Service eingerichtet. In einem Diskussions- und Beratungsforum werden Fragen zur kommunalen Verkehrspolitik in Dtl. beantwortet und wichtige Erfahrungen vermittelt. Mit dem Forum-Service soll ein Beitrag zur besseren Vernetzung von Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen geleistet werden und damit die bessere Entwicklung von Konzepten und Strategien für eine regionale umweltgerechte Verkehrspolitik gefördert werden.

<http://www.kommunale-info.de> (unter „Diskussion -> Anbau“)

Rosenthaler Str. 40, 10178 Berlin

Tel: 030/ 285 34 247, Fax: -108

infothek@boell.de

Weitere Infos zu regionaler und kommunaler Umweltpolitik:

Anzeige der „UMWELT-kommunale ökologische Briefe“ des Klett-Verlages

Seite: 55



Mit den Castortransporten in den heißen Herbst

Im Herbst möchte die rot-grüne Regierungskoalition den zweiten Castortransport aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague wieder durch das Wendland prügeln lassen. Nachdem der erste Transport im Frühjahr mit einem Tag Verspätung im Zwischenlager in Gorleben angekommen ist, soll der zweite Transport im Herbst schneller auf den Schienen und auf der Straße vorankommen. Rot-grün glaubt, den Atomausstieg voranzutreiben, ihre Atompolitik ist aber vielmehr ein Segen für die Atomwirtschaft:

Ohne die Genehmigung der vielen Transporte aus den deutschen AKWs in die Plutoniumfabriken La Hague und Sellafield müssten die AKW-Betreiber ihre AKWs schon teilweise in diesem Jahr abschalten (z.B. das AKW Biblis A). Denn die internen Lagerbecken der AKWs waren zu Beginn des Jahres propevoll. Nach dem gültigen Atomgesetz hätten diese AKWs bei dem nächsten Brennelementetausch abgeschaltet werden müssen, wenn das Abklingbecken voll ist. Nun gab es aber schon diverse Abtransporte von Brennelementen aus Stade, Brunsbüttel, Biblis, Neckarwestheim und Philippsburg nach La Hague. Im Gegenzug rollte aus Frankreich im März ein Glaskokillien-transport – geschützt durch den größten Polizeieinsatz in Deutschland – zur Zwischenlagerung nach Gorleben. Den Politikern war es egal, dass schon Monate vorher sich die Menschen im Wendland in einem quasi Belagerungszustand befanden. Die Risiken, die mit solchen Transporten verbunden sind, nehmen sie ebenfalls in Kauf. Zudem ist ja auch nicht geklärt, wann und wo der Atommüll endgelagert werden soll. Trotzdem wird dieser schon transportiert, um die „Wiederaufarbeitung“ des Atommülls in Frankreich aufrecht zu erhalten, der als Entsorgungsnachweis für die deutschen AKW's gilt.

Der Atommüll soll nach dem Willen von Rot-Grün noch bis 2005 nach La Hague gekarrt werden. Dabei ist der dort lagernde Atommüll bei weitem noch nicht aufgearbeitet worden, so dass die Aufarbeitung nach dem Wunsch der Politiker noch bis zum Jahr 2015 fortgeführt werden soll. Die mit der Wiederaufarbeitung verbundene Atommüllvervielfachung, die Vergiftung der Umwelt und der Menschen wird in Kauf genommen.

Zudem werden an fast allen AKW-Standorten neue Zwischenlager gebaut, damit der Weiterbetrieb auf jeden Fall gesichert werden kann. Den rot-grünen Politikern ist der Profit der Energieversorger mit ihren alten abgeschriebenen AKWs wichtiger, ansonsten wären diese alleine schon aus Sicherheitsbedenken längst abgeschaltet worden.

Zum Bild der Atompolitik der Bündnisgrünen passt, dass sie zum ersten Mal innerhalb eines Jahres einen zweiten Transport aus La Hague nach Gorleben transportieren wollen, was die frühere Regierung unter Kohl nicht geschafft hat. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die Transporte einen immensen Aufwand an Kosten produzieren sowie die Menschen, die an der Transportstrecke wohnen oder den Transport begleiten, gesundheitlich gefährden. Heutzutage schämt sich kein grüner Politiker mehr, 30000 Polizisten gegen einen Teil seiner ehemaligen WählerInnen einzusetzen. Wenn dieser Castortransport wieder durchgeprügelt werden wird, ist der angerichtete politische Schaden für die Politik beträchtlich. Zwar verspricht die rot-grüne Politik im nächsten Jahr nur noch einen Transport aus La Hague nach Gorleben zu transportieren, diese Rechnung stimmt aber auf Dauer nicht, wenn man weiß, wie viele abgebrannte

Brennelemente aus deutschen AKWs nach La Hague und wie wenige Atommülltransporte nach Deutschland zurück transportiert werden. Schon allein aus diesem Grund ist ein sofortiger Atomausstieg unabdingbar, denn die Atommülltransporte sind viel zu gefährlich und ein Entsorgungsnachweis für deutsche AKWs, der eine Atommüllvervielfachung, eine Verschmutzung der Umwelt durch die WAA La Hague, und eine Verstrahlung der Menschen bedingt, ist eine Farce.



Die Umweltexperten

Taktiken rund um den Castortransport...

Anfang November soll der nächste Castortransport von La Hague nach Gorleben rollen. Verschiedene Bürgerinitiativen rufen zu vielfältigen Protesten rund um die Transportstrecke auf. Der Transport soll am Montag, dem 05.11., in Frankreich losfahren und im Laufe der Woche (Mi,Do,Fr) – spätestens jedoch am Freitag in Gorleben ankommen. Am Samstag vor dem Transport wird es in Lüneburg wieder eine große Auftaktkundgebung geben, die diesmal jedoch durch die Innenstadt ziehen und an verschiedenen Orten öffentlichen Interesses für Kundgebungen Halt machen wird. Beim letzten Castortransport gab es ja das recht erfolgreiche Schienenkonzept, bei dem auf der 50 km Strecke zwischen Lüneburg und Dannenberg verschiedenste Anti-Atomgruppen, Robin-Wood und X-1000malquer Blockaden durch Anketten und Sitzblockaden den Castortransport um einen Tag verzögerten. Hingegen verlief der LKW-Straßentransport der 6 Castoren vom Dannenberger Verladebahnhof nach Gorleben für die Polizei recht reibungslos. Deswegen möchte das Netzwerk X-1000malquer ihr Streckenkonzept ändern. Wie beim Castortransport 1997 soll es eine große Sitzblockade auf der Straße vor dem Verladebahnhof in Dannenberg geben. Zudem möchten andere Anti-Atom-Gruppierungen ihr Schienenkonzept auf die Strecke zwi-

schen Hannover und Lüneburg ausweiten. Obwohl die Polizei und die Bezirksregierung Lüneburg das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit quasi im Wendland außer Kraft setzten - es hagelte Ingewahrsamnahmen, Räumungen und Platzverweise - konnten einige Camps von den AtomkraftgegnerInnen zumindestens als Versammlungsorte genutzt werden. Typisch war das Verhalten der Polizei, die den Demonstrierenden trotz Minusgraden verbot Zelte oder Planen zu ihrem Schutz aufzustellen. Beim nächsten Castortransport soll das Konzept, dass immer mehr BürgerInnen aus dem Wendland AtomkraftgegnerInnen als Gäste in ihren Häusern aufnehmen, verbessert werden. Zudem werden auch im Herbst wieder viele Kirchen und Pfarreien den Menschen Schutz vor den Widrigkeiten im Wendland gewähren. Die Bürgerinitiativen rechnen für dieses Jahr im Herbst mit noch mehr AtomkraftgegnerInnen. Ein bißchen naiv mutet die Äußerung von Niedersachsens Innenminister Herrn Bartling an, als er kürzlich dem Hamburger Abendblatt in einem Interview mitteilte, dass die Proteste weniger werden. Zudem meint die Politik ihre Polemik gegen die Atomkraftgegner auszuweiten, indem sie behauptet, Polithooligans könnten sich der Bewegung anschließen und damit zu einer Gewalt- eskalation bei den Protesten führen.

punkt-um.net

Ihre Internet-Plattform zum Infodienst **punkt.um**
für Informationen zu Nachhaltigkeit und Ökologie

Aktuelle Termine – News aus dem Internet – Website-Datenbank
OekoDok: Abstracts-Datenbank zu 70.000 Zeitschriftenartikeln seit 1987

Sie finden uns unter www.punkt-um.net

BSÖ Materialien

Hochschulweltinfo (HUI)

Seit 1990 geben wir das HUI heraus. Viele der alten Exemplare sind noch für 5 DM zu haben, einige bereits vergriffen (fragen lohnt sich). Schwerpunkte der letzten Hefte waren:

Energie	(6/99)
Expo	(1/00)
Verkehr: MoA / AfH	(2/00) vergriffen
Anti-Atom	(3/00)
Tauschringe	(4/00)
Wirtschaft / MoA	(1/01)
Gentechnik	(2/01)

Die HUI's sind auch im Netz unter der BSÖ-Homepage als pdf-Datei: <http://www.studis.de/bsoe>

Sonder HUIs

Die SonderHUIs widmen sich ausführlich einem Thema und vermitteln Hintergrundwissen und Erfahrungen in der Arbeit auf entsprechenden Gebieten.

BÖT-Reader

Im BÖT-Reader sind die wesentlichen Inhalte der Bundesökotreffen zusammengefasst. Berichte und Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen, Exkursionen, Stand der Dinge in der Ökologisierung der Hochschulen und anderes wird hier aufgeführt. Die BÖT-Reader sind kostenlos.

- 20. BÖT in Hamburg
- 21. BÖT in Köln
- 23. BÖT in Münster
- 24. BÖT in Rostock
- 25. BÖT in Witzenhausen
- 26. BÖT in Erlangen
- 29. BÖT in Clausthal Zellerfeld
- 30. BÖT in Augsburg

Faltblätter

Sie dienen als Kurzinformation, die eine Einführung in das Thema, Inhalte, Vorgehensweise, wichtige Kontaktadressen, ReferentInnen und Literaturhinweise geben. Natürlich sind die Faltblätter kostenlos, einige davon gerade hochaktuell überarbeitet:

Selbstdarstellung BSÖ e.V.

Einführung von Produkten aus ökologischem Landbau in den Mensen
Gentechnologie in den Mensen
Papier
Kaffee
Energie sparen an Hochschulen
Ökologisch bauen – stabil –
Ökologischer Landbau
Verkehrskonzepte an Hochschulen
Umweltkommission / Umweltbeauftragte
Energiewende jetzt!
Fahrradwerkstätten an Hochschulen
Autofreier Hochschultag 1998
Autofreier Hochschultag 1999

Ratat-Hui

Kampagne für saubere Kleidung will KarstadtQuelle AG zum Handeln zwingen

Zwei Drittel der Kleider, die über deutsche Ladentische gehen, werden von Frauen in Asien, Osteuropa und Mittelamerika genäht. Die KarstadtQuelle AG - seit ihrer Fusion größte deutsche Bekleidungshändlerin profitiert besonders von den „günstigen Produktionsbedingungen“ und konnte so ihren Jahresumsatz im Jahr 2000 deutlich erhöhen.

Die NäherInnen von expliziten Quelle-Zulieferern arbeiten für ca. 4 DM Tageslohn. Sie werden in vielfach menschenverachtender Weise behandelt: So werden sie teilweise zu 80 Stunden Wochenarbeitszeit „gezwungen“. Bei „Fehlverhalten“ - sei es zu spät kommen (egal aus welchem Grund), sei es sich bzgl. dieser Bedingungen zu organisieren und zu wehren - droht Bestrafung von Lohnkürzung über Einsperren bis hin zu fristloser Kündigung.

Die Kampagne für „saubere Kleidung“, ein Zusammenschluss von kirchlichen, entwicklungspolitischen und gewerkschaftlichen Organisationen, möchte diesen Missständen ein Ende setzen und hat sich exemplarisch die KarstadtQuelle AG als größte Bekleidungshändlerin aufs Korn genommen. Die VerbraucherInnen sind gefragt. Sie können die KarstadtQuelle AG zum Handeln zwingen.

Quelle-Karte

Die Kampagne für „saubere Kleidung“ hat die sogenannte KarstadtQuelle-Karte entwickelt, auf der die Empörung über die Herstellungsbedingungen ihrer Kleidung und entsprechende Forderungen zur Änderung dieser Bedingungen formuliert worden sind.

Ihr lieben Ökos und sonstige LeserInnen! Verbreitet diese Karten, gebt sie in Quelle- u. Karstadtfilialen ab. Umsatzeinbußen fügen diesem Konzern den größten Schmerz zu.

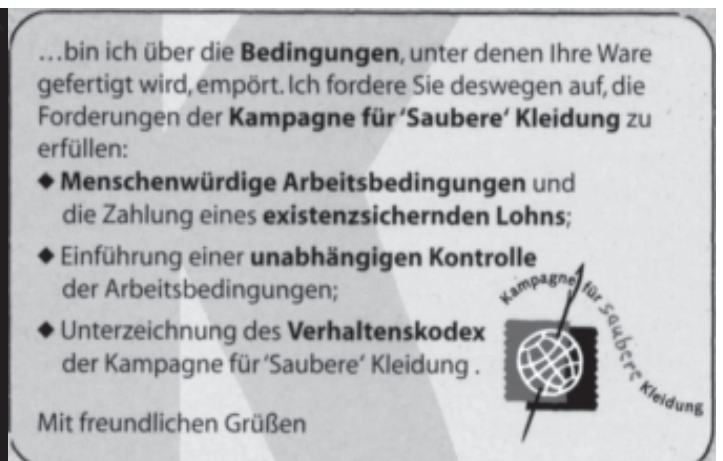
Entsprechende KarstadtQuelle-Karten, Faltblätter und Aktionszeitungen sind kostenlos bei Berechnung der Versandkosten zu beziehen bei: Kampagne für „saubere Kleidung“, christliche Initiative Romero, Frauenstr. 3-7, 48143 Münster.

Pro Regenwald sammelt Protestmails und Restgeld

Mit einem Kredit der Westdeutschen Landesbank (WestLB) soll in Ecuador eine Ölpipeline gebaut werden, die zu großen Landschaftszerstörungen unter anderem in elf Naturschutzgebieten führen würde. Um den Widerstand vor Ort zu unterstützen, hat Pro Regenwald eine Mailkampagne gestartet, die sich an die WestLB richtet: Diese soll mit den Spargeldern ihrer Kunden gefälligst nicht die Zerstörung von Regenwald fördern. Von der WWW-Seite zum Thema unter

www.pro-regenwald.de/new_ecua.php kann man weitere Informationen zum Thema bekommen und auch gleich eine Protestmail an die WestLB schicken.

Als eher kleine und ziemlich kritische Umwelt- und Eine-Welt-Organisation kann Pro Regenwald natürlich auch Spenden gut gebrauchen. Daher bittet Pro Regenwald jetzt um das Restgeld der letzten Urlaube - nämlich die ausländischen Scheine und Münzen, die man oft noch zu Hause liegen hat und selten wieder gebrauchen kann. Wenn sich der Rücktausch bei den üblichen Bankgebühren nicht so recht lohnt - warum nicht das Geld an Pro Regenwald, Frohschammerstr. 14, 80807 München schicken. Wer in München wohnt oder dort vorbeikommt, kann das Geld auch direkt abgeben.



PM-Bündnis und abs(c) studentischer Lobbyverbände

Die BSÖ e.V. ist im Juli 2000 Mitglied im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (PM-Bündnis) geworden, obwohl die Geschäftsführerin eine gemeinsame Verwaltung des Studi-Rechtshilfefonds der BSÖ abgelehnt hat und auch den schriftlichen Antrag der BSÖ vom 2.8.00 auf Sitz im Koordinierungsrates des (KO) im Herbst 2000 bis heute schlicht ignoriert.

Es tut Not, einige Infos zur neuen Entwicklung in der Studiverbände-Szene zu geben: Das PM-Bündnis wird heute hauptsächlich von parteinahen Strömungsverbänden dominiert, die sehr bewegungsfern agieren und enge Kontakte zur großen Politik pflegen. Dominierend ist seit der Gründung des PM-Bündnisses im Februar 2000 der aus Bundesmitteln stark geförderte Bundesverband „Jungdemokraten/Junge Linke“. Aufgezo-gen wurde der PM-Verein und die Struktur des Bündnisses wie der LiRa-Verein abs.

Was also das abs-Bündnis gegen Studiengebühren für LiRa, ist das PM-Bündnis für die Jungdemokraten: Eine Karriereleiter. Sie sind super in Formalia und Kungeln aber etwas schwach in der Theorie. Die müssen Helfer bringen, die sich nicht selten danach etwas ausgenutzt vorkommen. Welche politischen Ziele die Liberaldemokraten haben und ob sie wirklich hinter denen stehen, die sie proklamieren, bleibt offen.

Nachdem sich nun diese Verbände und die Strömungsverbände der Parteien: solid (gedachter Nachfolgejugendverband für die noch existierende FDJ), Bündnis grün-naher Hochschulgruppen und die Jusos auf der Mitgliederversammlung vom 12.06.-16.06.01 per Reformkommission in den Vorstand des fzs „geputscht“ haben, ist es erklärtes Ziel des fzs, die beiden Vereine teilweise schon bis zum 1.10.01 zu „schlucken“. Außerdem will man sich laut C. Ludwig (Personalunion PM-Geste und Vorstand fzs) für alle ASten, ob Burschis oder RCDS öffnen (siehe dazu j.w.-Interview). Eine Stimmstaffelung für die richtige Mehrheit ist auf der fzs-MV knapp durchgepeitscht worden.

Die BSÖ steht plötzlich als unabhängiges Studi-Netzwerk mit gleichberechtigten nationalen wie internationalen Kontakten recht einmalig in der dt. Hochschullandschaft.

Unabhängig von Lobbyverbänden aller Couleur und aller Bereiche, dazu gemein, bis-sig unbequem und im besten Sinne „fundamentalistisch“... garantiert nicht karrierefördernd in diesen „Mantel in den Wind“-Zeiten.

Die BSÖ e.V. ist u.a. Mitglied/Förderer:
GOSEA-Netzwerk (Global Organisation of Students in Environmental Action)
YEE-Netzwerk (Youth Environment Europe)
EYFA (European Youth for Action)
JugendUmweltKongreß (JAT e.V.)
Wendland-Sommerncamp
umweltschutz von unten (uvu)
Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen e.V.

Mensa-Ausschuss des Studentenwerks
PM-Bündnis
abs
und tauscht mit dem fzs auch Termine/Aktionen aus und kooperiert beim Rechtshilfefonds mit dem Bundesverband Rote Hilfe e.V.

Wir rufen Euch auf, die BSÖ e.V. in ihrer Unabhängigkeit und Verpflichtung gegenüber Ihren politischen Zielen und Ihren Mitgliedern zu unterstützen.

Der Vorstand

Info und Abonnement:

Interdruck Berger, Ossietzky Abo-Service
Fordere Schöne Worth 11 30167 Hannover
Tel: 0511/702526 Fax: 0511/704483
ossietzky@interdruck.net
ISSN: 1434-7474

Neue Info-Materialien beim fzs, dem ABS und dem pm

Der *freie Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs)* verschiebt neues Informations- und Aktionsmaterial:

- Pressemitteilung zur Forderung von besserer Absicherung von stud. Arbeitsverhältnissen an der Hochschule.
- Zeitung gegen die Einführung von Chip-Karten an Hochschulen.

Die Materialien können bestellt werden bei:
fzs, Reuterstr. 44, 53113 Bonn
Tel.: 0228/262119, Fax: 0228/2420388,
fzs@studis.de, <http://studis.de/fzs/>



Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) hat einen Newsletter und ein Informationsheft zu Gebühren und Langzeitstudium herausgegeben. Dieses kann unter folgender Adresse bestellt werden:



Reuterstr. 44, 53113 Bonn,
Tel.: 0228/2427836, Fax: 0228/214924,
abs@studis.de, www.studis.de/abs/

Das Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (pm) hat einen Rundbrief und eine Informationszeitung herausgegeben
Bestelladresse:



c/o AStA FH Gießen,
Wiesenstr. 10, 35390 Gießen,
Tel.: 0641-3010815, Fax: 0641-9301022,
pm@asta.fh-giessen.de

Große Pläne - große Pleite

„Dem heute ausliegenden Entwurf des Ausgliederungs- und Übernahmevertrags vom 12.6.2001 zwischen der Ökobank eG in Frankfurt am Main und der BAG Bankgesellschaft in Hamm wird vorbehaltlos zugestimmt“. So liest es sich im offiziellen Protokoll der VertreterInnenversammlung, dass die Ökobank als eigenständige Genossenschaftsbank nicht mehr existiert. Was ist passiert? Sehr einfach: Die Ökobank ist schlicht pleite. Von 253 Mio. DM maximal vergebenen Krediten waren am Ende 47 Mio. als problematisch eingestuft – die Bank hat ihre Geschäfte gründlich in den Sand gesetzt. Nach Verlusten in zweistelliger Millionenhöhe war das Eigenkapital der Bank aufgezehrt, das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen drohte damit die Bank zwangsweise zu schließen – als die VertreterInnenversammlung am 30. Juni tagte, blieb ihr kaum eine andere Wahl als das Geschäft auf die BAG zu übertragen, eine Gesellschaft, die auf die Abwicklung überschuldeter Genossenschaftsbanken spezialisiert ist.

Hat sich damit also gezeigt, dass mit der Gründungsidee der Ökobank, günstige Kredite an ökologisch und sozial sinnvolle Projekte zu vergeben, kein Blumentopf zu gewinnen ist? Der Vorstand, neu gewählt, nachdem der Schaden für die Ökobank zum großen Teil schon eingetreten war, kommt in seinem Bericht auf der Vertreterversammlung zu anderen Schlüssen:

„Das Fundament für die heutige Situation wurde spätestens 1996 gelegt. Das hieß: Jetzt DM 1 Mrd. Bilanzsumme, und das schnell. (...) Es war kein qualitatives sondern ein rein quantitatives Wachstum angesagt. Offensichtlich lautete die Devise: ‚Augen zu und durch‘, Größe um jeden Preis.“

Kaum zu glauben, dass sich diese Beschreibung auf ein Projekt bezieht, das gerade als Alternative zur etablierten Finanzwirtschaft gegründet wurde. Eher erinnert die Beschreibung an so manchen „New Economy“-Laden am Neuen Markt – und dort sind Pleiten bekanntlich auch nicht selten. Die Probleme der Ökobank gehen auch tatsächlich hauptsächlich auf gescheiterte Großkredite über 500.000 DM zurück, nicht auf die Kleinkredite an Alternativprojekte, die es auch vor 1997 schon in großer Zahl gab. Der größte einzelne Brocken ist die von

der Ökobank vermittelte Finanzierung des „ökologischen Kaufhauses“ Rommelmühle. Sowohl der Bauherr als auch die Ökobank haben sich mit diesem Großprojekt gründlich verkalkuliert. Auf 12,7 Mio. DM wird der Schaden geschätzt, den die Ökobank erlitten hat. Zu abschreibungsreifen Krediten kommen Schadensersatzpflichten gegenüber Kunden, die von ihr Fondsanteile gekauft haben. Auch dass die Ökobank sich stark auf die Finanzierung von Windparks konzentriert hatte, erwies sich als Problem, war doch die Zukunft des Stromeinspeisegesetzes zeitweise sehr ungewiss - und damit auch die zahlreicher geplanter Windkraftanlagen.

Ob und wie das Bankgeschäft längerfristig weiter betrieben wird, ist noch nicht klar. Fest steht, dass die BAG nicht vor hat, es dauerhaft fort zu führen. Verhandlungen über eine Übernahme laufen mit der anthroposophisch orientierten GLS-Bank und mit der niederländischen Triodos Bank Zeist,

die ebenfalls antroposophisch ausgerichtet ist. Die GLS-Bank hat immerhin auch schon einiges an ökologischen Projekten finanziert und kommt dabei seit Jahrzehnten mit einer Größe aus, aus der die Ökobank unbedingt heraus wachsen wollte.

Offen ist auch, wie es mit den kümmerlichen Resten der Ökobank weiter geht. Beschlossen wurde zunächst einmal, die Genossenschaft, die ja kein Bankgeschäft mehr betreibt, in „Ökoband eG“ umzubenennen. Der Name hat offensichtlich keine besondere Bedeutung. Was die Genossenschaft in Zukunft anstellen soll – nach der Übergabe des Bankgeschäfts konnte sie sich immerhin ein Eigenkapital von 10,5 Mio. DM retten -, wird am 15. September Gegenstand einer „Strategiewerkstatt“ sein. „Grundlage dafür“, so belehrt uns das Einladungsschreiben, „ist eine ergebnisoffene Debatte und eine professionelle Moderation“. Zu hoffen ist, dass bei all der ergebnisoffenen Professionalität der Verstand nicht wieder auf der Strecke bleibt.



Wälder retten?

Jetzt auch im Internet möglich! Auf der webpage www.diewaldseite.de ist die Direkte Aktion an den Schreibtisch gewandert. Besonders interessant vor dem Hintergrund, dass stetig Regenwald zur Gewinnung von Erzen für den Bau von Computern und Handys gerodet wird.

Agenda Konsens?

Am 27.04.1 wurde das „econsens – Forum Nachhaltige Entwicklung“ vorgestellt. Das selbstgesteckte Ziel lautet, die Säulen der Nachhaltigkeit, Ökonomie, Ökologie und Soziales in Balance zu bringen. Mitglieder dieses Forums sind: Allianz AG, BASF AG, Bayer AG, DaimlerChrysler AG, Deutsche Bank AG und all die anderen Großkonzerne die sich ja fast täglich gegen Ausbeutung von Natur und Menschen aussprechen.

Kommunale Ökologische Briefe loben BSÖ

Verkehrskonzepte für Hochschulen

Die Bundeskoordination Studentischer Ökologearbeit (BSÖ) hat in einem Faltblatt praktische Tipps für ökologische Verkehrskonzepte an Hochschulen zusammengetragen.

Beispiel Semesterticket

Um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu machen, wurden an immer mehr Hochschulen Studi-Tickets eingeführt. Da der Verkehrsbetrieb nun mit dem Geld planen kann, sind Studi-Tickets preislich attraktiver als gewöhnliche Monatskarten oder bereits angebotene "freiwillige" Semestertickets eines Verkehrsbetriebe. Je nach lokalen Ansprüchen sind verschiedene Varianten denkbar: Das Darmstädter Modell belegt etwa alle Studis mit erhöhten Beitrag, der Studierendenausweis gilt dann direkt als Fahrschein. Beim Trierer Modell dagegen zahlen alle einen relativ niedrigen Sockelbeitrag. Wer den ÖPNV nutzen will, muss einen zusätzlichen Betrag zahlen, um die Fahrtberechtigung zu erhalten. Damit zahlen jene, die das Ticket nicht brauchen weniger als beim Darmstädter Modell; jene, die es nutzen wollen, allerdings mehr.

Beispiel Jobticket

Nach dem Vorbild des Studi-Tickets wurden an einigen Hochschulen Job-Tickets für die Bediensteten eingeführt. In einigen Ländern bestehen rechtliche Hürden, während in anderen die Einführung innerhalb einer Frist vorgeschrieben ist.

Beispiel Parkraumbewirtschaftung

Mit dieser Maßnahme wird dem Autoverkehr ein Teil der Kosten auferlegt, die er verursacht. Autofahrer werden dadurch viel stärker animiert, umzusteigen.

Informationen zu solchen Verkehrskonzepten an Hochschulen sind im Internet unter <http://www.studis.de/bsoe> zu finden.

Informationsdienst Umweltrecht

Der Informationsdienst Umweltrecht (IDUR) e.V. bietet Einzelpersonen und Gruppen juristische Hilfestellung, Gutachten und Beratung, außerdem wird ein Schnellbrief, der über aktuelle Veränderungen und Urteile berichtet verschickt.

Die Erkenntnis wie wichtig juristische Informationen für die Betroffenen im Kampf gegen Großprojekte und Naturzerstörung sind, mündete vor 11 Jahren in die Gründung des Vereines.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Einzelpersonen 10 DM und für Gruppen 30 DM pro Monat. Weitere Informationen bei:

IDUR, Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt,
Fax 069/252748,
IDURRev@aol.com, www.idur.de.

U M W E L T
kommunale
ökologische Briefe

RAABE Fachverlag für
NACHSCHLAGEN - ERGÄNZEN Öffentliche Verwaltung

Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Kaiser-Friedrich-Str. 90
D-10585 Berlin

Telefon (030) 21 29 87-21, -23, -24
Telefax (030) 21 29 87-20

E-mail
UMWELTBRIEFE@raabe.de

Verlagsleiter: Peter Tiarks

Kundenservice:
Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Postfach 10 39 22
D-70034 Stuttgart
Telefon (07 11) 6 29 00-17
Telefax (07 11) 6 29 00-10
E-mail-Adresse:
info@raabe.de



Liebeslied nach 12

GANZ NAH IST KRIEG
Und ich hab Liebeskummer
Schon brennt die Welt und ich
Verbrenn für dich
Der Radiosprecher bricht
In meinen Schlummer
Ich laß die Welt
Und du läßt mich im Stich.

Die Bomben falln
Die Börsenkurse steigen
Ich fall aus allen Wolken
Jämmerlich
Der Krieg gewinnt
Mit Pauken und mit Geigen
Und ich verlier
In jeder Stunde dich

Wie kann ich denn
Den Scherz der Welt ertragen
Wenn schon mein kleiner Kummer
Mich zerfrißt
Ich find die Toten nicht
In meinen Klagen
Ganz nah ist Krieg
Als ob er durch mich ist

Ach Liebes, sag
Wie soll das alles enden
Sind wir zu jeder Schandtat
Zu verführn
Die ganze Welt
Gerät mir aus den Händen
Wenn deine Hände
Mich nicht mehr berührn

Frank Viehweg, 1991
geschrieben während des Golf-Krieges, oft
gesungen 1999 während des NATO-Überfall auf Jugoslawien und anwendbar auf den
jetztigen Mazedonien-Einmarsch

Von Frank Viehweg, Prenzlberger Liedermacher
und Dichter sind bisher erschienen:
- "An alle. An dich, Lieder-Verse":
ISBN: 3-935445-04-0,
NoRa Verlagsgemeinschaft, Berlin
- "Liebeslieder nach 12", Edition Rotdorn Potsdam 97, ISBN: 3-931811-09-3
- KEIN WIRKLICHES ENDE, Lieder/Verse
1981-91, Druckhaus Galrev 91
- "Besuch bei Franz", Kinderbuch, Berlin

Musik-LPs (Cds):
- DER STURE, Frank Viehweg singt Silvio
Rodriguez, Nebelhorn-Musik 032, 98
- LIEBESLIEDER NACH 12, Nebelhorn-
Musik 034, 2000

Offizielle Einladung an alle Vereinsmitglieder zur Mitgliederversammlung der BSÖ e.V.

am Sonntag, 25.11.2001 um 10 Uhr in Berlin

im Anschluß an das 31. BundesÖkologieTreffen (BÖT) an der Humboldt-Universität zu Berlin.
Den genauen Ort entnehmt Ihr bitte den Hinweisen und Aushängen auf dem BÖT.

Hiermit laden wir Euch fristgerecht zu unserer jährlichen Mitgliederversammlung ein, die dieses Jahr nach Eintragung der neuen Satzung ins Vereinsregister und erneuertem Gemeinnützigkeitsbescheid und neuer Freistellungsbescheinigung ohne Satzungsänderungen auskommt. Wir wünschen uns, dass dadurch mehr Zeit bleibt, über (studentische) Politik im Allgemeinen und über die Umweltsituation im Speziellen zu diskutieren.

Der Vorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

- TOP 1) Begrüßung und Formalia
- TOP 3) Wahl der ProtokollantIn und der Wahlkommission
- TOP 2) Beschluss über die Tagesordnung
- TOP 4) Aktuelles
- TOP 5) Aufnahme u. Ausschluss von Mitgliedern im laufenden Geschäftsjahr
- TOP 6) Bericht des Vorstandes über Arbeitsschwerpunkte und Kassenbericht
- TOP 7) Bericht der KassenprüferInnen
- TOP 8) Entlastung des auf der MV am 26.11.00 in Clausthal gewählten Vorstandes
- TOP 9) Neuwahlen des Vorstandes für den Zeitraum bis Ende 2002
- TOP 10) Wahl von mindestens zwei KassenprüferInnen f. Zeitraum bis Ende 2002
- TOP 11) Wahl der ThemensprecherInnen für:
Abfall, Entscheidungsstrukturen/Basisbeteiligung, Anti-Atom, Energie, Food-Coops, Gen-/Biotechnik, Indigene Völker, Internationales, Internet, Mensa, Naturschutz, Tierschutz, Ökologisch Bauen, Ökologischer Landbau, Ökopädagogik/Umweltbildung, Verkehr/Mobilität, Wirtschaft
und Streichung bzw. Neubenennungen von Themenbereichen
- TOP 12) Alte u. neue Arbeitsschwerpunkte
- TOP 13) Umzug der Geschäftsstelle
- TOP 14) Verschiedenes/Sonstiges

Bitte meldet Euch vorher an bei:

Florian Kubitz, Tel: 05323/ 948728 oder bsoe@studis.de.

Wir bitten alle möglichen KandidatInnen um formlose schriftliche Bewerbung an den Vorstand bis spätestens Sonntag, 25.11.01, 9 Uhr.

Liebe MitgliederInnen,

die BSÖ e.V. sucht jährlich neue ThemensprecherInnen!

Bisherige ThemensprecherInnen bitten wir dringend um Mitteilung über Ihre Tätigkeit im letzten Jahr und Überarbeitung bzw. Erstellung Ihres Themenfaltblattes sowie Neubewerbung bis spätestens 1.11.2001.

Wir freuen uns auf eine inhaltliche MV in Berlin, grüßen Euch alle herzlich auch von der vorläufigen GeSte im Harz und verbleiben bis 25.11.01,

Eurer BSÖ-Vorstand

Erklärung der BSÖ

für eine umweltgerechte Entwicklung der Hochschulen

Vor dem Hintergrund einer notwendigen globalen nachhaltigen Entwicklung und den Vereinbarungen von Rio und Kyoto, haben sich die Industrieländer zu schnellem Handeln verpflichtet.

Das Scheitern der Konferenz in Den Haag zeigt die Notwendigkeit des eigenständigen, verantwortlichen Handelns von Hochschulen mit ihrer Vorbild- und Multiplikatorenfunktion für die Gesellschaft auf.

Umweltorientiertes Handeln ist an vielen Hochschulen und Studentenwerken nach wie vor auf zu niedrigem Niveau angesiedelt; so besitzt die überwiegende Zahl deutscher Hochschulen keine Umweltleitlinien, -ziele und -programme. Notwendig sind Schritte zur konkreten Umsetzung mit der Freigabe zweckgebundener Personal- und Sachmittel für Umweltbeauftragte, der Initiierung und der Pflege statusübergreifender Umweltausschüsse von Gremien und Verwaltung der Hochschulen, sowie Förderprogramme zur Nachhaltigkeit von

Forschung und Lehre. Das seit 1993 vorhandene Instrumentarium des EG-Öko-Audits ist erst an 3 von über 320 Hochschulen eingesetzt worden, von den 62 Studentenwerken hat bisher nur das Studentenwerk Oldenburg eine Validierung vollzogen.

Wir rufen daher die Hochschulen und Studentenwerke auf, sich dieser Verantwortung zu stellen und in verantwortungsvolles Handeln umzusetzen.

Im Einzelnen fordern wir:

- Unterzeichnung der Copernicus-Charta
- Vorlage eines Aktionsplanes jeder einzelnen Hochschule zur Umsetzung der Copernicus-Charta nach zwei Jahren und Vorlage eines Zwischenberichts über den Sachstand des Erreichten nach einem Jahr
- Durchführung eines hochschulbezogenen EG-Öko-Audits
- Übernahme der Selbstverpflichtung der Bundesregierung zur CO₂-Reduktion um 25% bis zum Jahr 2005

AnsprechpartnerIn:

BSÖ e.V. - Geschäftsstelle,
Sorge 27, 38678 Clausthal-Zellerfeld
bsoe@studis.de, <http://studis.de/bsoe>

Die BSÖ e.V. verweist außerdem auf die Loccumer Erklärung unter <http://ecocampus.net>. Vom 17. bis 19.11.2000 trafen sich Vertreter von über 30 deutschen und internationalen Hochschulen in Loccum, um zur Hochschulentwicklung unter ökologischen Prämissen in Initiativen und Foren beizutragen. Aus diesem Kreis heraus entstand eine Erklärung, die sich an die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Bildungs-, Wissenschafts-, und Umweltpolitik im Bund und in den Ländern, die einzelnen Hochschulen, die Studentenwerke sowie die interessierte Öffentlichkeit mit der Aufforderung zu nachhaltigem Handeln wendet.



Neue Geschäftsstelle

BSÖ ab Dezember in Berlin

Anfang des Jahres brach die Arbeit der Geschäftsstelle zusammen, da eine gewisse Person plötzlich verschwunden war. Eine schnelle Lösung mußte gefunden werden und wir richteten kurzerhand eine provisorische Geschäftsstelle in Privaträumen in Clausthal-Zellerfeld ein.

Auf Dauer war dies allerdings keine tragbare Lösung, so dass wir uns über einen neuen Ort für die Geschäftsstelle Gedanken machen. Den haben wir jetzt auch gefunden: Nach dem BÖT wird die Geschäftsstelle nach Berlin umziehen.

Momentane Adresse der Geschäftsstelle:

BSÖ
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728, Fax:-9

Nach dem BÖT:

BSÖ-Büro: Postanschrift:
Monbijoustraße 3 BSÖ c/o RefRat HU
10117 Berlin 10099 Berlin

Es bleibt bei:

bsoe@studis.de
www.studis.de/bsoe

Neues BSÖ-Faltblatt: Energiewende jetzt!

Das Faltblatt kann ab sofort in der Geschäftsstelle bestellt werden. Es zeigt auf, wie die Energiewende geschafft werden kann und welche Schritte die Politik und jeder einzelne jetzt unternehmen muss.

Grünes Brett

Kostenloser Terminkalender „Direkte Aktionen“ und Umweltschutz im Netz

Im Internet steht seit dem 16.08.01 als PDF zum Download ein Terminkalender „Herbst 2001“ für Direkte Aktion und Umweltschutz von unten für Euch bereit.

Er ist als schwarz-weiß-Kopiervorlage konzipiert, um ein Ausdrucken, kopieren und Aufhängen in verschiedenen Städten und Regionen zu erleichtern. Format A3 - entweder in Teilen ausdrucken und zusammenkleben oder pdf in Copyshop bringen.

Download über:
www.projektwerkstatt.de

Autofreies Wohnen und Leben in Berlin

Autofreies Stadtviertel an der Panke (Gelände des ehemaligen Stadion der Weltjugend, Chausseestr. (nördl. Verlängerung der Friedrichstr., Berlin-Mitte)

Infos von:
per pedes e.V.
Koppenplatz 12, 10115 Berlin
Tel: 030/283 40 20
Fax: 030/283 40 21

info@autofrei-
wohnen.de



Weltweite Kampagne gegen
McDonald's, McLibel, multinationals
<http://www.mcspotlight.org>
info@mcspotlight.org



Issue n°6: A cultural history of the car • How cars have shaped our cities' form • Ecocity visions • Revolutionary urbanism • Futurescapes

SUBSCRIBE

NOW

WHY

WAIT?

- 4 issues of *Car Busters* magazine (82 FF, US\$17.50, £9, 24 DM or 24 Ecos*).
- 8 issues of *Car Busters* magazine (135 FF, US\$28, £16, 43 DM or 43 Ecos*).

Europeans and others:
► Kratka 26, 100 00, Praha 10, Czech Rep.

North Americans:
► P.O. Box 170051, SF, CA, 94117, USA

I'm enclosing _____ for the following materials (bike stickers, books, etc.):

I'm enclosing a donation of _____.

I want to receive the monthly bulletin, so here's my e-mail address (written clearly):

Name: _____

Address: _____

* see page 29 to find the cost of a subscription in your country's currency.

Car Busters accepts cheques in US\$, FF, GB£ and Czech Crowns; and cash in any currency.

Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit

Stand: September 2001

AnsprechpartnerInnen und Arbeitskreise

Anti-Atom:

Oliver Bäsener (e-mail Administrator)
Große Str. 33
21079 Hamburg Harburg
Tel.: 040/70104247
Baesener@smapco.com

Energie:

Florian Kubitz (BSÖ-Vorstand)
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel.: 05323/948728 Fax: -9

Food-Coops:

Anette Hoffstiepel,
Im Mailand 131
44797 Bochum,
Tel: 0234/797831

Gentechnik/Biotechnologie:

Arne Brück,
Gerberstr. 6, 30169 Hannover,
Tel: 0511/1610316
Arne.Brueck@stud.uni-hannover.de

Indigene Völker und Naturschutz:

Sapi Ullrich (BSÖ-Vorstand),
siehe Themensprecherin Internationales

Internationales:

Sapi Ullrich (BSÖ-Vorstand),
Lüsener Str. 19
44892 Bocum
Tel: 0234/2878365 o. 3227865
Fax: 0234/701623
moeweberlin@yahoo.de

Internet (Homepage):

Alex Jillich (BSÖ-Vorstand),
Baldurstr. 79,
80638 München,
Tel: 089/31198254 oder 28922990,
jillich@fs.tum.de

Ökologisch Bauen:

Micha Klimczak
Niehler Gürtel 101
50733 Köln
Tel.: 0221/2870440, mic_klimczak@yahoo.de

Holger Wolpensinger

Ernststr. 75
76131 Karlsruhe
Tel: 0721/6238440,
holger.wolpensinger@stud.uni-karlsruhe.de

Umweltbildung:

Mark Obrembalski
c/o Fachschaft Dipl.Päd. Uni Oldenburg,
26111 Oldenburg,
markobr@hrz1.uni-oldenburg.de

Sigrid Oberer (BSÖ-Vorstand)

Klinkenberg 34
86152 Augsburg
Tel.: 0821/2182108
Sigrid.oberer@student.uni-augsburg.de

Verkehr:

Oli Stoll (BSÖ-Vorstand)
c/o RefRat HU Berlin,
Unter den Linden 6
10099 Berlin,
Tel: 030/20932603, Fax: /20932396,
oeko@refrat.hu-berlin.de,
http://www.refrat.hu-berlin.de/oeko

Wirtschaft:

Andreas Traupe,
Gartenstr. 40
76133 Karlsruhe
Tel: 0721/842706,
andreas.traupe@physik.uni-karlsruhe.de

Tierrechte:

Sven Wirth
c/o JUMP
Postfach 306137
30327 Hamburg
sven_wirth@gmx.de

Aktive

Nina Grönhagen
Walburgerstr. 30
59494 Soest
Tel.: 02921/769276
nina@muenster.de

Iris Kunze
von-Esmorkstr. 28
48149 Münster
kunzei@uni-muenster.de

Uli Lerche
Römerstädter Str. 3, Zi. 1515
86199 Augsburg

Ehlert Engel (BSÖ-Vorstand),
Prinzessinweg 67
26122 Oldenburg,
Tel: 0441/7775455
ehlert.engel@mail.uni-oldenburg.de

Tobias Leußner (BSÖ-Vorstand)
Erzstrasse 22b,
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel.: 05323/948033

Adresse der Geschäftsstelle

BSÖ
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728
Fax: 05323/948729
e-mail: bsoe@studis.de
internet: http://www.studis.de/bsoe/

Zur Situation bezüglich der Geschäftsstelle
siehe Artikel S.57. Briefe nach Münster errei-
chen uns nach wie vor.

Präsenzzeiten gibt es derzeit leider nicht. Wahr-
scheinlich aber wieder nach unserem Umzug nach
Berlin.

Impressum

Herausgeberin: BSÖ e.V.,
Sorge 27,
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728

Redaktion: Oli B., Oli S., Ehlert, Sigi,
Arne, Mark, Florian,
Andre

Verantwortlich: allgem. und für alle nicht ge-
kennzeichneten Artikel:

Florian Kubitz, Sorge 27, 38678 Clausthal-Z.
für den Themenschwerpunkt:
Arne Brück, Gerberstr. 6, 30169 Hannover

Für namentlich gekennzeichnete Artikel
sind die Unterzeichnenden selbst verant-
wortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt
der Meinung der Redaktion

Auflage: 800 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei der Uni Oldenburg,
26111 Oldenburg

Im nächsten HUI

Themen Schwerpunkt

Methoden für Gruppen

Bringt eure Ideen auf den

Schickt eure Texte ohne Layout (nur Diskette und guten Ausdruck zum scannen, falls mal wieder Viren drauf sind!) oder per Email spätestens bis zum 25.11. an

BSÖ
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld

Tel: 05323/948728
@:bsoe@studis.de